



EIN TEIL VON MEHR

*ERFOLGSFAKTOREN UND POTENTIALE
FÜR POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE
TEILHABE IM RUHRGEBIET*

Brost
Stiftung

BA PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

IMPRESSUM

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonn, Februar 2022

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

eMail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Stefan Brüggemann (V.i.S.d.P.)

Sandra Butz

Gina Görmer

Niklas Keilus

Lucas Scheel

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

EIN TEIL VON MEHR

*Erfolgsfaktoren und Potentiale
für politische und gesellschaftliche Teilhabe
im Ruhrgebiet*

*Abschlusspublikation des Projekts
„Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft –
Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen
im Ruhrgebiet“*

INHALT

■ GRUSSWORT VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG	SEITE 06
■ VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE IM RUHRGEBIET – EINE MULTIPERSPEKTIVISCHE BETRACHTUNG	SEITE 07
 I. POLITISCHE PERSPEKTIVE	
■ KRISEN DÜRFEN UNS NICHT LÄHMEN. WIR BRAUCHEN MUT UND ZUVERSICHT DR. JOACHIM STAMP, MDL	SEITE 10
■ BILDUNG ÖFFNET WELTEN. ÜBER BILDUNG UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE ANJA KARLICZEK, MDB	SEITE 16
 II. WISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE	
■ VON DER INDUSTRIE- ZUR WISSENSGESELLSCHAFT? DER GESELLSCHAFTLICHE WANDEL DES RUHRGEBIETS PROF. DR. ROLF G. HEINZE	SEITE 23
■ „DIE LAGE IST SCHWIERIG, DOCH DIE HOFFNUNG BLEIBT“ – ENTGRENZTE ZEITEN APL. PROF. DR. KLAUS-PETER HUFER	SEITE 29



III. PRAKTISCHE PERSPEKTIVE

- ERST MACHEN, DANN REDEN:
GELSENKIRCHENS EHEMALIGER OBERBÜRGERMEISTER IM INTERVIEW
FRANK BARANOWSKI SEITE **36**
- „ICH WEISS NICHT, OB WIR DAS SCHAFFEN.“ –
BILDUNGUNGLEICHHEIT IM RUHRGEBIET
JULIA GAJEWSKI SEITE **40**

IV. DAS PROJEKT ZUSAMMENGEFASST

- DAS FORSCHUNGSPROJEKT IN ZAHLEN SEITE **48**
- INSTITUTIONENVERTRAUEN UND POLITISCHE INTEGRATION IM RUHRGEBIET
PROF. DR. VOLKER KRONENBERG, JAKOB HORNEBER, CHRIS RENSING SEITE **51**
- EIN TEIL VON MEHR – FÜR ERFOLGREICHE POLITISCHE UND
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE IM RUHRGEBIET
SANDRA BUTZ, LUCAS SCHEEL SEITE **62**

V. VERANSTALTUNGSIMPRESSIONEN

- VIER JAHRE DISKUSSIONEN, AUSTAUSCH UND VIEL WISSENSWERTES SEITE **73**



GRUSSWORT

VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG



Prof. Dr. Volker Kronenberg

*Projektleiter und Vorsitzender
des Wissenschaftlichen Beirats
der Bonner Akademie,
Institut für Politische Wissenschaft
und Soziologie der Universität Bonn*

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der stete Wandel stellt wohl eine der wenigen wirklichen Kontinuitäten moderner Gesellschaften dar – gleichwohl war, als wir dieses Forschungsprojekt im Jahre 2018 begannen, nicht einmal annähernd vorstellbar, welcher Wandel uns als Land, als Gesellschaft, als Menschen im vorvergangenen Jahr treffen sollte. Dass sich Gesellschaften wandeln und dass dieser Wandel Probleme, Hürden und Herausforderungen evoziert, ist aus sich heraus betrachtet keineswegs etwas Neues. Und dennoch beobachten wir in den vergangenen Jahren eine Parallelität umwälzender gesellschaftlicher, politischer und kultureller Wandlungsprozesse, die aufgrund ihrer Komplexität und Dynamik mithin Verunsicherungen und Ängste bei den Bürgern befördern. Die Corona-Pandemie hat wie ein Brennglas das Licht auf diese Wandlungsprozesse unserer Zeit geworfen: Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung, Migration, Strukturwandel und sozialer Zusammenhalt – um nur einige zu nennen. Alle diese Themen stehen angesichts der Pandemie noch stärker als zuvor im Fokus der öffentlichen Debatte und des Bewusstseins. Die damit verbundenen, bei den Bürgern durch die Pandemie zum Teil eben noch beförderten Verunsicherungen und Ängste sowie der Umgang der Politik mit diesen Wandlungsprozessen waren und sind nicht für unser Forschungsprojekt nur von hoher Relevanz; sie werden es auch darüber hinaus in Zukunft bleiben.

Das Ruhrgebiet steht mit seiner spezifischen Prägung paradigmatisch für eine Region in Deutschland, in der sich nicht nur die oben genannten Entwicklungen, sondern auch der Umgang mit ihnen, das politische und

zivilgesellschaftliche Handeln, besonders gut beobachten lassen. Und folglich ist eine der Lehren aus unserem Forschungsprojekt auch die Tatsache, dass es gerade die lokale Ebene, die Kommunalpolitik, ist, die nicht nur „nah dran“ oder „vor Ort“, sondern mitten im Geschehen ist, die essenziell für die Bewältigung und die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels ist.

Wie schon Alexis de Tocqueville von den Kommunen als Schulen der Demokratie sprach, zeigte sich auch im Rahmen unseres Projekts – sei es mit Blick auf die Bedeutung der politischen Bildung oder auf die Quartiersarbeit –, dass in den kleinen, lokalen Räumen, wo die Menschen in ihrem nächsten Umfeld zusammenkommen, demokratische Teilhabe und Partizipation erfahrbar werden. Sie bieten ein geeignetes politisches Handlungsfeld und einen Hebel für die soziale Integration, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, Aushandlungsprozesse, die der gesellschaftliche Wandel mit sich bringt, zu moderieren und die Partizipationspotentiale der Bewohnerschaft zu aktivieren.

Es freut mich ganz besonders, dass für diese Abschlusspublikation neben unserem Schirmherrn, dem nordrhein-westfälischen Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration Dr. Joachim Stamp und der Bundesministerin für Bildung und Forschung a. D. Anja Karliczek, Wissenschaftler und insbesondere auch Menschen aus der Praxis ihre Perspektive auf dem gesellschaftlichen Wandel im Ruhrgebiet mit uns teilen und so wertvolle Beiträge zu dieser Publikation geleistet haben – Ihnen allen danke ich ganz herzlich. Auch möchte ich es keineswegs versäumen, dem Projektteam und allen, die in den vergangenen Jahren an diesem Projekt mitgewirkt haben, beispielsweise an den vielfältigen Veranstaltungsformaten und im Austausch mit uns, ebenfalls meinen herzlich empfundenen Dank auszusprechen. Zuletzt bleibt mir nun nur noch – und das mit großer Freude – Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine einsichtsreiche Lektüre zu wünschen. ■

VORWORT

VON PROF. BODO HOMBACH



Prof. Bodo Hombach
Präsident der Bonner Akademie

EINLADUNG AN DIE LESERINNEN UND LESER

Ein Teil von Mehr. Das Motto dieser Publikation regt an. Es ist kurz und prägnant, aber auch geschickt verrätselt. Man hält sich gern damit auf. Es klingt bescheiden und zugleich mutig. Wer kennt denn schon das Ganze, von dem her sich die Teile erklären und begründen ließen. Ein „Mehr“ will weiterkommen, größer denken. Es fordert heraus, lockt hervor, legt frei, was vielleicht durch Trägheit oder Un-Mut verschüttet war. Das ist mehr als ein Teil vom Ganzen. Es ist ein Potenzial, eine Kraft. Es beansprucht gesellschaftliche Teilhabe und will Erfolg.

So markiert diese Publikation das Ende eines Förderprojektes der Brost Stiftung und der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik. Aber sie ist bei weitem kein „Abschluss“, denn nun geht es um die Hauptsache: um das Danach. Nur zu diesem Zweck gab es das Davor. Nur so wird aus einer Vision ein Ziel.

Wir leben im Zeitalter der „gelenkten Wahrheiten“ und der ideologisch „behüteten Diskurse“. Das multipliziert die Meinungen, verarmt aber die Kenntnis der Fakten. Deshalb braucht es mehr denn je nüchterne Bestandsaufnahme, Wirklichkeitswahrnehmung ohne Scheuklappen, Ressentiments und Vorurteile. Helmut Qualtinger feixte einmal „Es gibt nichts Schöneres, als dem Schweigen eines Dummkopfes zuzuhören.“ Aber es tut auch gut, dem Reden eines Kenners und Könners zuzuhören, einem Wissenschaftler, der weiß, was Sache ist, einem Politiker, der seinen Amtseid ernst nimmt, einer Schulleiterin, die einen Trampelpfad durch den Verhauf der täglich neuen didaktischen Konzepte und bildungsbehördlichen Vorschriften findet.

Zugegeben: Auch Wissenschaft ist kein sicheres Fundament. Sie ist immer in Bewegung, immer vorläufig und ihrer Ergebnisse ungewiss. Sie ist sich einig mit Karl Popper: „Man kann die Wahrheit nie positiv wissen, sondern sich ihr allenfalls von Irrtum zu Irrtum nähern.“ Das aber weiß sie. Und deshalb darf sie ganze Fragestellungen und Sichtweisen verwerfen, wenn ein Paradigmenwechsel von einer Weltsicht zur anderen findet.

Der flachwurzelnende Politiker meint dann, das reiße auch die Gültigkeit von Fakten ein. Diese seien – trotz beschreibbarer Gründe und wissenschaftlicher Voraussetzungen – immer nur „vermeintlich“. Das Etikett „Alternative Fakten“ auf Lügen macht die nicht zur Wahrheit. Wissenschaft kann Politik flankieren, aber keine Führung bieten. Sie beschreibt die Welt, vielleicht wie sie ist oder zu sein scheint, aber nie, wie sie sein soll. Moral und Lebenssinn finden sich auf einer anderen Ebene. Von der Wissenschaft erwarten wir empirische Fakten. Von der Politik erwarten wir überprüfbare Entscheidungen. Beide – wenn sie sich selbst ernstnehmen – bedienen sich rationaler Methoden: selbstkritisch, argumentativ, friedlich, gezielt und kreativ.

Das hier vorgelegte Buch untersucht „Erfolgsfaktoren und Potenziale für politische und gesellschaftliche Teilhabe im Ruhrgebiet.“ Es geht also um die Lebensbedingungen einer definierten Region und unter multiperspektivischer Betrachtung (politisch, wissenschaftlich, praktisch). Das erscheint auf Anhieb sinnvoll, denn kaum ein anderer Ballungsraum in Deutschland leidet an und lebt von so schroffen Gegensätzen. Die Transformation

von der Wiege der Industriellen Revolution zu einem, auf Integration und Nachhaltigkeit erpichten Lebensraum fordert die Spannkraft seiner Bewohner und alle Kräfte der verantwortlichen Institutionen. Sie bietet aber auch alle Chancen, im „Windkanal“ der Gegenwart, die geeigneten Formen und Strukturen der Zukunft zu entwickeln. Ich wiederhole mich gern mit dem Satz: „Hier bei uns sind die Probleme interessanter als anderswo die Lösungen.“

„HIER BEI UNS SIND
DIE PROBLEME
INTERESSANTER ALS
ANDERSWO DIE LÖSUNGEN.“

WIE DAS GEHT?

Mehrheitsmeinungen nicht reflexartig misstrauen, aber sie auf Relevanz abklopfen. Die Mehrheit kann irren, aber es ist ein Fehlschluss, dass sie es immer tut. Originalquellen suchen, anstatt sich auf ausgetretene Spuren zu verlassen. Sprachliche Nebelbomben erkennen und verkappte Interessen enttarnen, auch wo sie legitim erscheinen. Im Alltagsrauschen der Meldungen bedeutsame Ereignisse wahrnehmen. Wir sind nicht immer Herr unserer selbst, oft aber mehr als wir glauben. Uneingestandene Wünsche nach Überlegenheit, Einzigartigkeit, Zugehörigkeit und Harmonie modulieren unser Denken. Das kann in die Irre führen. Vermeintliche Wahrheiten kritisch hinterfragen. Gibt es ein Argument, das mich umstimmen könnte? Ist der Andersdenkende für mich ein interessanter Gesprächspartner oder ein irregeleiteter Agent des Bösen? Es lohnt sich immer, die Perspektive des anderen einzunehmen, denn wir alle nehmen immer nur Ausschnitte der Wirklichkeit wahr. Wenn wir uns darüber austauschen, bereichert sich unser Bild der Welt. Leben ist nur dort, wo es Platz für Widersprüche und friedliche Meinungsverschiedenheiten gibt.

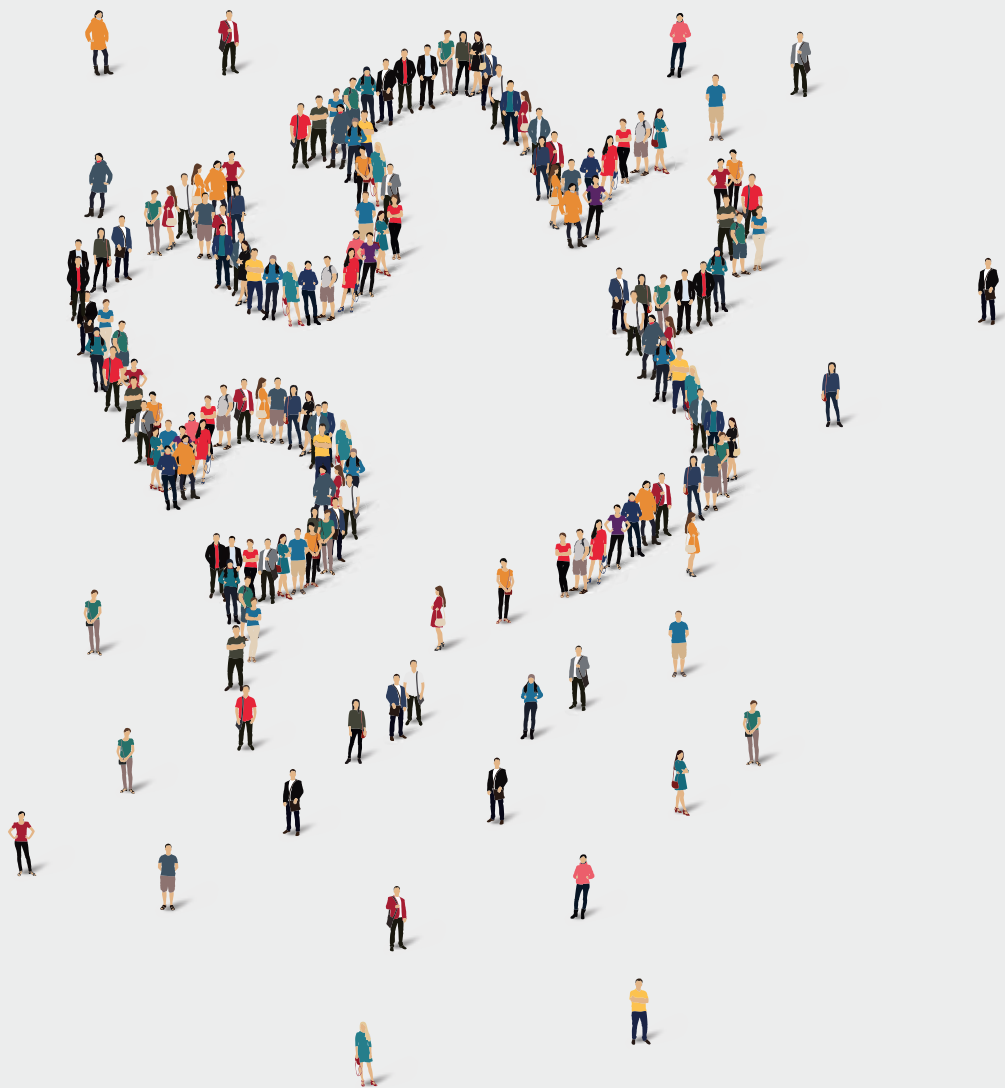
Das Ziel ist nicht die ewige Wahrheit, sondern die aktuelle Arbeitsgrundlage. Lösungen entstehen im Gespräch. Per Megafon und Sprechchor kann man nicht kommunizieren. Meinungen sind immer ein Kostüm. Darunter steckt ein Mensch. Also her mit der fröhlichen Wissenschaft des entspannten Selbstzweifels, der lustvollen Debatte, der anregenden Vielfalt. Schon aus Eitelkeit. Ein Mensch ist schöner und überzeugender, wenn er lacht, als wenn er uns seine tiefsten Überzeugungen erklärt. Die ewigen Wahrheiten sind nicht nur oft die zeitlichen Irrtümer und die Gesamtheit unserer Vorurteile. Sie machen uns sogar hässlich. Sie schmeicheln uns nicht. Sie lassen uns immer dumm aussehen.

Der Zentralbegriff der hier gebündelten Beobachtungen, Erkenntnisse und Perspektiven heißt „Integration“. So wie das Bildungsziel des Einzelnen die integre Persönlichkeit ist: aufgeklärt und selbstbestimmt, aber auch mitfühlend und neugierig und nicht zuletzt krisenfähig und offen für die bessere Lösung, so darf sich auch die humane Gesellschaft abfordern, ihre Verhältnisse durch ihr Verhalten weiterzuentwickeln. Rilke hatte dafür einen schönen Vers: „Ich lebe mein Leben in wachsenden Ringen, /die sich über die Dinge ziehn. / Ich werde den letzten vielleicht nicht vollbringen, /aber versuchen will ich ihn.“

„Wachsende Ringe“, eine treffliche Metapher für eine Gesellschaft, die sich weitet, ohne sich zu entleeren. Das Gegenteil wären „schrumpfende Ringe“. Sie enden nicht in einem pulsierenden Horizont, sondern in einem starren Stand-Punkt.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Institute. Sie haben dieses Projektes libidinös gewollt und mit großer Professionalität betrieben. Ich danke auch den Autoren der hier beschriebenen Perspektiven. Sie haben nicht nur die Wissensschätze ihrer Expertise abgerufen, sondern waren und sind mit persönlichem Engagement bei der Sache. – Vor allem danke ich den Bürgerinnen und Bürgern, die dieses Angebot aufgreifen und es in ihren Alltag übersetzen werden. Es lohnt sich immer wieder, bei Veranstaltungen, Workshops und Bürgerforen den „Stoffwechsel“ der „Metropole Ruhr“ zu erkunden, ihre Vitamine, Ballaststoffe und Spurenelemente. – Jede Einzelheit ist „ein Teil von Mehr“. ■

I. POLITISCHE PERSPEKTIVE



KRISEN DÜRFEN UNS NICHT LÄHMEN: WIR BRAUCHEN MUT UND ZUVERSICHT

Dr. Joachim Stamp, MdL

Die Zeiten, in denen wir leben, sind herausfordernd. Sie setzen uns unter Stress. Es reichen wenige Stichworte, um das zu illustrieren. Die globale Klimakrise ist von niemandem mehr zu leugnen, weil sie uns inzwischen alle fühlbar betrifft. Wir merken das im Alltag schon beim Gang durch Parks und Gärten. Die Vegetationszeiten haben sich verändert. Stauden und Blumen, die sonst im Herbst in voller Pracht stehen, bringen nun bereits im Sommer erste Blüten hervor. In den Wäldern sieht es nicht anders aus. Bäume, die seit Jahrhunderten zu unserer Landschaft gehören und in vielen Volksliedern besungen werden, leiden unter der immer häufiger auftretenden Dürre und Trockenheit. Viele haben in unseren Breiten wohl keine Zukunft mehr.

So groß die Herausforderungen sind, so wenig helfen Pessimismus und Zukunftsangst beim Klimaschutz weiter. Und dirigistische Konzepte, wie sie von Teilen des politischen Spektrums zur Krisenbewältigung vorgeschlagen werden, schon gar nicht. Es steht fest, dass wir den Ausbau regenerativer Energien energisch vorantreiben müssen, um den Ausstoß von Treibhausgasen mit dem Ziel der Klimaneutralität weiter zu reduzieren. Es war richtig, dass wir den Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen haben. Klar ist auch, dass wir mehr Elektromobilität benötigen. Kontrovers aber ist, wie wir die gesteckten Ziele am besten erreichen. Dass ich dabei nicht auf Verbote als primäres Steuerungsinstrument setze, sondern auf Forschung, Innovation, neue Technologien und marktwirtschaftliche Lösungen wie die Ausdehnung des Emissionshandels auf alle Sektoren, versteht sich von selbst. Denn Lösungsansätze sollten nicht nur plausibel klingen, sondern auch tatsächlich funktionieren.

Wenn es eine Region in Deutschland gibt, die gezeigt hat, wie Wandel auch unter schwierigsten Bedingungen funktioniert, dann ist es das Ruhrgebiet.

Das zeigen auch die Ergebnisse der von der Landesregierung initiierten Ruhr-Konferenz, die unter dem Motto

„WENN ES EINE REGION IN
DEUTSCHLAND GIBT, DIE GEZEIGT
HAT, WIE WANDEL AUCH UNTER
SCHWIERIGSTEN BEDINGUNGEN
FUNKTIONIERT, DANN IST ES DAS
RUHRGEBIET.“



„Menschen machen Metropole“ viele zukunftsweisende Ideen entwickelt hat, die nun umgesetzt werden. Die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich auf Veränderungen einzulassen, zeichnet die im Ruhrgebiet lebenden Menschen aus: Genau diese Mentalität und Offenheit für Neues wünsche ich mir für ganz Deutschland!

Zur Klimakrise hinzugekommen ist die Corona-Pandemie. Sie betrifft uns noch unmittelbarer. Sie bedroht jeden und jede, vor allem die schwachen, die alten und schon vorerkrankten Menschen. Besonders die Kinder und Familien haben unter den Gegenmaßnahmen erheblich gelitten. Das Virus hat binnen weniger Wochen unser Zusammenleben komplett verändert. Was bis dato selbstverständlich war, wurde plötzlich zur Risiko-handlung. Das Händeschütteln, dieser alltägliche Gruß, wenn sich Menschen begegnen, ist durch andere, oft seltsam anmutende, kontaktlose oder kontaktarme Begrüßungsgesten abgelöst worden. Die Arbeitswelt verzichtete auf Besprechungen in physischer Anwesenheit. Dienstreisen wurden ersetzt durch Videokonferenzen.

zen über Plattformen, die so manchem bis dato unbekannt waren. Vieles ging überraschend gut, weil sich weite Teile unserer Wirtschaft mit bewundernswerter Geschwindigkeit auf die neue Lage einstellten. Aber der Verzicht auf persönliche Nähe, und sei es nur das zufällig geführte Gespräch auf dem Büroflur, tat und tut immer noch weh. Wer freute sich nicht darauf, wieder ungezwungen, ohne Angst und Hygienevorschriften in ein Konzert, ins Theater oder Kino gehen zu können? Wer möchte nicht die Freiheit und Leichtigkeit wiederhaben, die unser Leben so interessant und vielfältig macht? Gerade Kinder und Jugendliche müssen jetzt zuvorderst zu ihrem Recht kommen. Das sind wir ihnen schuldig.

Die Corona-Pandemie ist aber auch ein Beispiel dafür, wie es gelingen kann, eine Krise zu bewältigen. Mit der Impfung haben wir ein hochwirksames Instrument an der Hand, mit dessen Hilfe wir die Pandemie hinter uns lassen können.

Wie schon bei anderen Krisen sind es auch jetzt wieder Forschung und Innovation, die uns den Weg aus der Bedrohung weisen. Das Tempo, mit dem binnen weniger Monate, wirksame Vakzine entwickelt wurden, war bemerkenswert und sucht auch in historischer Perspektive seinesgleichen.

Vertrauen in die Wissenschaft und die Lösungskompetenz von Forscherinnen und Forschern haben sich erneut ausgezahlt und machen Mut, auch bei künftigen Krisen die richtigen Antworten zu finden.

Umso erschreckender ist gleichzeitig die Beobachtung, dass es eine beachtliche Anzahl von Menschen gibt, die gegen ihre eigenen Interessen und die ihrer Mitmenschen Verschwörungstheorien anhängen und diesen mehr Glauben schenken als wissenschaftlicher Expertise. Querdenken ist grundsätzlich eine gute Sache, ebenso wie ein gesundes Misstrauen gegenüber sich als Wahrheit kleidende Dogmen und Ideologien. Die organisierten „Querdenker“ und Impfgegner sind aber keine tiefeschürfenden Skeptiker, sondern schlichtweg Realitätsverweigerer, deren „Argumente“ viel Hitze, aber kein Licht erzeugen. Zu alledem beschädigen sie auch noch das Ansehen des Querdenkens.

Neben Klima und Pandemie gibt es auch Herausforderungen politischer Art, die uns zusetzen. Der Populismus und mit ihm ein ethnisch gefärbter Nationalismus finden in vielen Ländern neue Anhänger. Die vom amerikanischen Politikwissenschaftler Francis Fukuyama nach

„QUERDENKEN IST
GRUNDSÄTZLICH EINE GUTE
SACHE, EBENSO WIE EIN
GESUNDES MISSTRAUEN
GEGENÜBER SICH ALS WAHRHEIT
KLEIDENDE DOGMEN
UND IDEOLOGIEN.
DIE ORGANISIERTEN
„QUERDENKER“ UND
IMPFEGNER SIND ABER KEINE
TIEFSCHÜRFENDEN SKEPTIKER,
SONDERN SCHLICHTWEG
REALITÄTSVERWEIGERER, DEREN
,ARGUMENTE‘ VIEL HITZE,
ABER KEIN LICHT ERZEUGEN.“

dem Ende des Kommunismus formulierte These, nun würde sich die westlich-parlamentarische Demokratie global durchsetzen, ist so nicht eingetroffen. Der schon ausgestorben geglaubte Politikertypus des „starken Mannes“ erhält überraschend viel Zustimmung. Verbunden damit ist eine Tendenz, den politischen Gegner nicht als legitimen Mitbewerber um die Zustimmung der Bevölkerung zu sehen, sondern als existentiellen „Feind“, gegen den man nach Belieben vorgehen kann. Dass selbst die Vereinigten Staaten von Amerika, dieses einzigartige Land der Freiheit und Chancen, einen Präsidenten hervorgebracht haben, der fairen Wahlen und einer unabhängigen Justiz, ja selbst dem Leitprinzip der Wahrhaftigkeit, nur wenig abgewinnen konnte, zeigt, wie verwundbar selbst gefestigte demokratische Systeme sind.

Der beständige Einsatz für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat ist auch bei uns weiterhin wichtig und notwendig. Unsere Pluralität an Meinungen und Lebensentwürfen als Bereicherung und Stärke zu empfinden, sie zu schützen und zu pflegen, verlangt unsere ungeteilte Aufmerksamkeit. Einheit in Vielfalt bleibt eine dauerhafte Aufgabe.

Der Populismus ist eine Gefahr, aber auch gegen ihn gibt es wirksame Mittel. Ganz falsch wäre es, populistische Positionen moderat umzuformulieren und zu hoffen, dadurch Wählerinnen und Wähler zurückzuholen. Wer sich einmal auf diese schiefe Bahn begibt, der findet bald keinen Halt mehr und droht gänzlich abzurutschen. Es hilft, sich an den großen deutschen Soziologen Max Weber zu erinnern, von dem der berühmte Satz stammt, Politik sei „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“

Der an die demokratischen Parteien gerichtete Auftrag ist es, sich vor Problemen nicht wegzuducken, sondern diese „mit Leidenschaft und Augenmaß“ anzugehen. Wenn sie ihre Problemlösungskompetenz unter Beweis stellen, wenn sie belegen, dass ihre Entscheidungen den Alltag der Menschen tatsächlich verbessern, dann wird auch das populistische Gespenst wieder verschwinden. Auch in diesem Fall neige ich also nicht zum Pessimismus, sondern setze auf die Selbstheilungskräfte unserer Demokratie und auf die Wirkung guter Argumente.

Als für Integration und Flüchtlinge zuständiger Minister in Nordrhein-Westfalen denke ich bei krisenhaften Entwicklungen natürlich auch an die globale Migration. Der Sieg der Taliban in Afghanistan und unsere Unfähigkeit, Menschen zu schützen, die dort für uns und unsere Werte gearbeitet haben, sind eine bittere Niederlage. Die Bilder vom Flughafen in Kabul, die verzweifelte Hoffnung der Menschen, einen Platz in einem der rettenden Flugzeuge zu bekommen, haben sich in unser Gedächtnis eingegraben. Es ist schrecklich, dass dort Menschen, die auf den Westen gesetzt haben, zurückgelassen wurden.

Deutschland und Europa können die Probleme in Afghanistan nicht lösen. Aber ich bin stolz darauf, dass Nordrhein-Westfalen von Beginn an deutlich gemacht

hat, über festgesetzte Quoten hinaus, afghanische Ortskräfte und andere aufgrund ihres Engagements besonders schutzbedürftige Personen, insbesondere Frauen und ihre Familien, aufzunehmen. Wir werden alles dafür tun, diesen Menschen zu helfen, damit sie rasch Fuß fassen und sich in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat aufbauen können. Und dafür sind wir mit unserer ausgebauten Infrastruktur für Teilhabe und Integration und den vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in unseren Städten und Gemeinden auch sehr gut gerüstet.

Wenn von Migration die Rede ist, dürfen wir jedoch nicht ausschließlich über Flüchtlinge reden, so wichtig dieses Thema auch ist. Unser Land und unsere Wirtschaft sind ohne Einwanderung schlichtweg nicht mehr lebensfähig. Wo stünden wir ohne die in der Europäischen Union garantierte Freizügigkeit? Wo stünden unsere Unternehmen ohne die Auszubildenden mit Einwanderungsgeschichte, ohne die Kinder, Enkel und inzwischen sogar Urenkel der Gastarbeitergeneration der 50er bis 70er Jahre? Wo stünde das Handwerk ohne die vielen russlanddeutschen Aussiedlerinnen und Aussiedler? Und, das darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, wo stünden wir bei der Pandemiebekämpfung ohne den Forschergeist von Özlem Türeci und Uğur Şahin, den türkeistämmigen Gründern von Biontech und Pionieren des mRNA-Impfstoffs?



„DER AN DIE DEMOKRATISCHEN PARTEIEN GERICHTETE AUFTRAG IST ES,
SICH VOR PROBLEMEN NICHT WEGZUDUCKEN, SONDERN DIESE,
,MIT LEIDENSCHAFT UND AUGENMASS‘ ANZUGEHEN.
WENN SIE IHRE PROBLEMLÖSUNGSKOMPETENZ UNTER BEWEIS
STELLEN, WENN SIE BELEGEN, DASS IHRE ENTSCHEIDUNGEN DEN ALLTAG
DER MENSCHEN TATSÄCHLICH VERBESSERN, DANN WIRD AUCH DAS
POPULISTISCHE GESPENST WIEDER VERSCHWINDEN.“

Die Marktwirtschaft lebt nicht nur vom möglichst freien Austausch von Kapital, Gütern und Dienstleistungen. Sie lebt auch von der Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmerinnen und Unternehmer zur inländischen und grenzüberschreitenden Mobilität. Eine Welt ohne Grenzen und Grenzkontrollen gehört ins Phantasie Reich von Träumern. Aber dahin gehört auch eine Welt der Abschottung, der hohen unüberwindbaren Mauern und der nationalen Borniertheit. Wer im 21. Jahrhundert glaubt, es ginge unserem Land besser, wenn wir auf Einwanderung und Diversität verzichteten, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Gegen jegliche Einwanderung zu sein, ist einfach dumm. Klug ist es hingegen, diese richtig zu organisieren und auch einen Schwerpunkt auf qualifizierte Fachkräfte zu legen.

Deshalb setze ich mich seit Jahren für ein modernes Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln, beschleunigten Verfahren, verkürzten Fristen und möglichst wenig begleitender Bürokratie ein. Für diesen Ansatz steht in Nordrhein-Westfalen die Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung, die 2020 in Bonn ihre Arbeit aufgenommen hat. Bonn ist hierfür genau der richtige Standort. Denn dort ist auch die bundesweit zuständige Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit mit der Zentralen Servicestelle Berufsanererkennung ansässig. Damit besteht nun die Möglichkeit, das spezialisierte Fachwissen zu bündeln und gleichzeitig eine schnellere und serviceorientierte Verfahrensweise für Arbeitgeber und ausländische Fachkräfte zu etablieren. Kurzum: wir haben in Nordrhein-Westfalen eine gute, eine pragmatische Lösung für ein drängendes Problem gefunden.

Wenn heute von großen gesellschaftlichen Herausforderungen gesprochen wird, dann kommt regelmäßig der Hinweis auf nachlassende soziale Bindungskräfte und die Gefahr einer Segmentierung in voneinander getrennte Lebenswelten. Gerade die Bonner Akademie hat sich diesen Fragen in ihren Veranstaltungen und Publikationen immer wieder gewidmet. Es stimmt, die Kirchen, die Gewerkschaften, große Organisationen generell, aber auch Vereine der regionalen Heimat- und Brauchtumspflege haben heute nicht mehr den Zuspruch, den sie in der Vergangenheit einmal hatten. Das hat mit der zunehmenden Individualisierung zu tun und damit, dass Menschen ihr Leben gemäß den eigenen Vorstellungen gestalten wollen und sich nicht so sehr an Traditionen, Milieus oder familiären Erwartungen orientieren. Verkürzt wird die Diskussion über getrennte Lebenswelten

„DIE KIRCHEN, DIE GEWERKSCHAFTEN, GROSSE ORGANISATIONEN GENERELL, ABER AUCH VEREINE DER REGIONALEN HEIMAT- UND BRAUCHTUMSPFLEGE HABEN HEUTE NICHT MEHR DEN ZUSPRUCH, DEN SIE IN DER VERGANGENHEIT EINMAL HATTEN. DAS HAT MIT DER ZUNEHMENDEN INDIVIDUALISIERUNG ZU TUN UND DAMIT, DASS MENSCHEN IHR LEBEN GEMÄSS DEN EIGENEN VORSTELLUNGEN GESTALTEN WOLLEN.“

ohne gemeinsame Schnittmengen aber oft darauf, es gebe so etwas wie eine Parallelgesellschaft, in die sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte zurückziehen würden. Insbesondere bezogen auf das Ruhrgebiet wird das immer wieder behauptet.

In bin kein Freund dieser These, insbesondere dann, wenn sie überspitzt formuliert wird. Zum einen erkennt sie, dass es inzwischen in Nordrhein-Westfalen über 5 Millionen Menschen mit einer eigenen oder familiären Migrationsbiographie gibt. Das sind 30,3 Prozent der Bevölkerung, fast ein Drittel.

Diese große Gruppe ist in sich genauso differenziert in Bezug auf sozialen Status, Bildung, Religion, politische Orientierung und Kultur wie die Gruppe der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. Wir finden heute in allen Berufen und auf jeder Stufe der sozialen Leiter Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Das ist gut so, denn es zeigt, dass Wirtschaft und Gesellschaft durchlässig sind, dass sozialer Aufstieg möglich ist und mit Tatkraft und Leistungsbereitschaft enorm viel erreicht werden kann. Natürlich entspricht der An-

„DIE DORT LEBENDEN MENSCHEN ARBEITEN, ZAHLEN STEUERN UND BEITRÄGE FÜR DIE SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME, KÖNNEN ABER NUR EINGESCHRÄNKT POLITISCH PARTIZIPIEREN.“



teil von eingewanderten Menschen und ihren Nachkommen in vielen Bereichen noch nicht dem Bevölkerungsanteil. Die Daten des nordrhein-westfälischen Integrationsmonitorings zeigen aber, dass wir in den vergangenen Jahren auch in dieser Hinsicht beachtliche Fortschritte erzielt haben. Mein Ministerium arbeitet beständig daran, jedem einzelnen Menschen mit Einwanderungsgeschichte bestmögliche Chancen zu bieten, hier erfolgreich zu sein, den sozialen Aufstieg zu schaffen und Verantwortung in unserer Gemeinschaft zu übernehmen. Nicht zuletzt deshalb bezeichne ich mein Haus auch gerne als Chancenministerium.

Die These von der Parallelgesellschaft ist noch aus einem anderen Grund unterkomplex. Sie verkennet in Deutschland wirksame Bindungskräfte ganz grundsätzlicher Art, die das Gemeinwesen trotz aller sozialen Ausdifferenzierung und Individualisierung zusammenhalten. Ich spreche von unserer Verfassungs- und Werteordnung, die für alle Menschen verbindlich ist. Jeder und jede hat sich an die hier geltenden Gesetze zu halten, gleich welche Religion ausgeübt wird und gleich welche Herkunft vorliegt. Bei Verstößen gegen Recht und Gesetz ist mit den entsprechenden Konsequenzen zu rechnen. Unsere Rechtsordnung lässt Raum für die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Das macht ihre Stärke aus. Jeder und jede soll sich so entwickeln können, wie es seinen und ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten entspricht. Aber unsere Rechtsordnung setzt auch klare Grenzen und kennt keine Rabatte für Menschen, die diese aus welchen Gründen auch immer nicht anerkennen. Gerade weil wir einen starken Rechtsstaat haben, ist mir angesichts zunehmender Individualisierung und sozialer Ausdifferenzierung nicht bange.

Verstöße gegen unsere Rechtsordnung müssen dann aber auch tatsächlich geahndet werden, so wie dies in Nordrhein-Westfalen geschieht. Niemand ist bisher so entschieden gegen kriminelle Banden, Rocker und Familienclans, also gegen diejenigen, die glauben, sie stünden außerhalb unserer Rechtsordnung, vorgegangen, wie die jetzige Landesregierung. Und auch wenn wir in Nordrhein-Westfalen deutschlandweit das liberalste Bleiberecht für gut Integrierte geschaffen haben, sind wir gleichzeitig auch Spitzenreiter bei der Abschiebung von Straftätern und Gefährdern. Für uns sind das zwei Seiten einer Medaille.

Zudem stellen wir die Vermittlung von Werten ins Zentrum unserer Integrationspolitik. Im Koalitionsvertrag von 2017 heißt es: „Die Werte des Grundgesetzes gelten für alle gleichermaßen. In unserer offenen Gesellschaft ist kein Platz für Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres individuellen Lebensstils. Konflikte werden ohne Gewalt gelöst. Die Vermittlung von Werten aller am Integrationsprozess beteiligter Personen und Institutionen muss mit der Einreise beginnen und soll sich durch den Alltag ziehen.“

Das spiegelt sich auch in unserer Integrations- und Wertschätzungskampagne #IchDuWirNRW wider, mit der wir Geschichten erfolgreicher Integration am Beispiel von Integrationsvorbildern sichtbar machen. Gemeinsam mit Frau Staatssekretärin Güler habe ich in diesem Rahmen zudem viele Bürgergespräche über unser gemeinsames Werteverständnis geführt. Gleichzeitig werben wir mit dieser Kampagne um mehr Einbürgerungen, die auch ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt sind.

Warum ist die Einbürgerung so wichtig? Sie ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil nur der Erwerb des deutschen Passes die volle rechtliche Gleichstellung garantiert. Trotz vieler Anstrengungen, gerade in Nordrhein-Westfalen, haben wir immer noch ein Missverhältnis zwischen jenen, die alle Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen und jenen, die diesen Schritt tatsächlich gehen. Die Folge davon ist, dass die Wohn- und die Wahlbevölkerung insbesondere in stark von Einwanderung geprägten Städten voneinander abweichen.

Die dort lebenden Menschen arbeiten, zahlen Steuern und Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme, können aber nur eingeschränkt politisch partizipieren. Sie sind unmittelbar von politischen Entscheidungen

betroffen, aber nicht in der Lage, diese durch die Wahlteilnahme direkt zu beeinflussen.

Ein wichtiges Ziel der Landesregierung ist es daher, mehr Menschen zur Einbürgerung zu bewegen. Deswegen ist Nordrhein-Westfalen bundesweit Vorreiter bei der digitalen Einbürgerung, die wie die Digitalisierung der Verwaltung insgesamt auch den Einbürgerungsprozess einfacher und unkomplizierter macht. Deswegen setzen wir uns auch für gezielte gesetzliche Erleichterungen ein, etwa für die erste Einwanderergeneration, die in den 50er und 60er Jahren dieses Land mit aufgebaut hat, und bei der Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft. Es geht dabei ausdrücklich nicht darum, Kernvoraussetzungen der Einbürgerung zu verwässern, etwa das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, notwendige deutsche Sprachkenntnisse oder die weitgehende Straffreiheit. Hier darf es kein falsch verstandenes Entgegenkommen geben.

Vielmehr geht es darum, die Menschen, für die Deutschland und Nordrhein-Westfalen längst zur Heimat und zum Lebensmittelpunkt geworden sind, auch rechtlich und politisch voll gleichzustellen. So trägt eine liberale Einbürgerungspolitik dazu bei, die Bindungskräfte in unserer Gesellschaft weiter zu stärken. Wenn mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden, dann können wir auch die müßige Diskussion um das kommunale Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige endlich ad acta legen. Wir wollen keine halben Lösungen für hier verwurzelte Einwanderinnen und Einwanderer. Wir wollen ihnen keine Teil-Rechte gewähren, sondern ihnen die volle und gleichberechtigte Teilhabe als deut-

sche Staatsbürger ermöglichen, mit allen Rechten und Pflichten.

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Die Klimakrise, die Corona-Pandemie, die Gefahr des Populismus und die Notwendigkeit, die Bindungskräfte in unserer Gesellschaft zu stärken.

Ich bin zuversichtlich, dass wir für diese Herausforderungen Lösungen finden. Kein politisches System bringt dafür bessere Voraussetzungen mit als unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung! Keine Aufgabe ist zu groß, um sie nicht mit Mut und Zuversicht zu meistern! Vertrauen wir in unseren Forschergeist und die zivilisierende Wirkung rationaler Argumente!

Diese Argumente zu liefern, dafür ist die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) eine hervorragende Adresse, ja eine unverzichtbar gewordene Institution. Ich möchte meinen Beitrag daher nicht beenden, ohne der Akademie, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den vielen Zuhörerinnen und Zuhörern der zahlreichen Veranstaltungen für die immer anregende Ideenvielfalt und den ansteckenden Bürgersinn sehr herzlich zu danken. ■

Dr. Joachim Stamp, MdL

*Stellv. Ministerpräsident des Landes
Nordrhein-Westfalen und Minister für
Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration*



BILDUNG ÖFFNET WELTEN

Über Bildung und gesellschaftliche Teilhabe

Anja Karliczek, MdB



Vor 60 Jahren schloss Deutschland mit der Türkei ein Anwerbeabkommen. Ein neues Kapitel der Migrationsgeschichte begann, das Max Frisch 1965 prägnant mit seinem berühmten Satz auf den Punkt brachte: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“¹ Nicht nur aus der Türkei, auch aus anderen Ländern kamen Frauen und Männer in den Wirtschaftswunder-Jahren zu uns. Viele von ihnen blieben für immer. Besonders an Industriestandorten wie dem Ruhrgebiet veränderte das die Gesellschaft grundlegend.

Heute ist klar: Wir sind ein Einwanderungsland. Unsere Gesellschaft ist vielfältig.² Das ist unsere Stärke. Unsere Wirtschaft lebt vom Export. Unsere Wissenschaft lebt vom internationalen Austausch. Wir freuen uns, wenn Menschen aus aller Welt unser Land attraktiv zum Leben und Arbeiten finden.³ Und Bildung und Ausbildung sind der Grundstein für gelingende Integration und Teilhabe.



„IM INTERNATIONALEN VERGLEICH LIEGEN DIE LEISTUNGEN UNSERER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER NUR IM MITTELFELD. JEDER FÜNFTE 15-JÄHRIGE IST KAUM IN DER LAGE, TEXTE RICHTIG ZU VERSTEHEN. DAS KANN NICHT UNSER ANSPRUCH SEIN.“

Ein Beispiel zeigt das besonders deutlich: Der Biontech-Gründer und Mit-Erfinder des Impfstoffs gegen das Corona-Virus, Professor Uğur Şahin, kam als Vierjähriger aus der Türkei nach Deutschland. Sein Vater war Fabrikarbeiter bei den Ford-Werken in Köln-Niehl. Er selbst sollte nach der Grundschule auf die Hauptschule gehen. Doch ein Nachbar setzte sich für ihn ein, dank ihm kam er doch aufs Gymnasium.⁴ Dort machte er sein Abitur als Jahrgangsbester und als erstes türkischstämmiges Kind eines sogenannten Gastarbeiters. Der Rest ist Geschichte.

Die Frage ist also: Wie können wir denen helfen, die einen solchen Nachbarn nicht haben?

WO WIR STEHEN

Was mich die letzten Jahre immer wieder umgetrieben hat, ist das Gesamtzeugnis für die Bildung in Deutschland: Im internationalen Vergleich liegen die Leistungen unserer Schülerinnen und Schüler nur im Mittelfeld. Jeder fünfte 15-Jährige ist kaum in der Lage, Texte richtig zu verstehen.⁵

Das kann nicht unser Anspruch sein. Das Können und Wissen, das wir heute an den Schulen vermitteln, sichert unsere Zukunft. Gut und sicher lesen zu können, ist für jeden Einzelnen enorm relevant – und eine der wichtigsten Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe: Ich muss den Beipackzettel eines Medikaments lesen und verstehen können, um es richtig einzunehmen. Ich muss die Zeitung oder auch mal ein Wahlprogramm lesen und verstehen können, um an der Wahlurne eine informierte Entscheidung treffen zu können. Ich muss die Unterlagen für einen Ausbildungsplatz oder eine Kontoeröffnung lesen und verstehen können, damit ich weiß, worauf ich mich einlasse.

Wer lesen und schreiben kann, muss nicht glauben, was andere ihm sagen. Lesende Menschen haben bessere

Chancen, sich eine eigene Meinung bilden, sie können ihre Interessen vielfältiger vertreten. Das ist für Teilhabe und Demokratie zentral.

Jeder soll in Deutschland immer wieder die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden. Diese Möglichkeiten muss der Staat zur Verfügung stellen. Denn jeder Mensch hat Talente und Leidenschaften. Diese Talente und Leidenschaften gilt es zu entdecken, zu fördern und immer wieder weiterzuentwickeln.⁶

HERKUNFT UND BILDUNGSCHANCEN

Unsere Bildungsstudien zeigen, dass Kinder mit Migrationshintergrund mehr Unterstützung brauchen, um ihre Potenziale zu entfalten. Auch das bleibt weiterhin eine Aufgabe, um die sich staatliche Institutionen noch intensiver als bisher kümmern müssen.

Es geht um das Wecken der Begeisterung fürs Lernen und um passende Angebote von Anfang an.

Die Schulleistungsstudien bestätigen, dass die Kompetenzen junger Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin erheblich hinter ihren gleichaltrigen Mitschülerinnen und Mitschülern ohne Migrationshintergrund zurückbleiben. Diese Entwicklung setzt sich in der beruflichen Bildung sowie im Studium fort.

Um das Thema Herkunft gezielt in den Blick zu nehmen, gibt es unseren Nationalen Aktionsplan Integration⁷. Bildung steht dabei für uns im Zentrum. Denn Bildung ist der Schlüssel, um selbstbestimmt leben zu können, der Schlüssel für Integration und Zusammenhalt in unserem Land.

Im April dieses Jahres sind wir beim Dialogforum Integration durch Bildung mit verschiedenen Vertretern von Elternverbänden, Migrantinnen- und Migrantinnenorganisationen, Ländern und Fachverbänden in ein vertieftes Gespräch dazu eingestiegen. Einige Schwerpunkte haben sich dabei herauskristallisiert. Ganz wichtig: Eltern müssen über unser Bildungs- und Ausbildungssystem



„LESENDE MENSCHEN HABEN
BESSERE CHANCEN, SICH EINE
EIGENE MEINUNG BILDEN,
SIE KÖNNEN IHRE INTERESSEN
VIELFÄLTIGER VERTRETEN. DAS IST
FÜR TEILHABE UND DEMOKRATIE
ZENTRAL.“

Bescheid wissen, um ihren Kindern eine gute Orientierung bieten zu können. Dazu gehört auch, dass das pädagogische Fachpersonal wissen muss, wie es junge Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund gut erreichen kann. Und Mädchen, die einen Migrationshintergrund haben, oder als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, brauchen unsere besondere Unterstützung.

Der Migrationshintergrund ist aber oft nur ein mittelbarer Faktor, der für die Schulleistungen eine Rolle spielt. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang folgende Beobachtung der Bildungsforschenden: Haben Kinder mit und ohne Migrationshintergrund Eltern mit dem gleichen Bildungshintergrund und der gleichen sozialen Herkunft, verringern sich die Unterschiede oder sie verschwinden ganz.⁸

Es bleibt dabei: Ganz wesentlich bleibt nach wie vor das Elternhaus für die Frage, welcher Stellenwert der Bildung junger Menschen beigemessen wird. Dieser Befund ist Herausforderung und Ansporn zugleich. Denn es geht um den Wunsch jedes einzelnen jungen Menschen, seinen Weg im Leben und damit auch in der Bildung zu finden. Der Zusammenhang zwischen Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe ist groß – deshalb setzen wir alles daran, passende Bildungsangebote zu schaffen und damit zum Zusammenhalt der Gesellschaft beizutragen.

Die Corona-Pandemie hat den Handlungsbedarf verdeutlicht. Denn sie hat einige ungleiche Startchancen verstärkt. Als die Schulen wegen der Ansteckungsgefahr geschlossen werden mussten, hat sich der Lernort in die Familien verlagert. Hier waren die Unterschiede bei den Voraussetzungen viel größer als in der Schule: Es gab Eltern, die wenig oder kein Deutsch sprachen und

„DIE CORONA-PANDEMIE HAT DEN HANDLUNGSBEDARF VERDEUTLICHT. DENN SIE HAT EINIGE UNGLEICHE STARTCHANCEN VERSTÄRKT. ALS DIE SCHULEN WEGEN DER ANSTECKUNGSGEFAHR GESCHLOSSEN WERDEN MUSSTEN, HAT SICH DER LERNORT IN DIE FAMILIEN VERLAGERT.“

ihren Kindern deshalb weniger erklären konnten. Andere konnten nicht von Zuhause aus arbeiten und die Kinder waren auf sich gestellt. Auch die digitale Ausstattung war am Anfang ein Problem oder die Anzahl der Zimmer, in denen in Ruhe Videounterricht oder konzentriertes Lernen möglich gewesen wäre.

DIGITALPAKT SCHULE SETZT AN DER RICHTIGEN STELLE AN

Deshalb ist es gut, dass wir uns mit dem Digitalpakt Schule bereits vor der Pandemie auf den richtigen Weg gemacht hatten. Mit insgesamt 6,5 Milliarden Euro unterstützt der Bund die Länder beim Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen: IT-Administration, Werkzeuge für digitale Inhalte sowie ausleihbare Laptops. So werden wir die Voraussetzungen für Bildung in der digitalen Welt bundesweit und nachhaltig spürbar verbessern.

Bei der Frage nach guter digitaler Bildung geht es nicht um Technik, denn ein Medium alleine erzeugt noch keine gute Bildung. Deshalb legen wir so viel Wert auf die pädagogischen Konzepte. Sie gehen Hand in Hand mit der gezielten Qualifizierung von Lehrkräften.

So werden neue Lernformen möglich, die der sozialen und kulturellen Vielfalt an den Schulen gerecht werden. Wir brauchen eine individuellere Bildung, die alle Lernfortschritte erfasst und ein Angebot macht, das auf den konkreten Wissensstand der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten ist. So kann die Digitalisierung uns dabei helfen, Bildungsnachteile auszugleichen.

Empirisch steht noch nicht eindeutig fest, wie genau sich die Corona-Pandemie auf die Leistung ausgewirkt hat. Klar ist aber: Wo Schülerinnen und Schüler digital nicht erreicht werden konnten, müssen wir ihnen intensive Unterstützung anbieten.

AUFHOLEN NACH CORONA

Deshalb gibt es das Programm Aufholen nach Corona. Damit unterstützt der Bund die Länder dabei, die Lernrückstände bei vielen Schülerinnen und Schülern zügig in den Blick zu nehmen und Angebote zu unterbreiten, damit die Lücken schnell geschlossen werden. Das ist wichtig, da der Stoff sonst fehlt, um im Präsenzunterricht wieder gut mitzukommen.

Insgesamt umfasst das Programm zwei Milliarden Euro für dieses und das nächste Jahr. Davon ist eine Hälfte für den Abbau der Lernrückstände vorgesehen. Mit der anderen Hälfte ermöglichen wir Angebote, um die sozialen und psychischen Folgen des Lockdowns abzufedern, zum Beispiel durch außerschulische Angebote im Rahmen von Kultur macht stark oder mit Schülerlaboren, die eigene Angebote gestalten.

Die Länder haben sich verpflichtet, auch selbst zusätzliches Geld bereitzustellen, zumindest für den Abbau von Lernrückständen, um ihrer Verantwortung für eine gute Bildung gerecht zu werden.



„BEI DER FRAGE NACH GUTER DIGITALER BILDUNG GEHT ES NICHT UM TECHNIK, DENN EIN MEDIUM ALLEINE ERZEUGT NOCH KEINE GUTE BILDUNG. DESHALB LEGEN WIR SO VIEL WERT AUF DIE PÄDAGOGISCHEN KONZEPTE.“

DIE SCHULE ALS DREHKREUZ FÜRS LEBEN

Gerade Schulen in sozial schwierigen Lagen – ob in der Stadt, aber auch auf dem Land – stehen nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie vor besonders großen Herausforderungen. Die Lehrenden leisten hier oft sehr viel mehr als ihr Beruf normalerweise von ihnen verlangt: Sie gestalten den Unterricht, aber motivieren und unterstützen ihre Schülerinnen und Schüler auch, wenn schwierige Situationen zuhause oder in ihrem Umfeld dazu führen, dass sie nicht mehr so gut lernen können. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen hier auch häufig mit sehr unterschiedlichen Leistungsniveaus umgehen.

Bildung bedeutet Aneignung von Kompetenzen und Wissen, um sich im Leben zu behaupten. Bildung bedeutet aber auch immer Herzensbildung, Selbstbewusstsein aufzubauen und trittfest durchs Leben zu gehen. Da sind in erster Linie die Eltern gefragt. Doch wir wissen, dass es oft auch engagierte Lehrerinnen und Lehrer sind, die ihren Schülerinnen und Schülern neue Welten eröffnen.

Die Schule ist auf jeden Fall der beste Ort, um allen die gleichen Chancen zu ermöglichen. Um ungleiche Chancen der Herkunft auszugleichen, und sich besonders um die Kinder zu kümmern, die keinen Nachbarn haben, der sich für sie einsetzt – so wie Professor Şahin ihn hatte.

Schulen legen oft auch die Basis dafür, wie konstruktiv wir als Erwachsene in der Gesellschaft zusammenarbeiten und zusammenhalten. Schule ist als Institution ein ganz wichtiger Ort, an dem wir sozialisiert werden und an dem Integration stattfindet. Kinder und Jugendliche verbringen den größten Teil ihrer Schulzeit in ihrem Klassenverband.

Hier lernen sie Zusammenarbeit, wie man einander hilft, wie Toleranz funktioniert und welchen sozialen Regeln wir folgen. Die Schule prägt jede und jeden einzelnen von uns und entscheidet, wie wir teilhaben können an der Gesellschaft. Deshalb erforscht das Projekt „Entwicklung und Lernen von gesellschaftlichem Zusammenhalt in der Schule“, wie das am besten gelingt.⁹

Die Bedeutung der Schulen kann also gar nicht hoch genug geschätzt werden. Hier werden erste Entscheidungen gelegt, welchen Lebensweg ein junger Mensch einschlägt, welche Talente er offenbart und ausbaut, die uns später allen zugutekommen. Unser Land ist auf die Talente und Ideen aller Menschen in diesem Land

„DIE LEHRENDEN LEISTEN HIER OFT SEHR VIEL MEHR ALS IHR BERUF NORMALERWEISE VON IHNEN VERLANGT: SIE GESTALTEN DEN UNTERRICHT, ABER MOTIVIEREN UND UNTERSTÜTZEN IHRE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER AUCH, WENN SCHWIERIGE SITUATIONEN ZUHAUSE ODER IN IHREM UMFELD DAZU FÜHREN, DASS SIE NICHT MEHR SO GUT LERNEN KÖNNEN.“



angewiesen. Dieses Potenzial können wir nur dann voll ausschöpfen, wenn Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten gefordert und gefördert werden.¹⁰

„SCHULE MACHT STARK“ UND „LEISTUNG MACHT SCHULE“

Da setzt unsere Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“ an. Sie wird dazu beitragen, die bestmöglichen Bildungschancen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Die 200 teilnehmenden Schulen entwickeln seit Januar dieses Jahres gemeinsam mit einem Forschungsverbund aus 13 Universitäten und Forschungseinrichtungen Strategien und Ansätze für den Unterricht und den Schulalltag, die auf die Bedürfnisse vor Ort ausgerichtet sind. Die Schülerinnen und Schüler sollen trotz ihrer herausfordernden Ausgangsbedingungen ihren eigenen Weg ins Leben finden. Der Bund und die Länder finanzieren die Initiative mit insgesamt 125 Millionen Euro.

„DIE BEDEUTUNG DER SCHULEN KANN ALSO GAR NICHT HOCH GENUG GESCHÄTZT WERDEN. HIER WERDEN ERSTE ENTSCHEIDUNGEN GELEGT, WELCHEN LEBENSWEG EIN JUNGER MENSCH EINSCHLÄGT, WELCHE TALENTE ER OFFENBART UND AUSBAUT, DIE UNS SPÄTER ALLEN ZUGUTEKOMMEN.“

Bereits seit 2018 fördern Bund und Länder außerdem leistungsstarke sowie potenziell besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler in der Initiative Leistung macht Schule. Auch hier ist das Ziel, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und gesellschaftlicher Teilhabe zu verringern. Denn je individueller die schulische Förderung auf die oder den Einzelnen zugeschnitten ist, desto besser können Kinder und Jugendliche ihre Potenziale ausschöpfen – und zwar unabhängig davon, wo sie herkommen, ob sie Junge oder Mädchen sind und wie viel Geld ihre Eltern verdienen.

Mit diesen beiden Initiativen fördern wir die Potenziale, die an den Schulen schlummern und wir verringern die Bildungsungleichheit. Beide Initiativen sind auf zehn Jahre angelegt. So können möglichst viele Schulen von den Ergebnissen profitieren.

RECHTSANSPRUCH AUF GANZTAG FÜR DIE GRUNDSCHULE

Einen weiteren Schub nach vorn erhoffe ich mir vom Rechtsanspruch auf Ganzttag für Kinder im Grundschulalter, für den wir bis zur letzten Sitzung in der zurückliegenden Legislaturperiode gekämpft haben. Am Ende waren wir erfolgreich. Ich bin sehr froh, dass wir das Vorhaben noch auf den Weg gebracht haben.

Es ist ein gesellschaftspolitischer Meilenstein. Denn durch den Ausbau des Ganztags schaffen wir weitere Bildungsangebote für alle Kinder. Wir eröffnen mehr Räume und mehr Zeit; mehr Zeit zum Beispiel, die Kinder mit und ohne Migrationshintergrund zusammen bringen. Das hilft nicht nur bei der Sprachentwicklung.

Guter Ganzttag heißt mehr Zeit und Raum für soziales Lernen in der Gruppe, für MINT, für Musik und Sport, für das Entdecken und Entfalten individueller Talente. Kinder erfahren ihre ganz persönlichen Stärken und werden auf spielerische Weise motiviert.

Mit dem Ausbau der Infrastruktur entsteht auch mehr Raum: für das Arbeiten in kleinen Gruppen, für ein gemeinsames Mittagessen, für das soziale Miteinander. Diese neuen Möglichkeiten, diese neuen Spielräume verbessern gleichzeitig auch die Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen. Denn die Qualität beim Ganzttag muss natürlich stimmen.

Der Rechtsanspruch auf Ganzttag kann damit weit mehr bieten, als dass wir Eltern ermöglichen, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren, was ich allerdings im 21. Jahrhundert für selbstverständlich halte. Die Pandemie hat uns noch einmal gezeigt, wie wichtig verlässliche Kinderbetreuung für die Kinder und deren altersgerechte Entwicklung, aber auch für die Eltern, ist. Mütter und Väter müssen sich darauf verlassen können, dass sie einen Ganztagsplatz für ihr Grundschulkind bekommen können, wenn sie ihn möchten. Denn Eltern haben dann eine freie Wahl, Beruf und Familie gut unter einen Hut zu bringen, wenn das Ganztagsangebot stimmt. Nach wie vor gibt es hier große Nachfrage.

Der Rechtsanspruch wird helfen, diese Angebotslücke zu schließen. Der Bund unterstützt die Länder dabei in ihrer ureigenen Aufgabe und hilft ihnen mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro beim Ganzttagsausbau. Darüber hinaus unterstützt er sie auch bei den laufenden Kosten – und zwar mit 1,3 Milliarden Euro jährlich ab 2030.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT FÜR BILDUNG

Die Bedeutung von Bildung ist unumstritten. Deshalb gibt es auch außerhalb der staatlichen Infrastruktur und ergänzend dazu großes Engagement. Jede dieser Initiativen, die Kinder und Jugendliche unterstützt, ihren Weg zu finden, ist hochwillkommen. Eine will ich an dieser Stelle nennen, auch weil wir jüngst einen guten Grund zum Feiern hatten: Da wurde der 100. Verein des MENTOR-Verbandes gegründet. Dahinter steckt eine individuelle Leseförderung, die ehrenamtlich gestemmt wird. Inzwischen sind es bundesweit über 13.000 Leselernhelferinnen und -helfer, die Kinder dabei unterstützen, gut lesen zu lernen. Sie setzen an einer ganz wichtigen Stelle

an: direkt in den Schulen, an denen Kinder zusätzliche Leseförderung brauchen. Sie begleiten diese als Mentorin oder Mentor, bis es besser mit dem Lesen klappt. Und vielleicht lernen die Kinder und Jugendlichen zugleich, wie gut es ist, wenn sich Menschen ehrenamtlich einbringen.

LEBENSTRÄUME DURCH GUTE BILDUNG ERFÜLLEN

Der Bildungsforscher Aladin El-Mafaalani bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Kitas und Schulen müssen zu Orten werden, in denen Kinder alles erleben und lernen können, was diese Welt zu bieten hat.“¹¹

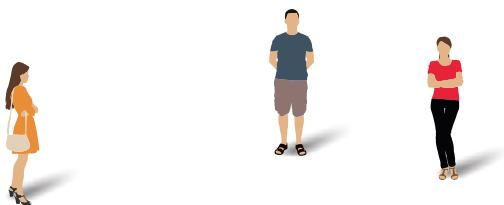
Vor einiger Zeit war ich mit ihm gemeinsam in einer Fernsehsendung. Dort trat auch eine junge Frau auf, die mit ihrer Familie nach Deutschland geflüchtet ist und die uns alle sehr beeindruckt hat. Sie erzählte, wie sie mit ihren Geschwistern versucht hat, das Lernen während der Schulschließung zu Hause hinzubekommen: auf engstem Raum, mit wenigen digitalen Geräten und ohne, dass ihnen die Eltern bei den Schularbeiten helfen konnten. Diese junge Frau wurde nach ihrem Lebenstraum

gefragt und sie sagte, dass sie am liebsten irgendwann Medizin studieren und Ärztin werden möchte.

Wir wissen alle: Um so einen Traum in die Realität umzusetzen, ist viel Eigenengagement, Anstrengung und Durchhaltevermögen erforderlich. Aber unser Bildungssystem müssen wir so gestalten, dass sich solche Träume verwirklichen lassen, so unterschiedlich die Startbedingungen eines jungen Menschen auch sein mögen. Auch die Wege zum Ziel sollten verschieden sein können, damit jeder denjenigen Weg wählen kann, der am besten zur eigenen Entwicklung passt. Durchlässigkeit von einem Bildungsbereich zum anderen ist dazu erforderlich. Da hat sich in den vergangenen Jahren schon viel verändert, worüber ich sehr froh bin. Dieser Wandel wird weitergehen. Denn Bildung öffnet Welten – jedem Einzelnen und uns als Gesellschaft. ■

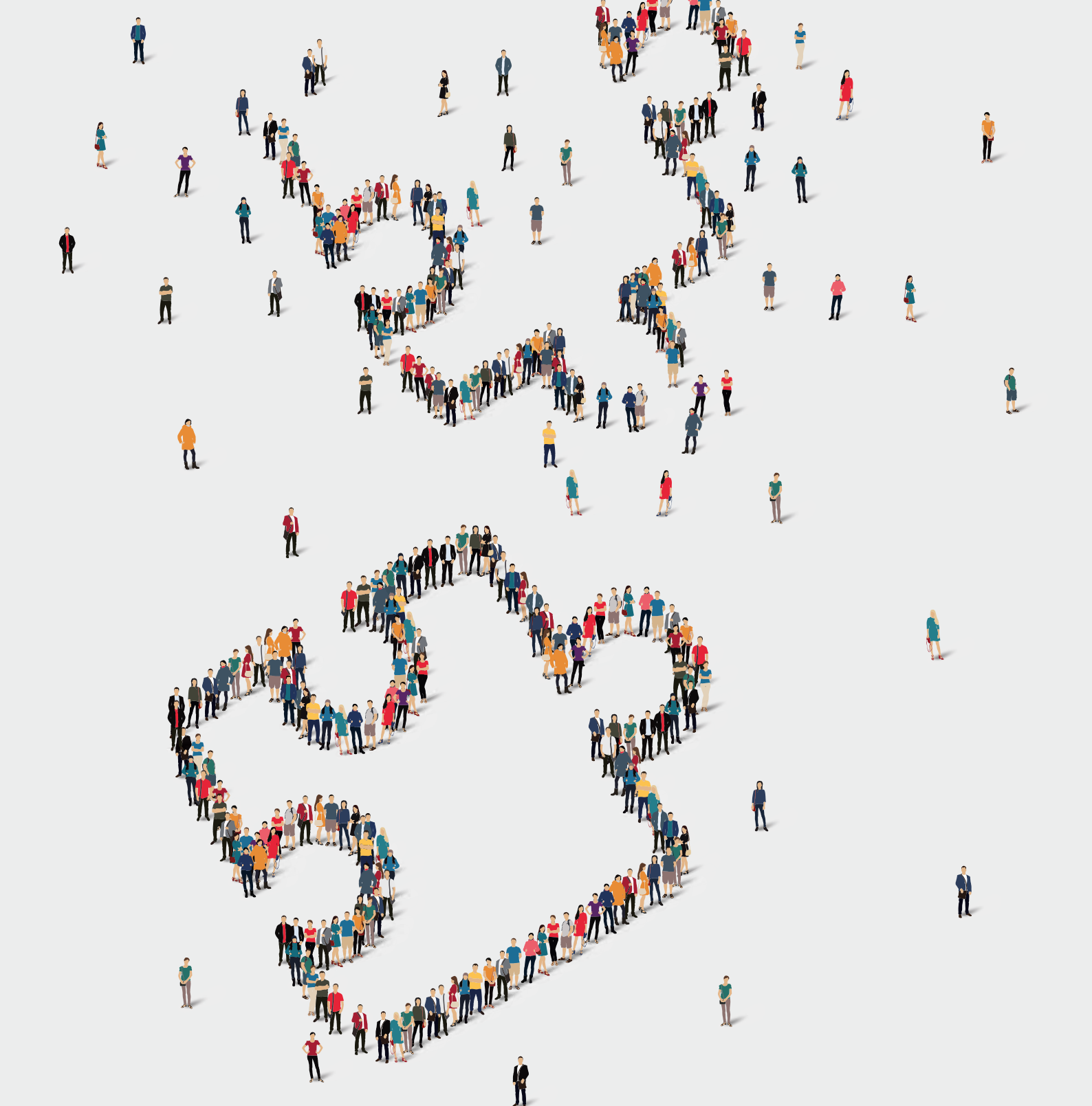
Anja Karliczek, MdB

Bundesministerin für Bildung und
Forschung a.D.



ANMERKUNGEN

- ¹ Frisch, Max (1965), in: Alexander J. Seiler, „Siamo italiani – Die Italiener: Gespräche mit italienischen Arbeitern in der Schweiz“; Zürich 1965: Schweiz: „Ein kleines Herrenvolk sieht sich in Gefahr“ | ZEIT ONLINE.
- ² Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode vom 12.03.2018, S. 105; Datengrundlage: 25,5 Prozent der in Deutschland lebenden Personen haben einen Migrationshintergrund. Mikrozensus 2018, Statistisches Bundesamt.
- ³ „Wir kennen viele Erfolgsgeschichten“ – BMBF
- ⁴ Djt-Online (2021): Steinreich, aber immer auf dem Boden geblieben: Das Forscher-Traumpaar Uğur Şahin und Özlem Türeci, in: Deutsch Türkisches Journal Online, 19.03.2021, <https://dtj-online.de/steinreich-aber-immer-auf-dem-boden-geblieben-das-forscher-traumpaar-ugur-sahin-und-oezlem-tuereci/>.
- ⁵ OECD (2021): 21st-Century Readers: Developing Literacy Skills in a Digital World. PISA, Paris 2021: OECD Publishing.
- ⁶ Das BMBF unterstützt mit seiner Förderung bereits seit mehr als zehn Jahren explizit Forschung zu diesem hoch relevanten Themenfeld. In der Förderlinie „Chancengerechtigkeit und Teilhabe“ haben wir von 2011 bis 2015 mit rund 11 Millionen Euro insgesamt 41 Forschungsprojekte gefördert.
- ⁷ BMBF (2020): Nationaler Aktionsplan Integration (NAP-I), Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin 2020.
- ⁸ Sachverständigenrat für Integration und Migration (2021): Ungleiche Bildungschancen – Fakten zur Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Aktualisierte Fassung, 23.09.2021, S. 5.
- ⁹ FGZ Bielefeld (o. A.): Entwicklung und Lernen von gesellschaftlichem Zusammenhalt in der Schule. BIE_F_09-Projekt des FGZ Bielefeld. Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, https://www.fgz-risc.de/forschung/alle-forschungsprojekte/details/BIE_F_09.
- ¹⁰ Karliczek, Anja/Ernst, Britta (2021): Bildungschancen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler verbessern, Pressemitteilung des BMBF 012/2021, 27.01.2021.
- ¹¹ El-Mafaalani, Aladeen (2021): Mythos Bildung, Köln 2021: Kiepenheuer & Witsch, S. 9–21.

A large crowd of people, depicted as small, colorful figures, is arranged in a stylized 'S' or 'Z' shape across the upper two-thirds of the page. The figures are diverse in color and pose, suggesting a multicultural group. The shape starts at the top left, curves to the right, then back to the left, and finally curves to the right again, ending near the bottom center. The background is a plain, light gray.

II. WISSENSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE

VON DER INDUSTRIE- ZUR WISSENSGESELLSCHAFT? DER GESELLSCHAFTLICHE WANDEL DES RUHRGEBIETS

Prof. Dr. Rolf G. Heinze

Jahrzehntelang wurden die Diskussionen zum Strukturwandel im Ruhrgebiet von Schlagzeilen über die hohe-Dauerarbeitslosigkeit, Armut und Verödung städtischer Räume dominiert. Inzwischen ist hier ein Wandel zu konstatieren; gerade in letzter Zeit werden verstärkt auch positive Aspekte (wie etwa die Profilierung der Wissenschaftslandschaft und ökologische Umbauprozesse) thematisiert. Im Gegensatz zu vielen altindustriellen Regionen ist das Ruhrgebiet keine Wirtschaftsregion im Niedergang und aus internationaler Sicht sind **polyzentrische** Stadtlandschaften wie das Ruhrgebiet sogar zukunftsweisend. Diese Region kann als eine post-industrielle Metropole bezeichnet werden, die gerade durch ihre polyzentrische Struktur als zukunftsfähig eingeschätzt werden kann. Dies liegt sicherlich auch daran, dass hier konsequent der Weg hin zu einer Wissensregion gegangen wird und so europaweit die dichteste **Hochschullandschaft** (mit über 250.000 Studierenden in fünf Universitäten, einer Kunsthochschule und 13 weiteren Hochschulen sowie über 45.000 Beschäftigte, die direkt oder indirekt von den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen abhängen). In Zeiten globalisierter Märkte und umgreifender Digitalisierungsprozesse hängt die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes immer stärker von der Fähigkeit zur schnellen Interaktion in Form von Technologietransfer und Wissensdiffusion ab. Dazu gehört neben dem öffentlichen Sektor, den Unternehmen und ihrer effizienten regionalen Einbettung eine leistungsfähige Forschungs- und Hochschullandschaft. Hiermit kann inzwischen das Ruhrgebiet punkten; hinzu kommt eine vielfältige Kulturszene und neben den bekannten Großunternehmen sind auch innovative Start-Ups anzutreffen – ganz zu schweigen von der erfolgreichen ökologischen Umgestaltung der Emscher, die sich wieder zu einer vitalen Flusslandschaft mit interessanten Standortperspektiven für Wohnen und Arbeiten verwandelt.

„JAHRZEHNTELANG
WURDEN DIE DISKUSSIONEN
ZUM STRUKTURWANDEL
IM RUHRGEBIET VON
SCHLAGZEILEN ÜBER DIE HOHE
DAUERARBEITSLOSIGKEIT, ARMUT
UND VERÖDUNG STÄDTISCHER
RÄUME DOMINIERT.“

Keine andere europäische Region hat einen tiefgreifenden Beschäftigungsabbau so **sozialverträglich** über einen „verhandelten“ Strukturwandel gelöst wie an der Ruhr. Wenn auch in der Außenwahrnehmung der Ballungsraum Ruhr oft noch mit den ehemals dominierenden Montanindustrien Kohle und Stahl gleichgesetzt wird, hat es bereits in den letzten Jahrzehnten gesellschaftliche Umbrüche gegeben, die aber insgesamt durch soziale Abfederungen für einen kooperativ bewältigten Strukturwandel sorgten. Dieser kann im internationalen Vergleich sogar als Vorzeigebispiel gelten, denn neben dem Aufbau einer Hochschullandschaft wurden auch städtebauliche und ökologische Umbaustراتيجien realisiert (bspw. mit der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA) sowie Innovation City in Bottrop), die insgesamt eine originäre Mischung aus Alt und Neu ergeben.

Der wirtschaftliche Aufholprozess setzt sich fort; es gibt wirtschaftliche Kerne mit hoher Spezialisierung und internationaler Sichtbarkeit – etwa in den Feldern Gesundheitswirtschaft (mit über 350.000 Beschäftig-

„DAS RUHRGEBIET IST AUF DEM WEG, VON DER REGION MIT DEM ‚PULSSCHLAG AUS STAHL‘ ZUR WISSENSREGION ZU WERDEN, IN DER ES VIELE HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGS- UND BERATUNGSEINRICHTUNGEN GIBT, WÄHREND ES NOCH VOR SECHZIG JAHREN KEINE EINZIGE UNIVERSITÄT GAB.“



ten), Wissenschaft und Bildung, digitale Kommunikation, Logistik, chemische Industrie. Für den Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet sind sowohl der Wissenssektor als auch die Gesundheitswirtschaft/sozialen Dienste sehr bedeutsam geworden. Das Ruhrgebiet ist inzwischen ein bedeutender **Gesundheitsstandort** geworden; hier hat sich in den letzten Jahren viel bewegt, auch weil das Ruhrgebiet neben den universitären Medizinfakultäten über einen quantitativ großen Gesundheitsmarkt von 5,3 Millionen potenziellen Patienten, 9.000 Haus- und Fachärzten, 133 Krankenhäusern und über 1.100 Pflegeheimen und ambulanten Diensten auf engstem Raum verfügt. Die Gesundheitswirtschaft ist nicht nur der heimliche Gewinner des Strukturwandels, sondern bietet aufgrund des demographischen Wandels auch in den nächsten Jahren Entwicklungsimpulse.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor hat sich in den letzten Jahrzehnten im Ruhrgebiet weiter erhöht. Der tertiäre Sektor ist jedoch nicht der alleinige Wachstumsträger, da viele Dienstleistungen weiterhin an industrielle Aktivitäten gekoppelt sind. Gerade anhand der Digitalisierung wird die wechselseitige Durchdringung deutlich (etwa digitale Gesundheits- und Wohntechnologien, urbanes Bauen und Wohnen sowie Logistik). Generell sollte aber die Gegenüberstellung von Industrie und Dienstleistungen überwunden werden. Es ist nicht zentral, ob neue Tätigkeiten dem Industrie- oder Dienstleistungssektor zugeordnet werden, der Strukturwandel hat diese Sichtweise längst überholt. Ob Volkswagen Infotainment mit den über 500 Mitarbeitenden in Bochum zum Dienstleis-

tungs- oder Industriesektor gehört, ist nebensächlich. Wichtig ist, dass sich kreative Unternehmen in Kooperation mit Wissenschaftseinrichtungen im Ruhrgebiet ansiedeln. Das Ruhrgebiet muss zur Wissensregion werden und d.h. nicht allein Industrie 4.0, sondern systemische Verknüpfungen in Zukunftsfeldern wie der Mobilität, Logistik, der Energie, dem Wohnen, der Gesundheit. Nachhaltige Produktentwicklungen entstehen an Schnittstellen verschiedener Kompetenzfelder.

Der Wandel des Produktionssystems in Richtung wissensintensiver Sektoren spiegelt sich gut in den verschiedenen Hochschulen der Region wider. Das Ruhrgebiet ist auf dem Weg, von der Region mit dem „Pulsschlag aus Stahl“ zur Wissensregion zu werden, in der es viele Hochschulen und Forschungs- und Beratungseinrichtungen gibt, während es noch vor sechzig Jahren keine einzige Universität gab. Ende der 1950er Jahre war Bochum beispielsweise die Stadt mit den meisten Zechen Europas, von denen die letzte (Zeche Hannover) 1973 geschlossen wurde, später war sie Standort industrieller Massenfertigung (Opel, Nokia). Heute sehen manche Wissenschaftler Bochum als Shootingstar der Wissensarbeit, wobei der wichtigste Baustein die 1962 gegründete Ruhr-Universität ist, die mit rund 45.000 Studierenden und über 8.000 Beschäftigten der Kern der Hochschulstadt Bochum ist. Insgesamt gibt es acht Hochschulen mit über 58.000 Studierenden und mehr als 10.600 Beschäftigten. Neben der Ruhr-Universität Bochum, der Hochschule Bochum, der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, der Technischen Hochschule Georg Agricola und der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung gibt es als relativ neue Einrichtungen die EBZ Business School (2008), die Hochschule für Gesundheit (2009) und die Folkwang Universität für Künste (2014). Nach absoluten Zahlen ist Bochum zweitgrößter Hochschulstandort in Nordrhein-Westfalen und sechstgrößter Deutschlands. Die Bochumer Hochschullandschaft ist zum zentralen Ausgangspunkt für die Zukunftsfähigkeit der Stadt geworden und wirkt als Impulsgeber. Die Einsicht hat sich in allen Städten des Ruhrgebiets durchgesetzt, dass Hochschulen und andere Wissens- und Forschungseinrichtungen wichtige Innovationstreiber für eine Erneuerung der Region darstellen.

Wenn auch die Investitionen in die Wissenschaft im Ruhrgebiet eine hervorragende **Wissenschaftslandschaft** aufgebaut haben, sind nach wie vor bestehende Innovationsschwächen der Unternehmen und auch Defizite bei High-Tech-Gründungen zu erkennen. In Zu-

kunft muss deshalb der Transfer des Wissens aus der gut ausgebauten Hochschulinfrastruktur verbessert werden. Die (regionale) Wettbewerbsfähigkeit steigt, wenn das Branchenportfolio durch komplementäre, wissensintensive Dienstleistungsunternehmen ergänzt wird. Unternehmen jeder Größenordnung müssen die Chance erhalten, unbürokratisch mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen enger zu kooperieren. Anhand der verfügbaren Daten kann abgeleitet werden, dass das Ruhrgebiet durch die Kombination aus einer dichten und exzellenten Wissenschaftslandschaft, günstigen Immobilienpreisen und einem hohen Kultur- und Freizeitwert im Standortvergleich gut aufgestellt ist. Trotz dieser guten Positionierung platzieren noch immer viele Rankings einzelne Ruhrgebietsstädte auf den hinteren Plätzen. Das Zusammenspiel der Faktoren, aber auch die wegweisenden ökologischen Transformationen werden immer noch nicht adäquat in der bundesdeutschen Öffentlichkeit wahrgenommen. Deshalb ist die Kommunikation der positiven Ergebnisse des Strukturwandels ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Ruhrgebiets.

Regionale Innovationssysteme mit Ausstrahlung entwickeln sich nur, wenn sie neben der akademischen Bildung auch eine gute Fachkräftesicherungsstrategie verfolgen. Das Ruhrgebiet darf vor allem nicht zum Bildungsexporteur werden, sondern die Früchte der eigenen Bildungsinvestitionen müssen selbst geerntet werden. Dafür bedarf es enger, langfristiger Kooperationen zwischen dem Land, Kommunen, Unternehmen, Schulen, Bildungsträgern, den Agenturen der Arbeit, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Gewerkschaften. Vor dem Hintergrund der **Digitalisierung** bekommt Bildung und Qualifizierung einen noch höheren Stellenwert und muss ausgebaut und mit der Praxis vernetzt werden. Gefordert sind dafür Treiber, die als „Spinne“ in den Wissensnetzwerken wirken. Es reicht nicht, „runde Tische“ oder Cluster zu bilden, gefragt ist eine aktive Prozesssteuerung, damit aus „runden Tischen“ nicht „lange Bänke“ werden. Gerade mit Blick auf die in einzelnen Branchen im Ruhrgebiet unübersehbaren Fachkräftedefizite wäre das fatal; benötigt werden regionale Fachkräftebündnisse, die von den erfolgreichen regionalen Kooperationen lernen können (z. B. der Universitätsallianz Ruhr).

Neben der Profilierung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes muss intensiv in die Gestaltung des **Wohnstandortes** und der Lebensqualität investiert werden. In einer globalen Wissensgesellschaft hängt

„DAS RUHRGEBIET DARF VOR ALLEM NICHT ZUM BILDUNGSEXPORTEUR WERDEN, SONDERN DIE FRÜCHTE DER EIGENEN BILDUNGSINVESTITIONEN MÜSSEN SELBST GEERNTET WERDEN.“



die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandortes davon ab, wie attraktiv er sich als Wohnstandort präsentiert. Wenn die Attraktivität des direkten Lebensumfeldes der Bewohner einer Region sinkt, kann dies zu einem Engpassfaktor für deren wirtschaftliche Entwicklung werden. Die von den bestehenden Unternehmen benötigten qualifizierten Ausbildungskandidaten, Fachkräfte und auch Akademiker sind so schwer für eine Arbeit in der Region zu gewinnen. Auch für die Ansiedlung neuer Unternehmen droht sich dies zu einem dauerhaften Problem zu entwickeln. In diesem Sinne wird Lebensqualitätspolitik zu einem zentralen Standortfaktor. Für das Ruhrgebiet ist der im Vergleich zu anderen großstädtischen Ballungsgebieten niedrige Anteil der Hochqualifizierten somit auch ein Ausdruck für die zuweilen nicht ausreichende Standortattraktivität für diese Arbeitskräfte. Hinzu kommen die arbeitsmarktbedingten Problemlagen in einigen Quartieren der Ruhrgebietsstädte. Obwohl sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter erhöht hat, liegt die Arbeitslosigkeit in einzelnen Städten, insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, noch immer deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Die **sozialen Disparitäten** im Ruhrgebiet treten räumlich geballt auf und insbesondere in den Teilregionen, die vom wirtschaftlichen Strukturwandel besonders betroffen waren. Diese Segregationseffekte gibt es in allen Großstädten. Im Vergleich zu anderen Städten leben aber im Ruhrgebiet überdurchschnittlich viele Menschen in Stadtteilen, in denen ethnische, demografische und soziale Segregation kumuliert auftreten.

Deshalb ist es für die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Ruhrgebiets entscheidend, sowohl diese benachteiligten Quartiere speziell zu fördern als auch mehr Quartiere für die Mittelschicht, insbesondere für Familien mit Kindern, auszubauen. Nur wenn junge Menschen

„DIE SOZIALEN DISPARITÄTEN IM RUHRGEBIET TRETEN RÄUMLICH GEBALLT AUF UND INSBESONDERE IN DEN TEILREGIONEN, DIE VOM WIRTSCHAFTLICHEN STRUKTURWANDEL BESONDERS BETROFFEN WAREN. DIESE SEGREGATIONSEFFEKTE GIBT ES IN ALLEN GROSSSTÄDTEN. IM VERGLEICH ZU ANDEREN STÄDTEN LEBEN ABER IM RUHRGEBIET ÜBERDURCHSCHNITTlich VIELE MENSCHEN IN STADTEILEN, IN DENEN ETHNISCHE, DEMOGRAFISCHE UND SOZIALE SEGREGATION KUMULIERT AUFTRETEN.“



die wesentlichen Rahmenbedingungen des Standortes Ruhrgebiet als gleichwertig zu anderen urbanen Räumen betrachten, steigt die Chance, den „Brain-Drain“ zu verhindern bzw. zu mildern. Vereinzelt finden sich derartige Quartiere bereits im Ruhrgebiet, allerdings sind solche Orte eher die Ausnahme denn die Regel, so dass trotz mehr als 5 Millionen Einwohnern in der Region nicht das Flair und Lebensgefühl einer internationalen Metropole vorherrscht. Folglich geht es für das Ruhrgebiet um eine Schaffung moderner Urbanität, die Zugänge zu Kultur, Familienfreundlichkeit und Freizeitmöglichkeiten bei gleichzeitig vorhandener Gesundheits- und Versorgungsinfrastruktur bietet.

Hinzu kommen die **demografischen Herausforderungen**. Da sich im Ruhrgebiet aus demografischer Sicht die generelle Veralterung der Gesellschaft früher als in anderen Regionen zeigt, wäre dieses Feld ein guter Experimentierraum, um gesellschaftliche Herausforderungen mit technologischen und sozialen Innovationen zu bewältigen. Für das Wohnen im Alter sind insbesondere Notrufsysteme, Sensormatten bei Sturzgefahren, Online-Sprechstunden und ebenso Anwendungen aus dem Feld des Tele-Health-Monitoring (etwa bei chronischen Erkrankungen wie Diabetes oder Herzinsuffizienz) von großer Bedeutung. Gerade wenn die Erhaltung der Selbstständigkeit älter werdender Menschen im Mittelpunkt steht, können durch (mobile) Internetapplikationen neue Lösungsformate angeboten werden. Sensorgestützte Informations- und Kommunikationssysteme liefern individuell angepasste Servicefunktionen, die den konkreten Bedarf abdecken können (sowohl mit Blick auf Notfälle als auch zur Steuerung von Haushaltsgeräten sowie zur Aufrechterhaltung sozialer Kontakte durch Internetplattformen).

Die Gestaltung des Wohnumfeldes ist gerade für ältere Menschen von erheblicher Bedeutung für Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe. Und hier kann das Ruhrgebiet, das mit Blick auf den demografischen Wandel und speziell die Alterung der Gesellschaft im Vergleich fortgeschritten ist, als Labor für soziale Innovationen wirken. Die Wohnung wird zunehmend zum Lebensmittelpunkt, für sehr alte Menschen nicht selten zum einzigen Aufenthaltsort; hier werden Kommunikation, soziales Leben und Freizeit erlebt, hier verbringen die Menschen im Falle von schwerer Krankheit und Pflegebedürftigkeit nicht selten vollständig die letzten Jahre ihres Lebens. Möglichst lange selbstständig zu Hause »in den eigenen vier Wänden« zu leben, selbst im Falle körperlicher und gesundheitlicher Einschränkungen bzw. erheblich eingeschränkter Mobilität, ist daher der dominante Wunsch der Älteren.

Deshalb muss sich die Politik noch stärker für einen Paradigmenwechsel einsetzen und stärker auf quartiersbezogene Wohn- und Pflegearrangements setzen. Einen „Königsweg“ zur **Quartiersentwicklung** gibt es jedoch nicht; jede Stadt bzw. jedes Quartier muss eigene Wege finden und Erfahrungen mit Reallaboren machen. In lokalen, wohnquartiersbezogenen Projekten kann man den Verbleib in der eigenen Wohnung in vielen Fällen aber nur ermöglichen, wenn sowohl soziale Betreuung (professionelle soziale Dienste wie bürgerschaftliches Engagement) als auch technische Assistenz eingesetzt werden. Innovative Versorgungskonzepte entstehen immer stärker an den Schnittstellen verschiedener Kompetenzfelder (etwa durch die Verknüpfung von Wohnen und Gesundheit unter Einbezug der Medizintechnik/Telemedizin). Hier kommt es auf eine intelligente Vernetzung von bisher noch nicht

kombiniertem Wissen und verschiedenen Akteuren an. Dabei sollten neben Akteuren der Gesundheits- und Pflegewirtschaft auch Akteure eingebunden werden, die dem Themenfeld „Wohnen“ zuzurechnen sind, da Wohnung und Quartier nicht nur der Lebensmittelpunkt der Bewohner sind, sondern auch ein zunehmend wichtiger Ort prophylaktischer, medizinischer oder pflegerischer Leistungserbringung.

Um anspruchsvolle **integrierte Versorgungslösungen** realisieren zu können, muss jedoch in Deutschland noch ein Klima der Innovationsbereitschaft erzeugt werden. Wenn auch die sozialräumliche Dimension sozialer Versorgung insbesondere bei älteren Menschen erkannt wird und „Community Building“ ein Schlüsselwort für neue Kooperationen zwischen sozialen Diensten, Netzwerken, Kommunen und anderen Trägern (bspw. der Wohnungswirtschaft) geworden ist, bleiben noch viele Handlungsvorschläge im Konzeptionellen stecken. Dennoch hat sich eine lebendige Praxis vernetzten, altengerechten Wohnens in Ruhrgebietskommunen entwickelt, die zunehmend auch von der Politik aufgegriffen wird. Es ist eine zentrale Aufgabe, auf lokaler Ebene entsprechende Gelegenheits- und Ermöglichungsstrukturen zu schaffen. Bereits bestehende Erfahrungen aus der sozialräumlichen Quartiersgestaltung, die auch entsprechende Dienstleistungsstrukturen und Plattformen für bürgerschaftliches Engagement einschließt, zeigen, dass durch die Einrichtung von Begegnungsstätten wie auch durch eine gute Pflege- und Dienstleistungsstruktur ein wichtiger Beitrag zur sozialen Kohäsion im Quartier wie auch zur Netzwirkbildung geleistet werden kann. Ohne eine aktivierende staatliche Politik (die vor allem auf der kommunalen Ebene ansetzen muss) sind diese sozialintegrativen Fragen nicht zu lösen.

Gefragt sind in vielen Politikbereichen flexible, **experimentelle Steuerungsformen**, die sich nicht einer bürokratischen Logik unterwerfen, sondern vielmehr von den Fähigkeiten der Akteure zu Selbststeuerung und Organisationslernen ausgehen. Für eine solche Innovationsstrategie existiert oft kein exakter Bauplan, deutlich werden aber die institutionellen und kulturellen Voraussetzungen einer kooperativen Regulationsstruktur, die im Ruhrgebiet durchaus noch vorzufinden ist. Erforderlich wäre im Sinne sozialer Innovationen eine Entgrenzung der traditionellen Politikfelder, die sich oft als „Silos“ abgeschottet haben. Dies würde auch eine Transformation der traditionellen Staatlichkeit bedeuten, die nicht mehr hierarchisch gesteuert werden kann, sondern eine neue, integrierte „Governance“ verlangt,

„DIE GESELLSCHAFT IST DURCH DIE PANDEMIE BEREITS IN KURZER ZEIT DIGITALER GEWORDEN. GENERELL WIRKT DIE CORONA-KRISE ALS BESCHLEUNIGER FÜR DIGITALE TRANSFORMATIONSPROZESSE.“

zumal Innovationsimpuls zumeist von nicht-staatlichen Akteuren kommen.

Blickt man resümierend auf den sozioökonomischen und demografischen Wandel im Ruhrgebiet, so muss auf einige erfolgreich bewältigte **Ettappen** hingewiesen werden. So konnte die Bevölkerungsentwicklung stabilisiert werden. Nach langjähriger Bevölkerungsabnahme verbleibt die Bevölkerung seit rund zehn Jahren auf einem weitgehend konstanten Niveau. In Teilregionen des Ruhrgebiets steigt sie sogar geringfügig an. Der wirtschaftliche Aufholprozess setzt sich fort. Neben dem Wachstum im Dienstleistungssektor (insbesondere der Gesundheits- und Wissenswirtschaft) weist inzwischen auch das produzierende Gewerbe wieder eine positive Bruttowertschöpfungsentwicklung auf. Zu wichtigen Standbeinen des produzierenden Sektors zählen im Ruhrgebiet die Metallindustrie, die chemische Industrie und der Maschinenbau.

Wie aus der Innovationsforschung bekannt ist, vollzieht sich ein Pfadwechsel insbesondere in Krisenzeiten, was angesichts der Corona-Krise bedeuten kann, dass die technologisch schon länger vorhandenen Digitalisierungsoptionen nun in die breite Umsetzung im Alltag der Menschen gelangen. Die Gesellschaft ist durch die Pandemie bereits in kurzer Zeit digitaler geworden. Generell wirkt die Corona-Krise als Beschleuniger für **digitale Transformationsprozesse**. Auch die globalen Wertschöpfungsketten werden neu austariert, stärkere Sicherheitspuffer eingebaut und ausgewählte Produkte im nationalen Rahmen vorgehalten. Eine solche (Re-)Regionalisierung der Produktion würde auch die Chancen für eine sozialökologische Transformation erhöhen und könnte dem Ruhrgebiet neue Chancen im Strukturwandel eröffnen, ohne sich damit aus der Globalisierung zurückzuziehen.

„MAN KÖNNTE IN AUSGEWÄHLTEN STÄDTEN IN PROTOTYPEN PRAKTIZIEREN, WIE EINE ANDERE DIGITALE ÖKONOMIE FUNKTIONIEREN KANN, DIE AUF BÜRGERBETEILIGUNG UND LOKALE EXPERIMENTE SETZT. BISLANG GIBT ES KEINE FUNKTIONIERENDEN PROTOTYPEN DAFÜR UND DESHALB KÖNNTE DAS RUHRGEBIET ZUM LABOR FÜR DIGITALE INNOVATIONEN WERDEN.“

Wenn es um die Digitalisierung geht, haben wir in vielen Fällen kein Erkenntnisproblem, sondern es fehlt an Umsetzungsmodellen in der Regelanwendung und an sozial-innovativen Allianzen. Hierfür müssen neue Kooperationsformen in den jeweiligen Handlungsfeldern aufgebaut werden, was in einer Region wie dem Ruhrgebiet mit einer ausgeprägten Kooperationskultur vergleichsweise leichter gelingen kann. Positive Beispiele wie Innovation City oder auch Kooperationen im Wissenschaftssystem könnten hier aufbereitet und als Best-Practice-Beispiele bundesweit kommuniziert werden. Spektakulär könnten lokale Projekte im Ruhrgebiet sein, die beispielhaft eine neue öffentliche digitale Infrastruktur aufbauen. Man könnte in ausgewählten Städten in Prototypen praktizieren, wie eine andere digitale Ökonomie funktionieren kann, die auf Bürgerbeteiligung und lokale Experimente setzt. Bislang gibt es keine funktionierenden Prototypen dafür und deshalb könnte das Ruhrgebiet zum **Labor** für digitale Innovationen werden.

Es gibt inzwischen genug Befürworter solcher Konzepte, denn die ungeheure Macht der großen Internetkonzerne aus den USA hat sich gerade in der Corona-Krise dramatisch gezeigt, allerdings auch deren Profitstreben und die mangelnde digitale Souveränität in Deutschland. Hier gibt es Diskussionen auf EU- und Bundesebene zur dringend notwendigen Regulierung der Digitalkonzerne, die aber sinnvoll durch konkrete Experimente in Städten des Ruhrgebietes ergänzt werden könnten. Digital Cities wären eine sehr gute Imagewerbung für den Standort Ruhrgebiet! ■

Prof. Dr. Rolf G. Heinze

*Lehrstuhlinhaber für Allgemeine Soziologie,
Arbeit und Wirtschaft der Ruhr-Universität Bochum*



LITERATUR (AUSWAHL):

Bogumil, Jörg./Heinze, Rolf G./Lehner, Franz./Strohmeier, Peter (2012): Viel erreicht – wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet, Essen: Klartext.

Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz, Bonn: APuZ Schriftenreihe Bd. 10751.

Farrenkopf, Michael/Goch, Stefan/Rasch, Manfred/Wehling, Hans-Werner (Hrsg.) (2019): Die Stadt der Städte. Das Ruhrgebiet und seine Umbrüche, Essen: Klartext.

Heinze, Rolf G. (2020): Gesellschaftsgestaltung durch Neujustierung von Zivilgesellschaft, Staat und Markt, Wiesbaden: Springer VS.

„DIE LAGE IST SCHWIERIG, DOCH DIE HOFFNUNG BLEIBT“

Entgrenzte Zeiten

apl. Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer



Wir leben in entgrenzten Zeiten, in denen unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Seinem 2020 erschienenen Buch hat der Armutsforscher Christoph Butterwegge den Titel gegeben „Die zerrissene Republik“ (Butterwegge 2020). Den Grund für diese, akribisch mit Material belegten Diagnose sieht er in einer „wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheit in Deutschland“ (ebd.). Butterwegge belegt darin mit einer Fülle von Daten und Zahlen die „extrem stark ausgeprägt[e]“ „Polarisierung“ bei der Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik (ebd., 220).

Die Bundeszentrale für politische Bildung bot einen Workshop mit dem Thema „Die ‘gespaltene Gesellschaft’“ an, Der Grund dafür: „Eine abgrenzende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Ablehnung von Pluralismus in Deutschland stellen eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar.“¹

Solche Etikettierungen des Zustands unserer Gesellschaft müssen alarmieren. Denn es bedarf eines Zusammenhalts, sollen nicht Anomie, Gleichgültigkeit und Egoismus bestimmende Merkmale und Handlungen der hier lebenden Menschen sein. Hinzu kommt, dass der Zweifel an der Gestaltungsfähigkeit und -kraft von Politik schwindet. Die Folge ist in einer gestiegenen Politikverweigerung (Boeser u. a. 2016, 19 – 24), ja auch Politikverachtung abzulesen. Bei Befragungen nach der Attraktivität von Berufen landen Politikerinnen und Politiker regelmäßig auf den hinteren Plätzen. So wurden bei einer Befragung im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes im Jahr 2019 35 Berufe vorgeschlagen. Politikerinnen und Politiker landeten abgeschlagen auf dem 32. Platz mit gerade einmal 16% Anerkennung – das geht so übrigens über die Jahre hinweg mit einer fallenden Tendenz. Hinter den Politikerinnen und Politikern teilen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Telefongesellschaften, Werbeagenturen sowie Versicherungsvertreterinnen und -vertreter die drei letzten Plätze (dbb 2019, 21).

„SOLIDARITÄT WAR FRÜHER
SOWOHL IN DER ALLGEMEINEN
GESELLSCHAFTLICHEN
DEBATTE ALS AUCH IN DER
AUSEINANDERSETZUNG UM
BILDUNGSZIELE UND -INHALTE
EIN ZENTRALES THEMA,
SOLIDARITÄT WAR EINE
EMANZIPATORISCHE LEITIDEE.“

LERNZIEL SOLIDARITÄT

Vor dem Hintergrund solcher Entwicklungen muss wieder über Solidarität geredet werden. Solidarität war früher sowohl in der allgemeinen gesellschaftlichen Debatte als auch in der Auseinandersetzung um Bildungsziele und -inhalte ein zentrales Thema, Solidarität war eine emanzipatorische Leitidee.

In den 1970er Jahren war dieser Begriff nahezu allgegenwärtig. Große Beachtung fand das Buch des renommierten Psychoanalytikers Horst Eberhard Richter mit dem Titel „Lernziel Solidarität“. Im Vorwort der ersten Ausgabe des mehrfach aufgelegten Buches wird der Begriff definiert: „Im Grunde bezeichnet Solidarität das

Leitbild einer übergreifenden menschlichen Gemeinschaft, damit eines Abbaus von sozialen Gegensätzen, von Bevormundung und Unterdrückung.“ Solidarität ist, so Richter, ein „von positiven Gefühlen besetzte[r] Begriff [...], in dem sich eine der tiefsten menschlichen Hoffnungen meldet [...].“ (Richter 1974, „Zu diesem Buch“)

Und heute? Ein hochgelobt, preisgekrönt, mehrfach aufgelegte Bestseller der Gegenwart hat, konträr zum Titel von Richter vor 47 Jahren, den bezeichnenden Titel „Die Gesellschaft der Singularitäten“. Im umfangreichen Register des Bandes gibt es den Begriff „Solidarität“ nicht. (Reckwitz 2017, 473–480)

Doch schon vor 25 Jahren hatte die damalige Herausgeberin der „Zeit“, Marion Gräfin Dönhoff, die Auflösung solidarischer Bindungen festgestellt und gemahnt: „[...] ohne eine solidaritätsstiftende und Orientierung bietende Ethik wird die Gesellschaft auf Dauer nicht bestehen können.“ (Dönhoff 1997, 13)

Seitdem haben die Megatrends Globalisierung, Individualisierung und Digitalisierung nachhaltig zur Auflösung der notwendigen Solidarität beigetragen, ohne die eine demokratische Gesellschaft nicht bestehen kann.

Aber sicher ist, dass eine offene und plurale Gesellschaft einen zivilen Kitt braucht: die Solidarität ihrer Mitglieder. Doch Solidarität reibt sich an anderen Mächten und steht oft mit ihnen im Widerspruch. „Moderne Gesellschaften verfügen über drei Ressourcen, aus denen sie ihren Bedarf an Steuerungsleistungen befrieden können. Geld, Macht und Solidarität.“ Als Jürgen Habermas das im Jahr 1985 schrieb, zweifelte er wohl daran, ob das Gleichgewicht zwischen ihnen stimmte. Denn diese drei „Einflußsphären müßten in eine neue Balance gebracht werden. Damit will ich sagen: die sozialintegrative Gewalt der Solidarität müßte sich gegen die ‚Gewalten‘ der beiden anderen Steuerungsressourcen, Geld und administrative Macht, behaupten können.“ (Habermas 1985, 158)

Die zwischenzeitlich eingetretene Situation hat der Soziologe und Philosoph Zygmunt Baumann in einem Interview wenige Monate vor seinem Tod so zum Ausdruck gebracht: „Gesellschaftliche Solidarität wurde zugunsten individueller Selbstverantwortung verdrängt. Es ist Sache des Einzelnen geworden, für sein persönliches Überleben in einer zersplitterten und unberechenbaren Welt zu sorgen, obwohl seine Ressourcen dafür unzu-

„UM DAS UNMITTELBAR ZU
ERLEBEN UND ZU ERKENNEN,
MÜSSEN ORTE UND FOREN DER
BEGEGNUNG VORHANDEN SEIN,
AUF DENEN MAN ANSICHTEN,
ERFAHRUNGEN, INTERESSEN
UND LEBENSZIELE VON ANDEREN
KENNENLERNT.“



länglich sind. Das allgemeine Gefühl der Prekarität, das mit dem Prozess ökonomischer Deregulierung einherging, löst zwischenmenschliche Bande auf und schürt Misstrauen aller gegen alle. Der Fortschritt steht für Bedrohung durch unablässige Veränderung. Jeder ist für den anderen ein potenzieller Gegner und Konkurrent. Das ist beunruhigend.“ (Baumann 2016, 8).

Die „Ressource Solidarität“ ist erschöpft. Aber trotz der Entgrenzung und Fragmentierung durch Globalisierung, Individualisierung und Digitalisierung bleibt es, dass eine Gesellschaft ihren zivilen Wert nur dann behält, wenn ihren Mitgliedern eine elementare Einsicht bewusst ist: „Die Menschen sind in hohem Grade voneinander abhängig und niemandes Handeln ist so privat, dass es sich auf das Leben der anderen in keiner Weise auswirken würde.“ (Berlin 2017, 77) Das geht in beide Richtungen: Solidarität bedeutet auch „wechselseitige Verpflichtungen“ (Sandel 2020, 293).

Um das unmittelbar zu erleben und zu erkennen, müssen Orte und Foren der Begegnung vorhanden sein, auf denen man Ansichten, Erfahrungen, Interessen und Lebensziele von anderen kennenlernt. In einer Gesellschaft singularisierter Monaden (der Extremform der Individualisierung), der voneinander abgeschotteten Kommunikations- und Erlebniszyklen, der durch digitale Ein- und Verkäufe öder gewordenen Innenstädte sind diese Gelegenheiten rar geworden.

Ein notwendiger Mahnruf ist dagegen Oskar Negts Feststellung: „Für die Stabilität eines demokratisch geprägten Gesellschaftssystems sind öffentliche Räume erforderlich, in denen sich Gemeinwesentugenden bewegen und bewähren können.“ (Negt 2010, 499)

Die nachlassende bzw. nachgelassene Solidarität hinterlässt eine emotionale Lücke. Das menschliche Bedürfnis nach Zusammenhalt sucht und findet neue Formen der Zugehörigkeit, z. B. durch verschiedene Fremd- und Selbst-Zuschreibungen von Identität. Das Angebot von „rechts“, von den Rechtsextremisten und Rechtspopulisten und den Vertreterinnen und Vertretern der Neuen Rechten heißt Gemeinschaft Kameradschaft oder „Deutschland zuerst“.

DEMOKRATIE IST KEIN GESCHENK

Demokratie ist keine selbstverständliche Gesellschafts- und Staatsform. Denn die Menschen werden nicht unbedingt als Demokratinnen und Demokraten geboren. Daher gilt der immer wieder zitierte Satz von Oskar Negt: „*Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein.*“ (Negt, 2010, 13., s. a. 174) Ein Blick zurück, zeigt, dass Demokratie nur eine kurze Geschichte hat: „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Demokratie bislang lediglich einen Bruchteil der Menschheitsgeschichte geprägt hat. Sie ist jung und immer noch selten. Sie wurde erst im Jahr 1788 geboren, als in den Vereinigten Staaten die erste landesweite Wahl mit individuellem Wahlrecht gehalten wurde.“ (Przeworski 2020, 27)

Demokratie ist kein Geschenk, sie muss verstanden und verteidigt werden. Eine Demokratie zu haben, in



„DIE NACHLASSENDE BZW. NACHGELASSENE SOLIDARITÄT HINTERLÄSST EINE EMOTIONALE LÜCKE. DAS MENSCHLICHE BEDÜRFNIS NACH ZUSAMMENHALT SUCHT UND FINDET NEUE FORMEN DER ZUGEHÖRIGKEIT, Z. B. DURCH VERSCHIEDENE FREMD- UND SELBST-ZUSCHREIBUNGEN VON IDENTITÄT.“

ihr zu leben, ist nicht selbstverständlich, Demokratien können vergehen.

Sorge machen muss da die hohe Zustimmung² zu antidemokratischen Aussagen, z. B. zu diesen:

- „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen nichts“: 42,9 %
- „Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen“: 29,4 %
- „Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren“: 35,6 %
- „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“: 36,1 % (Zick/Küpper/Berghaus 2019, 230 u. 231)

Zu solchen Umfrageergebnissen passt die Warnung der beiden Harvard-Professoren Levitsky und Ziblatt: „Oft erkennen die Menschen erst spät, dass ihre Demokratie demontiert wird – auch wenn es vor ihren Augen geschieht.“ (Levitsky/Ziblatt 2018, 110)

VERLUST DER LIGATUREN

Der modernen Gesellschaft gehen die „Ligaturen“ verloren, „also tiefe kulturelle Bindungen, die Menschen in die Lage versetzen, ihren Weg durch die Welt der Optionen zu finden“ (Dahrendorf 1992, 41). Das zeigt sich u. a. am Mitgliederschwund der großen Volksparteien ebenso wie bei den nicht nachlassenden Kirchenausritten. Ein Beispiel ist der Mitgliederverlust der ehemaligen Volkspartei SPD. Diese hatte im Jahr 1990 943.402 Mitglieder, danach ging es mit den Zahlen kontinuierlich bergab, im Dezember 2019 sank die Mitgliederzahl auf den vorläufigen Tiefststand: 419.340.³

Dagegen entsteht ein vielfältiges und diffuses Patchwork, in dem die zahlreichen, sich neu herausgebildeten Szenen – Reckwitz spricht von „Neogemeinschaften“ (Reckwitz 2018, an mehreren Stellen) – in ihrem jeweiligen Nischendasein nicht selten voneinander abgeschottet und zueinander beziehungslos ihr Eigenleben führen und ihre partiellen Interessen artikulieren. Wie finden da noch öffentliche Kommunikation und politische Öffentlichkeit statt, die allen zugänglich ist? Wo also wird das erfahren, was alle verbindet, wo wird Solidarität praktiziert? Wer findet sich im unübersichtlichen Markt der Anbieter von Werten, Sinn und Identitäten noch zurecht?

„SEIT EINIGEN JAHREN WIRD DAS POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE LEBEN VON BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHEM DENKEN, GELDWERTVORTEILEN KRITERIEN UND EINER DAZU PASSENDEN MANAGEMENT-SPRACHE BESTIMMT. NAHEZU ALLE FACETTEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS STEHEN UNTER DIESER KURATEL“

KEINER KENNT DIE RICHTUNG

In einer höchst komplexen, sich immer weiter und schneller entwickelnden Gesellschaft stellt sich die Frage, welcher Kompass die Richtung bestimmt. Grundlegende Entscheidungen und Folgeabwägungen drängen sich auf, durch neue Techniken und Technologien, durch virtual reality, den Ersatz menschlichen Handelns durch Roboter und die Digitalisierung der Arbeitswelt, die weltweiten und unkontrollierten Finanzströme, die zerklüftete Medienlandschaft und die Unwägbarkeit des Alltagslebens. Genetische Eingriffe verändern die Natur, ohne es wieder rückgängig machen zu können. Plötzlich ist die lange geleugnete, nun aber eindeutig zu Tage tretende Klimaveränderung zur zentralen Überlebensfrage der Menschheit geworden, die nationalen und internationalen Katastrophen der letzten Monate und der Gegenwart machen das drastisch und dramatisch deutlich. Wie weit darf, ja muss man jeweils gehen, welche Konsequenzen sind zu erwarten, vor welchen Risiken sollte man sich hüten? Wo findet man Kriterien zum „richtigen“ Handeln? Die Folge von alledem sind „Ängste und Kontrollverluste“ (Heitmeyer 2018, 106), die wiederum die Attraktivität von Politik- und Weltdeutungsangeboten erhöhen, die meinen, die Kontrolle wieder herstellen zu können und damit Sicherheit suggerieren. Doch: „die Flucht in die Sicherheit ist illusionär, weil es sie nicht mehr gibt.“ (ebd., 87)

LANDNAHME DURCH DIE BETRIEBSWIRTSCHAFT

Seit einigen Jahren wird das politische und gesellschaftliche Leben von betriebswirtschaftlichem Denken, geldwertvorteilen Kriterien und einer dazu passenden Management-Sprache bestimmt. Nahezu alle Facetten des öffentlichen Lebens stehen unter dieser Kuratel: Einrichtungen des Gesundheitswesens, der kommunalen

Versorgung, der Jugend- und Sozialarbeit, der Vermittlung von Kultur und Bildung, auch die Volkshochschulen, Seniorenheime, öffentliche und private Medien und viele mehr müssen ihre Existenz mit harten Zahlen legitimieren. Überall wird auf die Bereiche gesetzt, die Rendite verheißen oder erwirtschaften.

Der Staat, eigentlich ein Garant für öffentliche Sicherheit und allgemeines Wohlergehen, zieht sich zunehmend zurück und veräußert kommunale Einrichtungen und Betriebe an private Unternehmen, die damit Gewinne machen. Tim Engartner hat hierfür eine griffige Formulierung gefunden: „Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland“ (Engartner 2021).

Der „Ausverkauf des Staates“ hat eminente Auswirkungen auf das Leben in einer Kommune – sie wird so zu einem Ort, der nicht mehr Mitte des eigenen Lebens darstellt. Die Straßenbilder in den Städten und Gemeinden gleichen sich immer mehr. Ist da überhaupt noch Identifikation mit der früher einmal einzigartigen Stadt, in der man lebt, dem ehemals gewachsenen Dorf, in dem man wohnt, möglich?

Wie kann da engagiertes kommunales Leben stattfinden? Welche Räume der Angst und Verunsicherung entstehen durch öde gewordene oder verödete Innenstädte? Es geht Weiteres verloren, wie Colin Crouch am Ende einer längeren Studie über den Neoliberalismus resümiert: „Die grundsätzliche moralische Überlegenheit des Staates über die Wirtschaft ist eine der vielen Eigenschaften demokratischer Gemeinwesen, die hinweggeschwemmt wurden, als sich der Staat der Forderung beugte, von der Wirtschaft zu lernen.“ (Crouch 2011, 237) Das hängt mit der Binnenlogik und den Kriterien des Marktdenkens zusammen, denn: „Der Markt ist amoralisch. Er akzeptiert jedes Ziel, jedes Verhalten, solange es sich nur rechnet. Wer mit Kinderpornographie Handel treibt, wird vom Markt nur dann verstoßen,

wenn er kein Geld mehr hat.“ (ebd., 207) Auch wenn man die „Moral“ staatlichen Handelns nicht überbewerten sollte, ist dieses prinzipiell doch anderen Maßstäben verpflichtet, nämlich an das Allgemeinwohl gerichteten, als das auf reine Kosten-Nutzen-Kalkulation orientierte Denken privatwirtschaftlicher Unternehmen.

Mit deren Leitprinzipien dringt die Betriebswirtschaft in die letzten Poren der Gesellschaft ein; „die bestimmende Ideologie ist die betriebswirtschaftliche Rationalität, die sich ausdehnt über die ganze Gesellschaft“ – so Oskar Negt (Negt, in: Pichler/Gruber 2014, 18). Seine Folgerung: „Ich glaube, dass es notwendig ist, die betriebswirtschaftliche Mentalität als etwas auch Zerstörendes für das Gesamtwesen, das Gemeinwesen, zu erkennen“ (ebd., 19). In der Tat, denn durch dieses Denken bleiben Gerechtigkeit und Solidarität auf der Strecke. Die „Freiheit“ wird zur Freiheit der Konsumententscheidung und des Konkurrenzkampfs. So wird der moralische Kitt für eine Gesellschaft verbraucht. Das ist die Einflugschneise für diejenigen, die das Kosten-Nutzen-Denken in sozialdarwinistisch orientierte Parteiprogramme und Ideologien übertragen.

Wenn das, was originär politisch gestaltet werden soll, ökonomisiert wird, dann – so Wilhelm Heitmeyer – kommt es zur „Demokratieentleerung“ (Heitmeyer 2018, 177). Die demokratische Idee verliert ihre Akzeptanz.

FUNDAMENTALISTEN, EINFACHE LÖSUNGEN UND VERSCHWÖRUNGS-PHANTASIEN

Eine zivile und liberale Gesellschaft lebt von der wechselseitigen Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe, Kulturen und Herkünfte: Sie ist aber durch Fundamentalismen sowie populistische und totalitäre Ideologien gefährdet. Ihre Protagonisten locken mit einfachen Lösungen für die höchst komplexen Probleme der Gegenwart. In ihren Angeboten enthalten sind Absolutheitsansprüche, Ausgrenzungen, Diskriminierungen und Ausschaltung der Menschenrechte. Der Fundamentalismus hat mehrere Erscheinungsformen, kulturelle, politische und religiöse.

Die Motive für die Suche nach einer absoluten Gewissheit sind vielfältig, sie „können [...] auf psychologischer Ebene gefunden werden, nämlich die Unfähigkeit zum Aushalten offener und mehrdeutiger Situationen, auf

soziologischer Ebene, nämlich die Unfähigkeit, soziale Identität in einer pluralisierten Gesellschaft zu sichern, auf politischer Ebene, nämlich die mangelnde Bereitschaft, sich mit dem politischen Relativismus der Demokratie zu arrangieren, auf kulturphilosophischer Ebene, nämlich die Unfähigkeit, sich in der metaphysischen Heimatlosigkeit der Moderne einzurichten, und auf anthropologischer Ebene, nämlich in der Annahme, der Mensch könnte ohne einen Grundbestand letzter Gewissheiten nicht existieren.“ (Meyer 2015, 206)

Das exakte Gegenteil zu fundamentalistischen Ideologien sind die elementaren Prinzipien einer pluralen Demokratie, nämlich Achtung, Bewahrung und Verteidigung der Menschenrechte für alle und Toleranz als Grundlage der wechselseitigen Anerkennung der unterschiedlichen Interessen und Lebensformen der Bürgerinnen und Bürger, auch wenn sie zueinander konträr sind (mit Ausnahme der Intoleranz gegenüber denjenigen, die Toleranz abschaffen wollen). Im Aushandeln der Regelungen und Entscheidungen gibt es immer nur vorläufige Antworten und Lösungen. Diese Situation auszuhalten, erfordert die Fähigkeiten, Ambiguitäten und kognitive Dissonanzen zu ertragen. Das können – und wollen – nicht alle. Eindeutigkeit ist attraktiver als Mehrdeutigkeit, gefeiert wird Entschiedenheit und nicht Abwägen.

Was tun? Trotz allem gibt es keine Alternative zu dem berühmten Credo Kants aus dem Jahr 1784, dass mit dem Ausgang aus der „selbst verschuldeten Unmündigkeit“ die Aufklärung beginnt. Sollte es nicht das höchste Ziel aller sein, getreu nach Kants „Wahlspruch“ sich und gegenseitig dabei zu unterstützen, dass sie den „Mut“ zu haben, sich des „eigenen Verstandes zu bedienen“? (Kant 1784, 481). Auch jetzt, 237 Jahre später, bleibt das ein zentrales Ziel von Bildung – allerdings in einer Situation weitgehender Unübersichtlichkeit. Damit tritt David, nur mit der Kraft des Arguments und des Verstandes ausgestattet, gegen die Goliaths Google, Amazon, Facebook, gegen die Macht der Algorithmen, gegen die Manipulationen der Internet-Trolls und Bots an. Was da hilft, ist das „Prinzip Hoffnung“ (Bloch 1982). ■



apl. Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer

*Professor für Erwachsenenbildung an der
Fakultät für Bildungswissenschaften der
Universität Duisburg-Essen.*

ANMERKUNGEN

¹ <https://www.bpb.de/lernen/projekte/272092/die-gespaltene-gesellschaft> (aufgerufen am 22.8.2020)

² Trifft „eher zu“ und „voll und ganz zu“ zusammengefasst

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1214/umfrage/mitgliederentwicklung-der-spd-seit-1978/> (aufgerufen am 31-10-.2021)

LITERATUR

Baumann, Zygmunt (2003): Flüchtige Moderne, Frankfurt am Main 2003: Suhrkamp.

Berlin, Isaiah (2017): Zwei Freiheitsbegriffe, in: Philipp Schink (Hrsg.): Freiheit. Zeitgenössische Texte zu einer philosophischen Kontroverse, Berlin: Suhrkamp, S. 71 – 133.

Bloch, Ernst (1982): Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Boeser-Schnebel, Christian/Hufer, Klaus-Peter/Schnebel, Karin/Wenzel, Florian (2016): Politik wagen. Ein Argumentationstraining, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Butterwegge, Christoph (2020): Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, Weinheim: Beltz.

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp.

dbb Beamtenbund und Tarifunion (2019): dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst. Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger, Berlin.

Dahrendorf, Ralf (1992): Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart: dtv Wissenschaft.

Dönhoff, Marion Gräfin (1997): Zivilisiert den Kapitalismus. Grenzen der Freiheit, Stuttgart: DVA.

Engartner, Tim (2021): Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland, 2. Aufl., Köln: Campus.

forsa: dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“ 2020. Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger, Berlin.

Habermas, Jürgen (1985): Die Neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin.

Kant, Immanuel (1784): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatsschrift, H. 12, S. 481–494.

Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel (2018): Wie Demokratien sterben, 7. Aufl., München.

Meyer, Thomas (2015): Fundamentalismus, in: Dieter Nohlen/Florian Grotz (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, B, 6. Überarbeitete und erweiterte Aufl., München, S. 204 – 207.

Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen.

Pichler, Heinz/Gruber, Elke (2014): Nur noch Utopien sind realistisch. Perspektiven und Wegweisungen für eine solidarische Gesellschaft. Oskar Negt im Gespräch mit Peter Kaiser, Klagenfurt/Celovec.

Przeworski, Adam (2020): Krisen der Demokratie, Berlin.

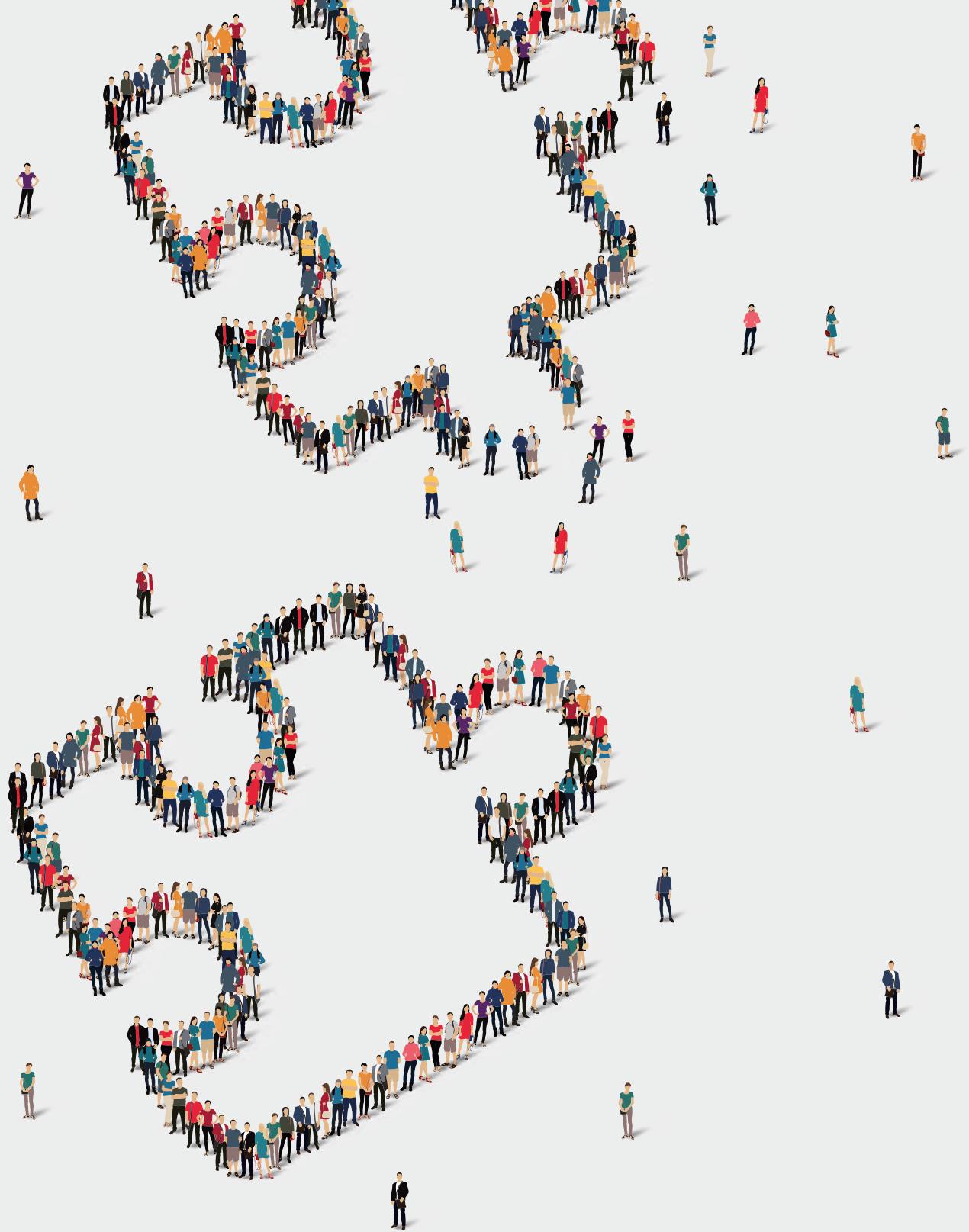
Reckwitz, Andreas (2018): Die Gesellschaft der Singularitäten, 6. Aufl., Berlin.

Richter, Horst (1974): Lernziel Solidarität, Reinbek bei Hamburg.

Sandel, Michael J. (2020): Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratie zerreißt, Frankfurt am Main.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, Bonn.





III. PRAKTISCHE PERSPEKTIVE

ERST MACHEN, DANN REDEN

*Interview mit Frank Baranowski,
Oberbürgermeister von Gelsenkirchen von 2004 bis 2020*

„IM LAUFE DER 16 JAHRE ALS OBERBÜRGERMEISTER HAT ES EINEN DEUTLICHEN RECHTSRUCK GEGEBEN. INSBESONDERE IN DEN LETZTEN VIER BIS FÜNF JAHREN GAB ES EINE VERSTÄRKTE TENDENZ, DAS ZU SAGEN UND ZU SCHREIBEN, WAS MAN FRÜHER VERMEINTLICH NICHT SAGEN WOLLTE, DURFTE ODER SICH NICHT GETRAUT HAT.“



Glauben Sie, dass ein Bedarf besteht, auch die sogenannte Mehrheitsgesellschaft besonders in Gelsenkirchen zu (re)-integrieren?

(Re)-integrieren wohinein? Die Frage übersieht, dass die Mehrheitsgesellschaft stellenweise – in dem einen oder anderen Wohnquartier – Minderheitsgesellschaft ist. Am Ende muss es darum gehen, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates wiederherzustellen und das gesellschaftliche Zusammenleben positiv zu beeinflussen. Und das bezieht sich auf alle gesellschaftliche Gruppen. Dieser Prozess hat viel mit gegenseitigem Respekt zu tun.

Inwiefern konnten Sie die allgemeine politische Stimmung (wachsender Populismus, Islamophobie, Unzufriedenheit) wahrnehmen?

Leserbriefe, Kommentare in „sozialen Medien“, Themenschwerpunkte in den Tageszeitungen, Bürgergespräche, Zuschriften habe sich im Laufe der Jahre deutlich verändert.

Hat sich während Ihrer Amtszeit die politische Stimmung verändert? Können Sie es näher beschreiben?

Im Laufe der 16 Jahre als Oberbürgermeister hat es einen deutlichen Rechtsruck gegeben. Insbesondere in den letzten vier bis fünf Jahren gab es eine verstärkte Tendenz, das zu sagen und zu schreiben, was man früher vermeintlich nicht sagen wollte, durfte oder sich nicht getraut hat – ganz nach dem Muster: „Das wird man doch jetzt wohl mal sagen dürfen.“ Spätestens mit der Flüchtlingskrise kam an die Oberfläche, was vorher eher an Stammtischen geäußert wurde.

Wie kann man sich die Arbeit des Bürgermeisters einer Stadt wie Gelsenkirchen vorstellen?

Die Arbeit eines Bürgermeisters in Gelsenkirchen unterscheidet sich in den Aufgaben nicht wesentlich von denen in anderen Städten. Der Oberbürgermeister ist Stadtoberhaupt, Vorsitzender des Rates und Verwaltungschef. Aus diesen drei Schwerpunkten leitet sich die alltägliche Arbeit ab – von A wie Arbeitsmarkt bis Z wie Zuwanderung.

Welche Herausforderungen sind Ihnen besonders prominent entgegengetreten? Wo mussten Sie vielleicht besonders viel Zeit und Energie investieren?

Auf der einen Seite gab es die langen Linien, die ich von Anfang an verfolgt habe. Richtschnur waren für mich die Drei „Z“ (Zukunft, Zuhause und Zusammenhalt). Hierunter fielen Themen wie Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen (jedes Jahr 1.000 Zusätzliche im Saldo), Ausbau des Bildungs- und Betreuungsangebotes, Stadtentwicklung- und Stadtumbau, Sicherung des Kultur- und Sportangebotes, finanzielle Stabilität, Entwicklung von Gewerbegrundstücken etc.

Neben diesen langen Linien gab es aber auch immer wieder Herausforderungen, die nicht planbar aber elementar waren: z. B. die Aufnahme von Geflüchteten (2015) und der städtische Umgang damit, die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nach der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für diese Länder sowie der städtische Umgang damit, die Corona-Pandemie und der städtische Umgang damit.

Auch wenn die akuten Themen streckenweise die Stadtverwaltung und -gesellschaft massiv gefordert haben durften die langen Linien nie aus den Augen verloren werden.

Welche Herausforderung/Aufgabe hat Ihnen vielleicht auch Spaß bereitet?

Freude hat mir immer gemacht zu sehen, wie einzelne Ideen und Vorhaben umgesetzt wurden und dann am Ende erfolgreich waren. So war Gelsenkirchen z. B. eine der ersten Städte, in der Schulen das „Ende der Kreidezeit“ (Digitalisierung im Unterricht) vermelden konnten. Alle Schulen sind ans schnelle Glasfaserkabel angeschlossen. Oder die Einführung von Hausbesuchen bei allen Eltern Neugeborener. Ausbau der Senioren- und Nachbarschaftsstifter in allen Stadtquartieren, u. a. wenn ich als Oberbürgermeister den Stein ins Wasser geworfen habe

und dann sehen konnte, wie er seine Kreise gezogen hat... das sind Dinge, die Freude machen.

In Gelsenkirchen fährt die AfD regelmäßig hohe Prozentzahlen bei Wahlen ein. Wie stemmen Sie sich gegen diesen Trend?

In Gelsenkirchen hat es schon vor Gründung der AfD ein rechtsextremes Potential gegeben. Schon Ende der 80er Jahre gab es im Stadtrat Vertreter der „Republikaner“. Vor diesem Hintergrund hat die AfD das gebündelt, was es schon länger gab. Eine Analyse von Stimmergebnissen auf Wahlkreisebene zeigt aber auch, dass die AfD durchaus auch in bürgerlichen Quartieren gewählt wird. Hierbei handelt es sich möglicherweise auch um Verlustängste, u. a. auch in Türkisch geprägten Milieus. Auf kommunaler Ebene kann nur versucht werden, Missstände zeitnah zu beseitigen und Perspektiven aufzuzeigen. So habe ich etwa den Kommunalen Ordnungsdienst ins Leben gerufen und fast jedes Jahr personell verstärkt (mittlerweile 70 Mitarbeiter), eine Gesprächsreihe „Gelsenkirchen – wir müssen reden“ etabliert, so viele Stadterneuerungsprogramme wie keine andere Stadt in NRW durchgeführt, Bürgertelefon und Beschwerde-App installiert, usw. ...



„EINE ANALYSE VON
STIMMERGEBNISSEN AUF
WAHLKREISEBENE ZEIGT ABER
AUCH, DASS DIE AfD DURCHAUS
AUCH IN BÜRGERLICHEN
QUARTIEREN GEWÄHLT WIRD.
HIERBEI HANDELT ES SICH
MÖGLICHERWEISE AUCH UM
VERLUSTÄNGSTE, U. A. AUCH IN
TÜRKISCH GEPRÄGTEN MILIEUS.“

4. Welche besonderen Herausforderungen ergeben sich in strukturschwachen Städten und Kommunen, wo muss man besonders sensibel sein?

Die Herausforderung liegt auf der Hand: die Aufgaben, die jede Stadt zu leisten hat mit deutlich weniger finanziellen Ressourcen durchzuführen. Da wo andere zur Attraktivitätssteigerung Gebühren (z. B. Kita-Gebühren) erlassen können, muss eine Stadt wie Gelsenkirchen den Höchstsatz zu Grunde legen. Da wo andere Städte deutlich mehr Personal zur Aufgabenbewältigung einsetzen können, muss Gelsenkirchen Personalkosten einsparen. Gleichzeitig dürfen die Einnahmequellen (Grund- und Gewerbesteuer) nicht überstrapaziert werden, um die Gewerbeansiedlungen und -sicherung nicht zu gefährden.

Wie haben Sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer so heterogenen und ethnisch diversen Stadt wie Gelsenkirchen wahrgenommen?

Man nimmt den Zusammenhalt ja nie in toto wahr, sondern immer in den unterschiedlichen Gruppen, in denen man sich bewegt. Ich gebe Ihnen gern ein Beispiel, das stellvertretend für die Gesamteinschätzung steht: Ich wollte vor 15 Jahren dem Beispiel anderer Städte folgen und eine Ehrenamtsagentur gründen. Ein in Münster lebender und in Gelsenkirchen arbeitender Geschäftsführer warnte mich: In Münster funktioniert das ehrenamtliche Engagement, aber in Gelsenkirchen werden Sie scheitern.



Die Einschätzung war komplett falsch. Die Ehrenamtsagentur arbeitet nach wie vor erfolgreich und hat während der Flüchtlingskrise und der Corona-Pandemie sehr hilfreiche Arbeit geleistet. Dieses Beispiel lässt sich auch auf andere Bereiche (Kultur, Bildung, Senioren) übertragen.

Wo liegen gezielt die Stärken von Gelsenkirchen, derer sich viele eventuell gar nicht bewusst sind?

Nach all den Nackenschlägen, die Gelsenkirchen verkraften musste (Verlust von 70.000 (!) Arbeitsplätzen), lässt es sich nach wie vor in dieser Stadt gut leben. Die Lebenshaltungskosten und Grundstückskosten sind deutlich niedriger als in den Ballungsräumen im Süden und Norden. Der Grünanteil ist für eine Industriestadt – auch im internationalen Vergleich – ausgesprochen hoch. Und als Stadt mitten in der Metropole Ruhr bietet sich ein vielfältiges Freizeit-, Kultur und Sportangebot in der eigenen Stadt aber auch in der Region.

Sie haben sich in Ihrer Amtszeit besonders stark für die Stadteilerneuerung eingesetzt. Welche Chancen sehen Sie darin?

Eine Stadt ist ja nicht fertig. Quartiere verändern sich im Laufe der Jahre. Stadterneuerung bietet die Chance, mit den Anwohnern gemeinsam die Stadtteile zukunftsfest zu machen – und dort, wo der Stadtteil auf die abschüssige Bahn geraten ist, ihn wieder zu stabilisieren (z. B. die Bochumer Straße in Gelsenkirchen-Ückendorf). Ganz wichtig ist dabei, die Bewohner als Experten vor Ort von Anfang an ernsthaft zu beteiligen.

„NACH ALL DEN NACKENSCHLÄGEN, DIE GELSENKIRCHEN VERKRAFTEN MUSSTE (VERLUST VON 70.000 (!) ARBEITSPLÄTZEN), LÄSST ES SICH NACH WIE VOR IN DIESER STADT GUT LEBEN. DIE LEBENSHALTUNGSKOSTEN UND GRUNDSTÜCKSKOSTEN SIND DEUTLICH NIEDRIGER ALS IN DEN BALLUNGSRÄUMEN IM SÜDEN UND NORDEN. DER GRÜNANTEIL IST FÜR EINE INDUSTRIESTADT – AUCH IM INTERNATIONALEN VERGLEICH – AUSGESPROCHEN HOCH.“

Die Stadt Gelsenkirchen kommt in der Außenwahrnehmung nicht immer gut weg. Wie wichtig ist es dabei, den Bewohnern der Stadt ein positives Bild der Stadt oder zumindest ihres Stadtteils zu vermitteln?

Wie oben gesagt, sind die Bewohner die Experten in ihrem Stadtteil. Diesen Experten kann man kein Bild vermitteln, das nicht der Realität entspricht. Es macht keinen Sinn, sich die Dinge schöner zu reden als sie sind. Es kommt vielmehr darauf an, die Bewohner für den Umbau zu begeistern und die Perspektive nach den Maßnahmen zu beschreiben. Auch hier ein Beispiel, das ich bei der Bochumer Straße gerne gewählt habe: Stadtumbau ist wie das Herstellen von Popcorn (aus Maiskörnern, nicht Mikrowelle). Das Öl muss die richtige Temperatur haben und es tut sich dann lange nichts. Der eine oder andere will diese Zeit nicht warten und neben dem Kochtopf stehen, d. h. den einen oder die andere verliert man bei diesem Prozess. Diejenigen, die aber lange genug dabei bleiben, werden miterleben, wie dann ab einem bestimmten Zeitpunkt die Maiskörner „explodieren“.

Kann man so auch Wähler, die zuletzt Populisten gewählt haben, zurückgewinnen?

Möglicherweise, wobei Stadtumbau ein sehr langfristiger Prozess ist. Wer auf kurzfristige Erfolge setzt, wird enttäuscht sein.

Mit dem Rotthäuser Netzwerk haben Sie ein neuartiges Projekt unterstützt, welches viele verschiedene Akteure an einem Strang ziehen lässt. Konnten Sie so etwas woanders beobachten?

Rotthausen ist schon ein besonderer Stadtteil. Hier gab es schon vor der Programmentscheidung ehrenamtlich-bürgerchaftliche Strukturen, die für sich klar hatten, dass man nur gemeinsam Dinge im Stadtteil verändern kann. Auch ganz ohne öffentliche Förderung und Unterstützung. Das Stadtteilerneuerungsprogramm setzt sozusagen auf diese bewährten Strukturen in Rotthausen auf. So etwas ist schon ein Glücksfall für derartige Programme und auch für eine Stadt.

Welche Chance bieten solche Initiativen? Muss sich die Zivilgesellschaft generell stärker einbringen, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebensumwelt geht?

Das wäre jedenfalls wünschenswert. Wir haben unsere Erfahrungen in den unterschiedlichen Programmen gesammelt. Im allerersten Stadtteilerneuerungsprogramm in Gelsenkirchen-Bismarck vor gut 25 Jahren kamen viele Akteure von außen, blieben für den Programmzeitraum und verschwanden danach auch wieder. Daraus haben wir gelernt. Heute setzen wir auf die „Experten“ vor Ort, schaffen Bürgerbeteiligung, die auch nach Ende der Programme noch funktioniert. Und mit der finanziellen Unterstützung (100.000 Euro/Jahr) durch den städtischen Haushalt für „Runde Tische“ und Stadtteilinitiativen scheitert kein zivilgesellschaftliches Engagement mehr an ein paar Hundert Euro.

Können die Erfahrungen aus Stadtteilen wie Rotthausen auf ganz Gelsenkirchen und sogar darüber hinaus angewendet werden oder unterscheiden sich die jeweiligen Stadtteile zu sehr?

Wie gesagt, die Strukturen in Rotthausen sind schon etwas ganz Besonderes, die leider nicht in allen Stadtteilen Gelsenkirchens so vorhanden sind.

Wie könnte man die Menschen, die zunehmend unzufrieden sind, Ihrer Meinung nach wieder besser erreichen / ansprechen?

Aus meiner Sicht hilft nur der mühsame Weg, der aus Betroffenen Beteiligte macht. Und das schon in einem ganz frühen Stadium. Das Dialogformat „Gelsenkirchen – lass uns reden“ mit Teilnehmern nach dem Zufallsprinzip war ein lohnender Ansatz. Ich warne aber vor zu großem Optimismus. Wer es sich erst einmal auf den Zuschauerplätzen bequem gemacht hat und den Daumen senkt gegenüber denen, die sich unten in der Arena abmühen, der wird nur sehr mühsam dort weg zu bewegen sein.

Was würden Sie sich von Ihrer Nachfolgerin wünschen? Wo sollte Sie Ihrer Meinung nach ansetzen/ weitermachen?

Ich wünsche Ihr, dass sie Freude an der Arbeit hat und sich von denjenigen, die es gut mit der Stadt und den Stadtteilen meinen, inspirieren und begeistern lässt. In Gelsenkirchen gibt es so viele Menschen mit Ideen, mit Visionen, Mut und Begeisterungsfähigkeit. Dieses Potential zu heben, es zu fördern und zu bündeln, hat meine Arbeit aber auch mich persönlich immer bereichert. ■

„ICH WEISS NICHT, OB WIR DAS SCHAFFEN.“

Bildungsungleichheit im Ruhrgebiet

*Interview mit Julia Gajewski,
Schulleiterin Gesamtschule Bockmühle in Essen*



Bereits im Rahmen der Bestandsaufnahme führte das Projektteam im Sommer 2018 ein Interview mit Julia Gajewski, der Schulleiterin der Gesamtschule Bockmühle im Essener Norden. Damals drehte sich das Gespräch vor allem um die Themen Migration, Wertschätzung und die (fehlende) Unterstützung aus der Politik. Dabei beklagte Frau Gajewski, dass Gesamtschulen als neue Hauptschulen dienen würden, die von Gesellschaft und Politik vergessen werden. Allerdings sei dies für eine ethnisch und kulturell diverse Schule mit Kindern und Jugendlichen aus etwa 50 Nationen fatal, da diesen jungen Menschen damit die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe verbaut werde. Die Wertschätzung spiele eine ganz elementare Rolle, wenn man diese Schülerinnen und Schüler wieder einfangen und ihnen Hoffnung für ihre Zukunft machen möchte. Ohne die konkrete Hilfe der Politik und Zivilgesellschaft sei dies alleine jedoch kaum zu stemmen. So sprach Frau Gajewski den dringlichen Wunsch aus, dass Bildungspolitikern und -politiker öfters und mit angemessener Ernsthaftigkeit und Interesse die Schulen besuchen sollten, um zu lernen, wie Deutschlands Jugend tatsächlich ‚tickt‘.

Nun hat sich Frau Gajewski gut drei Jahre später dankenswerterweise erneut bereit erklärt, uns über die aktuelle Situation an der Gesamtschule Bockmühle aufzuklären. Sie ist als Schulleiterin einer Brennpunktschule und als Landesmitglied der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule (GGG) NRW eine nicht nur bei uns gefragte Gesprächspartnerin: Sie hat bereits Interviews bei u. a. WDR2, der Deutschen Welle und der WAZ gegeben. Wir wollten in dem Gespräch erfahren, wie sich die Situation an der Gesamtschule durch Corona verändert hat und ob Frau Gajewskis Wunsch, stärker gehört zu werden, erfüllt wurde.

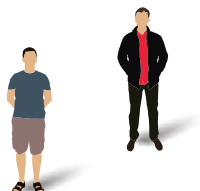
Wir steigen direkt einmal in die Bildungsungleichheit ein: Findet dieses Thema in der öffentlichen Debatte und in den Medien ausreichend Beachtung?

Gaj.: Ich hätte das vor drei Jahren genauso beantwortet: Natürlich nicht, das ist überhaupt kein Schwerpunkt. Es geht um Gesellschaft, um Wirtschaft und um marktkonforme Kinder, da hat sich überhaupt nichts geändert. Das wird im Gegenteil noch schlimmer. Es gibt viele Eltern, die ihre Jobs verloren haben. Und das sind genau die Eltern, die drei Jobs haben, die dann weggefallen sind und nicht weiterbezahlt wurden. In dieser Entwürdigung, in Hartz IV zu rutschen, befinden die sich jetzt. Das hat wieder die alten Armutsfolgen: ich werde schlecht behandelt, ich komme aus diesem Loch nicht raus, ich bin öfters krank, ich sterbe elf Jahre früher, usw. Es ist auch ganz schwer, da intellektuell und mental rauszukommen.

Wie macht sich denn die Bildungsungleichheit in einer Stadt wie Essen bemerkbar, vielleicht auch im Unterschied zu anderen Städten?

Ohne den Vergleich zu anderen Städten genau vor Augen zu haben, kann ich nur sagen, wenn ich mich mit Kollegen über andere Schulen außerhalb der Brennpunkte unterhalte, da ist natürlich klar, dass da eine Videokonferenz auch stattfinden kann. Wir haben hier 472 Geräte bekommen; das hört sich zwar wahnsinnig viel an, aber bei 1.450 Schülern relativiert sich das wieder. Wir mussten in dem Dilemma dann entscheiden, wer hat nichts oder vielleicht noch weniger als nichts. Die anderen haben dann über Elterngeräte oder das eigene Handy mitgemacht.

„ICH WEISS NOCH NICHT, OB WIR DAS SCHAFFEN. UND WENN WIR SAGEN, WIR SCHAFFEN DAS NICHT, DANN WEISS ICH NICHT, WAS PASSIERT.“



Als zweites Beispiel für die Bildungsungleichheiten nehmen wir jetzt wahr, wie schlecht die Kinder betreut wurden. Was wir gemerkt haben, als die Schüler zwischendurch wiedergekommen sind, dass die vor Corona unfassbar viel Angst haben und dass das deren existenzielle Angst, im Leben klarzukommen, noch einmal massiv verstärkt hat. Und dann war schnell klar, dass auffälliges Verhalten deutlich wird. Die sagen natürlich nicht, dass sie Angst haben, die sind natürlich immer ganz cool – aber man merkt das an deren Nachfragen. Nach den Ferien sind wir erschlagen worden. Ich glaube, wenn man sich sehr viel Mühe gibt, sie ins Boot zu holen, und niederschwellig auf sie zugeht – Stichpunkt Moscheen-Impfen – dann kommt man auch ran. Man braucht nur einen langen Atem. Und die Menschen müssen das Gefühl haben, auch ernst genommen zu werden.

Es tut mir auch total leid, das sind 1.450 Verlorene hier – nicht alle, aber schon zu viele. Und wir sind ja nicht die einzige Schule im Ruhrgebietsnorden. Ich hatte ein Schulleitertreffen im Schulbezirk Düsseldorf mit anderen Gesamtschulleitern, die unter denselben Bedingungen arbeiten, die beschreiben das auch so. Wenn zehn andere das so beschreiben, dann reden wir von etwa 10.000-15.000 Schülern, das ist schon erschreckend. Ich weiß noch nicht, ob wir das schaffen. Und wenn wir sagen, wir schaffen das nicht, dann weiß ich nicht, was passiert. Das liegt ja nicht daran, dass wir uns nicht darum kümmern, sondern weil es so viele Aufgaben gibt, die wir nicht bewältigen können. Wir brauchen Fachleute.

Wie hat sich die Bildungsungleichheit denn nochmal konkret durch Corona verschärft? Wir haben z. B. von einer Schule aus dem Duisburger Norden gehört, in dem sich nicht einmal die Fenster richtig öffnen ließen. Dann heißt es, gegen Corona die Fenster zu öffnen und zu lüften, aber da ging das z. T. physisch gar nicht.

Wir bekommen zwar in jedem Raum zwei Fenster auf, ich finde nur die ganze Diskussion, dass man den Kindern zumutet, im Winter mit Decken dazusitzen, völlig schräg. Hier bin ich in einem Gebäude und es wird nur eine Diskussion über offene Fenster geführt, Luftfilter wurden direkt ausgeschlossen und verboten. Es ist so entsetzlich peinlich, weil Deutschland insgesamt und NRW noch einmal speziell sehr wenig Geld für Bildung ausgibt. In der OECD ist Deutschland abgeschlagen, in der Digitalisierung auch. Aber ohne Geld kann ich das nicht ändern. Es wird nur versucht zu sparen. Bei uns funktionieren gerade einmal 44 Prozent der Toiletten, das haben die uns jetzt schon sechs Wochen zugemutet. Da fühlt man sich schon unfassbar egal. Die Glaubwürdigkeit der Politik ist für mich nicht mehr gegeben. Und die des Gesundheitsamts in Essen, die unseren Kindern keinen Bescheid mehr geschickt haben, wann sie nach einer Quarantäne zurückkommen dürfen, weshalb die zum Teil viele Wochen ohne Schule zuhause geblieben sind, auch nicht. Ich stelle fest, dieser Teil der Gesellschaft, diese Kinder, sind der Politik noch mehr egal als vorher.

Wir haben uns auch viel mit der politischen Bildung beschäftigt, da spielen Schulen natürlich eine ganz wichtige Rolle. Was uns aufgefallen ist, dass immer wieder gefordert wird, dass Lehrerinnen und Lehrer mehr politische Bildung leisten müssen, wenn etwas brennt. Können die das überhaupt noch zusätzlich leisten?

Ich glaube nach wie vor, dass Lehrende das nicht alleine leisten können. Wir brauchen nach wie vor ein gesellschaftliches Bild, was menschenfreundlicher ist. Statt auf Dialog wird eher auf Konflikt gesetzt, man muss hart sein und zurückschlagen. Das ist schließlich eine ganz andere Haltung als das, was wir hier in der Schule vermitteln. Da muss ich mir nur eine Talk Show anschauen – die würden hier rausgeschmissen werden. Das ist nicht neu, aber es wird schlimmer. Es gibt einfach keine Übereinstimmung bei der Haltung und dann stellt sich auch die Frage, wie viel wir leisten können.

Die zweite große Säule ist für mich der massive Druck durch die naturwissenschaftlich-mathematischen Disziplinen und der gesteigerte Leistungsdruck auf die Kinder. Es ist schon so, dass jedes Elternteil, das sein Kind hier anmeldet, auch möchte, dass es Abitur macht – selbst wenn auf dem Grundschulzeugnis ausschließlich Vieren und Fünfen stehen. Der Druck ist hoch, aber nicht jedes Kind schafft diesen guten Abschluss.

Sie haben gerade erwähnt, dass naturwissenschaftlich-mathematisches Denken bestimmend ist. Da kommt das umstrittene Schulfach Wirtschaft in den Sinn, das zwar nicht naturwissenschaftlich ist, aber wohl trotzdem in dieselbe Kerbe schlägt. Ein großer Kritikpunkt lautet schließlich, dass zugunsten dieses Faches die Sozialwissenschaft vernachlässigt wird. Sehen Sie das auch so?

Die Frau Gebauer hat sich sehr für dieses Fach gefeiert, aber Gesamtschulen haben vermutlich schmallippig gelächelt, weil wir das schon immer so hatten – und zwar in Form der Berufsorientierung. Da gehört so etwas wie „Wirtschaft“ dazu. Wenn man die Wahlpflicht Hauswirtschaft hat, dann ist immer ein Wirtschaftsteil dabei. Also ich persönlich sehe überhaupt nicht ein, wieso wir noch mehr machen sollen – was uns aber aufgedrückt wurde. Und weg fällt die politische Bildung. Aber natürlich haben wir auch den Auftrag, die politische Bildung hochzuhalten. Das tun wir auch, sonst haben wir gar keine Wähler mehr. Möchte ich einen mündigen Bürger haben oder möchte ich einen, der funktioniert? Also irgendwas stimmt doch in unserer Gesellschaft nicht.

„ABER NATÜRLICH HABEN WIR AUCH DEN AUFTRAG, DIE POLITISCHE BILDUNG HOCHZUHALTEN. DAS TUN WIR AUCH, SONST HABEN WIR GAR KEINE WÄHLER MEHR. MÖCHTE ICH EINEN MÜNDIGEN BÜRGER HABEN ODER MÖCHTE ICH EINEN, DER FUNKTIONIERT?“

„ICH GLAUBE NACH WIE VOR, DASS LEHRENDE DAS NICHT ALLEINE LEISTEN KÖNNEN. WIR BRAUCHEN NACH WIE VOR EIN GESELLSCHAFTLICHES BILD, WAS MENSCHENFREUNDLICHER IST. STATT AUF DIALOG WIRD EHER AUF KONFLIKT GESETZT.“

Wenn wir von Jugend und Politik reden, entsteht häufig der Eindruck, dass junge Menschen häufig nicht wirklich ernst genommen werden von der Politik oder auch der Gesellschaft im weiteren Sinne. Es gibt viele Beispiele dafür, dass Nachwuchspolitikerinnen und -politiker als zu jung betitelt und damit diskreditiert werden. Ist das auch etwas, was die Jugendlichen einfach davor abschreckt, sich selber zu beteiligen?

Also von der Außensicht her, stimme ich zu. Also wenn Jugendliche ernst genommen werden würden, hätten wir ein Bundestagswahlrecht ab 16, weil die alle denken und damit auch wählen können. Und dann ist es auch für meine Begriffe die Aufgabe einer Demokratie, denen beizubringen, dass die das können und ihnen diese Chance nicht beschneiden, indem sie eine Stunde mehr Mathematik als eine Stunde mehr politische Bildung erhalten. Wenn ich mit 16 schon mal ein Kreuz machen kann, ist das schließlich auch schon ein Gefühl von Teilhabe. Rezos Videos sind exzellent recherchiert, kurzweilig, sprachlich angepasst und ich gucke mir die gerne an; die sind schon politisch mündig.

Mit Fridays for Future natürlich hat sich eine sehr starke Jugendbewegung gebildet, die sich stark politisch ausdrückt. Aber spielen denn die Themen Klimawandel und Umweltschutz auch bei Ihren Schülerinnen und Schülern eine entscheidende Rolle?

Ich bin ja keine Klassenlehrerin. Ich weiß aber, dass im letzten oder vorletzten Jahr, Kollegen mit den Schülern im Rahmen der politischen Bildung zu Fridays for Future gegangen sind. Die haben mir berichtet, wie die Zehntklässler so reagiert haben – nämlich begeistert und offen,

weil sie diese Thematik eigentlich gar nicht kennen. Ich glaube, die Älteren so in der Q1 sind ein bisschen offener, aber auch gestresster, weil sie alles nachholen müssen. Aber ich weiß gar nicht, ob die das Thema grundsätzlich kennen oder ob es gar Thema Nummer eins ist. Wir machen das mit denen im Rahmen unseres Unterrichts. Ansprechbar sind die auf jeden Fall, wenn wir das mit denen machen, finden die das super. Aber auch wir haben den Druck, nicht immer vom Unterricht weggehen zu können. Also nein, es lässt sich feststellen, dass das eher kein Thema ist. So ein bisschen höchstens.

Welche anderen Themen spielen denn eher eine Rolle? Was ist z. B. mit Migration? Da haben wir letztes Mal auch drüber gesprochen, auch wenn das Thema gefühlt gesamtgesellschaftlich ein bisschen abgenommen hat.

Ja, ich glaube, man muss jetzt wieder gut herüberschauen zum Thema Radikalisierung. Also was passiert da im Hintergrund? Das kann wieder wachsen, wenn von zu Hause keine Unterstützung kommt und dann plötzlich Struktur vom Imam gegeben wird, indem der bestimmten Dinge erzählt, die dem Jugendlichen helfen, im Leben klarzukommen: klares Feindbild, vielleicht auch klare religiöse Ausrichtung – nicht bei allen schlägt das natürlich so ein – aber das ist sehr hilfreich für einige. Das ist meine persönliche Sorge. Wir merken wie wichtig unsere Schulstruktur für die Schüler ist, dass wir ruhig bleiben und innerhalb des Unterrichts gleich ablaufende Strukturen liefern. Corona hat diese Strukturen durchdrungen. Hier ist auch die Biographie egal; wenn jemand Schwierigkeiten hat und jemand anders bietet einfaches Schwarz-Weiß-Denken, welche mir die Angst nimmt, dann bin ich da empfänglicher.

Die Zuwendung zu einfachen Lösungen entsteht auch aus dem Gefühl, abgehängt zu sein. Wenn viele Kinder dieses Gefühl haben und davon ausgehen, die Politik würde sowieso nichts für sie tun – ist es dann nicht auch sehr schwer, daran teilzuhaben, weil man keinen Sinn darin sieht? Sie hatten im Vorfeld z. B. erzählt, dass ein Großteil der Toiletten nicht funktioniert und dass sich die Stadt nicht darum kümmert. Sowas nehmen die Schülerinnen und Schüler doch wahr, oder nicht?

Also ich glaube schon, dass die das so sehen. Im Rahmen vom Projekt Schule Hoch Drei haben wir uns unter unserem mit dem Verband der gemeinnützigen Gesellschaft der Gesamtschulen zusammengetan und haben ein Jahr

lang jeden Monat eine Aktion in irgendeiner anderen Stadt geplant. Ganz klar ist, die Schüler fühlen sich nicht wertgeschätzt. Darum hatten wir einen Spruch „Weil wir wichtig sind“ auf unseren T-Shirts. Endlich müssen die uns angucken und auf uns hören. Wir waren alle auf der Straße. Da merkte ich, wie gut denen das tat, dass sie sich endlich mal gesehen fühlen konnten nach dem Motto „also kümmert euch mal gefälligst um uns, wir gehören auch zu dieser Gesellschaft“.

An diesem Punkt würde ich gern nochmal an die Thematik der Ungleichheit anknüpfen. Mein Eindruck ist, dass mit Blick auf Corona fast immer nur über die Mittelschicht geschrieben wird, über psychologische Probleme durch Homeoffice oder wie schwer das Leben mit eingegrenzten Möglichkeiten zur Erholung ist. Aber wir reden hier schließlich auch über Eltern aus prekären Verhältnissen, wo der Kontakt zu Menschen zum Beruf gehört. Die haben doch ganz andere Probleme als die Frage, wo man noch Urlaub machen kann? Wird das ausreichend berücksichtigt?

Das wird gar nicht dargestellt. Es gibt Untersuchungen, wie weit Politik vom echten Leben weg ist. Und ich glaube, dieses echte Leben will auch keiner genau kennen. Die gehen davon aus, dass sie durch ihre Dezernenten ein Bild der Wirklichkeit haben. Aber wenn ich als Schulleiterin schon weniger weiß, als die Klassenlehrer, dann geht auf dem weiteren Weg nach oben doch noch mehr verloren. Und wenn ich das als Politiker verhindern will, dann muss ich mir persönlich ein Bild vom Schulalltag machen. Ein Bildungsminister soll sich die Positionen des Schülers anschauen und mal erleben – mit Emotion und mit Empathie, denn ohne funktioniert Politik nicht. Ich muss mit in den Unterricht gehen, am besten inkognito ohne Kamera.

„WIR MERKEN WIE WICHTIG UNSERE SCHULSTRUKTUR FÜR DIE SCHÜLER IST, DASS WIR RUHIG BLEIBEN UND INNERHALB DES UNTERRICHTS GLEICH ABLAUFENDE STRUKTUREN LIEFERN. CORONA HAT DIESE STRUKTUREN DURCHDRUNGEN.“

Wir hatten mal einen Politiker hier, da haben die toll gearbeitet und sich ausgetauscht und gesprochen. Und dann habe ich auf die Mappe von dem Jugendlichen geschaut – der war im zehnten Jahrgang und machte seinen Abschluss – und dachte mir, der kann gar nicht schreiben! Das ist ein Beispiel, wie viel schlechter die Sprach- und Schriftkenntnisse geworden sind, das ist auch statistisch belegbar. Kennen Sie unsere Ergebnisse beim Duisburger Sprach- und Deutshtest? Bei der Grenze unter 40 Punkten besteht sprachlicher Förderbedarf. Über 40, so ab 55 bis 65 Punkten ist man im Normalbereich. Von uns haben 210 Kinder aus dem Jahrgang teilgenommen, wir haben genau 48 Personen, die über 40 Punkten sind. Von denen ist die Hälfte ganz knapp über den 40 Punkten. Also ca. 160 Kinder haben einen Förderbedarf im Bereich Sprache attestiert bekommen. Das muss ich doch in der Politik nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern muss mir das intensiv anschauen, damit ich kapiere, dass wir pädagogische Freiheit brauchen. Ich brauche kein Curriculum, wir können das nicht durchziehen.

Verlieren wir nicht ein unglaubliches Potenzial, wenn wir so viele jungen Menschen einfach keine Chance geben oder sie so perspektivlos im Leben sind, dass sie keinen Grund sehen sich um irgendetwas zu bemühen?

Da kann ich nur zustimmen. Ich finde das sehr traurig, muss ich sagen. Und es hat auch nichts mehr mit Demokratie zu tun. Hurrelmann, Hollmann und auch Heitmeyer schreiben ja über den Gang in Richtung der marktkonformen Demokratie. Das ist für mich eine Katastrophe. Wo ist meine Meinungsvielfalt? Wo ist meine Kreativität, wo sind meine Interessen? Systemrelevanz war das Wort der Corona-Zeit. Keiner unserer Schüler ist in irgendeiner Form systemrelevant für irgendwen. Das wissen die auch,

das haben die doch mitgenommen. Deswegen will ich schließlich immer, dass man diese Arbeit hier kennenlernt. Ich möchte, dass die in den Pausen da sind und sich anschauen, wie die Schüler sich benehmen und wie die sprechen – auch mal mehr als einen Tag. Dann können sie überlegen, ob das das Gesellschaftsbild ist, das man nach vorne bringen will.

Um die Brücke zu schlagen von Politik und Teilhabe zum Thema Digitalisierung, fällt mir folgendes Erlebnis ein: Letztes Jahr durften wir ein Speed-Dating der Bürgermeisterkandidaten für Schülerinnen und Schüler der Stadt Essen im Rahmen der Kommunalwahlen besuchen, da war Digitalisierung auch ein Riesenthema. Wie ist das denn hier mit der Digitalisierung? Und was bedeutet Digitalisierung im Schul-Kontext überhaupt?

Ja, das wird gemacht, indem man manchmal Geld oder ein Gerät hineinwirft und für Internet sorgt, was mehr oder weniger gut funktioniert, und sagt, 'ihr müsst jetzt Informatik unterrichten'. Das ist Digitalisierung. Dann gibt es Fortbildungsangebote, meistens während der Unterrichtszeit. Es ist immer ein Dilemma, Lehrer während der Unterrichtszeit zu einer Fortbildung zu schicken. Ich mache das auf jeden Fall, aber es fällt dadurch Unterricht aus und man kann niemanden dazu verpflichten. Wir haben ein oder zwei Kollegen, die Lust darauf haben und das können. In Informatik ausgebildete Lehrer haben wir keinen. Und da bewirbt sich auch keiner bei uns, wenn wir das ausschreiben. Das ist eigentlich wie immer: Geld hinschmeißen und sagen 'mach mal' und Bedingungen schaffen, die man nicht erfüllen kann. Wir überlegen uns natürlich Sachen, weil wir das Digitale wichtig finden und machen die trotzdem. Und wir passen das Medienkonzept jetzt an unsere Gegebenheiten an.

„DIE GEHEN DAVON AUS, DASS SIE DURCH IHRE DEZERNENTEN EIN BILD DER WIRKLICHKEIT HABEN. ABER WENN ICH ALS SCHULLEITERIN SCHON WENIGER WEISS, ALS DIE KLASSENLEHRER, DANN GEHT AUF DEM WEITEREN WEG NACH OBEN DOCH NOCH MEHR VERLOREN. UND WENN ICH DAS ALS POLITIKER VERHINDERN WILL, DANN MUSS ICH MIR PERSÖNLICH EIN BILD VOM SCHULALLTAG MACHEN.“

„JA, [DIGITALISIERUNG] WIRD GEMACHT, INDEM MAN MANCHMAL GELD ODER EIN GERÄT HINEINWIRFT UND FÜR INTERNET SORGT, WAS MEHR ODER WENIGER GUT FUNKTIONIERT, UND SAGT, ‚IHR MÜSST JETZT INFORMATIK UNTERRICHTEN‘. DAS IST DIGITALISIERUNG.“

Während der Pandemie war die Medienkompetenz der Menschen ja auch besonders gefordert, wenn es um Verschwörungsideologien und ‚alternative Facts‘ geht. Waren die besagten Verschwörungserzählungen hier Thema in der Schülerschaft oder vielleicht sogar bei Lehrkräften und wie wurden die Corona-Maßnahmen allgemein angenommen?

Als wir noch Eltern treffen durften und es um die Masken ging, wo noch nicht alles so ganz klar war, gab es in einer Klasse Eltern, die auch mit so einer „Anti-Maske“ aus Netz kamen. Da gab es dann eine Auseinandersetzung. Mit dem Tragen von Masken an sich gab es gar kein Problem. Wir haben eher das Problem, dass die Schüler sie nicht richtig tragen. Aber es ist für uns ein vergangenes Problem, weil es sich quasi von allein gelöst hat und wir auch nicht viel Ärger damit hatten. Wenn einer von unseren eher älteren Lehrern sich hinstellt und sagt „Leute, ich wünsch mir bitte, dass ihr die aufzieht, da ich schon älter bin und wir alle noch nicht geimpft sind“, dann haben die Schüler mitgemacht. Auch die Impfdiskussion hatten wir nicht.

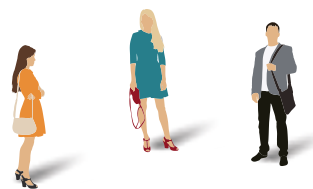
Wie würden Sie generell die Schulpolitik während der Pandemie beschreiben? Von außen wirkte es immer wie ein ziemliches Hin und Her, welche Maßnahmen wie lange und in welchem Umfang durchgeführt werden sollen. Wie würden Sie die Handhabung des Ministeriums bewerten?

Für meine Begriffe katastrophal, wenn ich ganz ehrlich bin. Es kommt die Mail am Freitagabend und ist für Montag umzusetzen. Es gab einen sprachlichen Duktus, den

ich unerträglich fand. Dauernd wurde sich überschwänglich bedankt für das Engagement, was ja unser normaler Job ist. Das ist für meine Begriffe sehr unpassend, um dann im gleichen Atemzug „nett“ zu sagen, was man denn gefälligst zu tun habe. Es wurden uns erst sehr spät Dokumente zur Verfügung gestellt, wie man mit Maskenverweigerern umgehen kann. Da war ich überrascht, weil das anscheinend eher ein gymnasiales Problem ist. Es war schon klar zu sehen, dass die anderen Schulformen neben dem Gymnasium für das Ministerium nicht präsent sind. In den ersten Sachen ging es ums Abitur, da haben sie ganz vergessen, dass es auch die Zehner-Abschlussprüfung gibt. Die haben sie dann am nächsten oder übernächsten Tag nachgereicht; da wurde das dann sehr deutlich.

Die Schule war in Debatte häufig im Mittelpunkt, vor allem wenn es gegen die Corona-Maßnahmen ging. Wie haben Sie das wahrgenommen? Wie sehen Sie die Rolle der Schule während Corona?

Ja, das war noch schlimmer als vorher. Schule muss ja immer alles richten. Da denke ich, sind wir nicht der richtige Ort für. Es ist einfach, alles in die Schule einzubringen, weil man da alle jungen Menschen vor Ort hat und auch erreicht. Dann sollte man vielleicht an einem Tag außerhalb der Unterrichtszeit eine Stunde für Externe zum Gespräch mit den Schülern haben. Es ist also die Frage, welche Aufgabe ich der Schule geben möchte. Und wenn ich der Schule eine lebensentwickelnde Aufgabe gebe – wie „Kinder, geht alle zum Augenarzt und zum Zahnarzt“ – muss das Schulkonzept aber anders sein. Und dann muss es noch andere zusätzliche und fachlich ausgebildete Mitarbeiter geben. Dadurch hätte das alles eine andere Wertigkeit.



„ES WAR SCHON KLAR ZU SEHEN, DASS DIE ANDEREN SCHULFORMEN NEBEN DEM GYMNASIUM FÜR DAS MINISTERIUM NICHT PRÄSENT SIND.“

„ES SIND UNS NICHT ALLE
VERLOREN GEGANGEN, ABER ES
GIBT EBEN EINIGE, DIE HABEN WIR
ÜBER DIESES MEDIUM EINFACH
NICHT ERREICHT.“

**Hat der Online-Unterricht funktioniert? Konnte er
den Präsenzunterricht – zumindest einigermaßen
zufriedenstellend – ersetzen?**

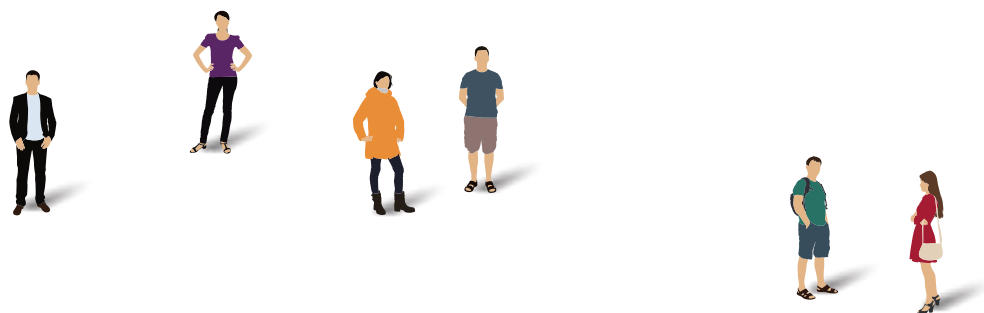
Es kommt immer ein bisschen darauf an. Wir hatten sieben Mal den Fall, dass die Videokonferenzen gesprengt oder gefilmt wurden. Und weil das Netz zu Hause zusammenbricht, machen viele die Kamera aus; also schon eine schwierige Situation für den Lehrer. Man weiß nicht, wer überhaupt zuhört oder ob der gerade weltweit gestreamt wird. Wir haben dann ein paar Regeln eingeführt, z. B. nicht mehr als drei Videokonferenzen am Tag. Den ganzen Tag vor diesem Gerät sitzen macht eben auch aggressiv. Wir haben zum Teil mit Papier gearbeitet, ganz viel per Post verschickt, weil viele den Drucker nicht haben und sich das Drucken nicht leisten können. Viele können auch gar nicht digital arbeiten. Was mache ich, wenn ich nur das Handy habe?

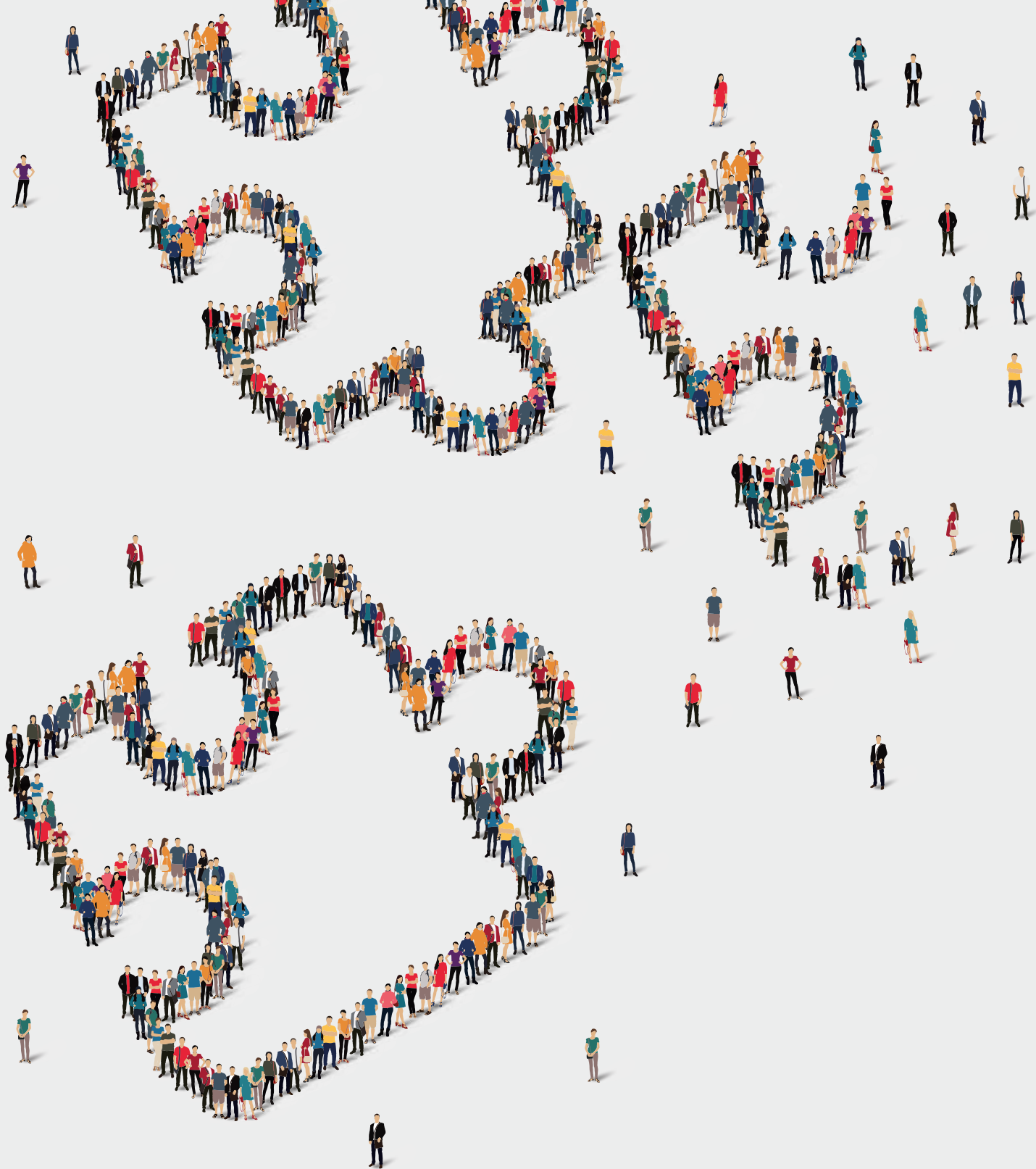
Ich glaube, dass wir uns sehr viel Mühe gegeben haben. Wir haben uns trotzdem auch in der Hochphase auf der

Straße getroffen und uns ausgetauscht, so gut es ging. Aber es war schwierig. Es sind uns nicht alle verloren gegangen, aber es gibt eben einige, die haben wir über dieses Medium einfach nicht erreicht.

Bitte erlauben Sie noch eine letzte Frage zum Abschluss: Was würden Sie sich denn noch konkret wünschen für die Schule? Ihre Wünsche aus ihrem letzten Interview haben sich zwar nicht unbedingt verwirklicht, aber vielleicht gibt es ja auch weitere Wünsche abgesehen davon, dass die Politikerinnen und Politiker auf die Schule und die Schülerschaft zugehen?

Ich möchte echte Wertschätzung für die Kinder und für die Arbeit der Lehrer – und zwar öffentlich. Ich möchte, dass Demokratie öffentlich gelebt wird, dass die Politik in die Öffentlichkeit geht und sagt: „Wir haben hier hervorragende Beispiele von pädagogischer Arbeit und wir wollen das konkret unterstützen.“ Aber dafür müsste sich die Haltung vieler Politiker ändern, vor allem die lobbyismus-geprägte Haltung. Man ist immer für die Vielfalt aller Schulformen, die macht aber die Armen noch ärmer. Das läuft immer entlang dem Motto „ich habe da doch Geld gegeben, jetzt muss gut sein. Wir sind da, wir unterstützen euch doch.“ Nein, tun sie nicht. Und nein, das reicht auch nicht. Ein ehrliches Herangehen und eine ehrliche Neugier, was da passiert, würde ich mir wünschen. Ich würde es gerne schaffen, dass sich alle zusammentun und sagen: Wir haben einen Wunsch und wir hoffen, dass es diesmal besser wird. ■





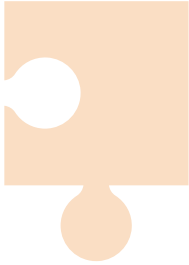
IV. DAS PROJEKT ZUSAMMENGEFASST

DAS FORSCHUNGSPROJEKT IN ZAHLEN

Das **RUHRGEBIET** erstreckt sich auf eine Fläche von

4.435 km²

Mit **588.250** Einwohnern ist **DORTMUND** die bevölkerungsreichste Stadt im Ruhrgebiet, dicht gefolgt von **ESSEN** mit **582.760**

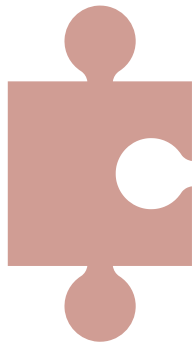


5.112.050 MENSCHEN LEBEN IM RUHRGEBIET



1.152 MENSCHEN

leben im Ruhrgebiet auf einem Quadratkilometer. Die Bevölkerungsdichte liegt damit fünfmal höher als im bundesdeutschen Schnitt (ca. 230 Einwohner/km²)



180 UNTERSCHIEDLICHE HERKUNFTSLÄNDER

73,6 % WAHLBETEILIGUNG

im Ruhrgebiet bei der Bundestagswahl 2021

Die niedrigste Wahlbeteiligung war mit **63,3 %** im Wahlkreis 116 **DUISBURG II** zu verzeichnen, die höchste mit **80,3 %** im Wahlkreis 120 **ESSEN III**



16,1 % MENSCHEN MIT MIGRATIONS- HINTERGRUND





17.887
SPORTVEREINE



155.000
UNTERNEHMEN

mit über **1.7 Millionen**
BESCHÄFTIGTEN sind
im Ruhrgebiet beheimatet

4.919.852
MITGLIEDER

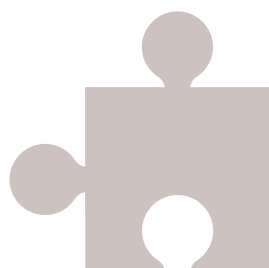
als wichtiger Pfeiler
gesellschaftlicher Teilhabe



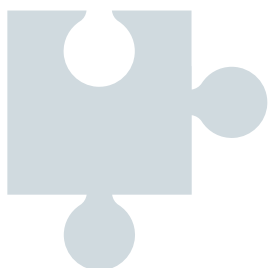
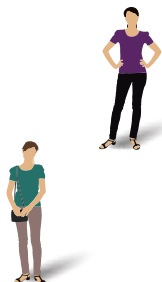
63 %



sehen gezielte
FÖRDERUNG VON STADTVIERTELN
im Ruhrgebiet als wichtigstes Ziel



8,9 %
ARBEITSLOSENQUOTE
in der Metropolregion Ruhr



17
HOCHSCHULEN

im Ruhrgebiet signalisieren den
Wandel zu einer Wissensregion,
die die höchste Hochschulichte
Europas beherbergt

23 VERANSTALTUNGEN

1.943 GÄSTE

bei den Diskussionsveranstaltungen

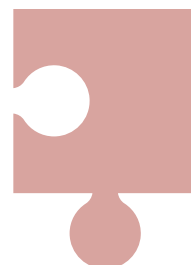
**81 REDNER/INNEN und
DISKUTANT/INNEN**



**4 JAHRE
PROJEKTLAUFZEIT**

2 NEUE FORMATE

BAPP Morgenrunde,
Podcast R(h)eahören



18 PROJEKTPARTNER



Rotthäuser Netzwerk, Diakonie Dortmund, Stadtteilzentrum Bonni in Gelsenkirchen-Hassel, kreuz+quer Essen-Altendorf, politische Jugendbildung der Stadt Essen, aktuelles Forum, Projekt nordwärts...

117 PROJEKTKONTAKTE



Über **4.000 MENSCHEN**
aus dem Ruhrgebiet in
5 UMFRAGEN befragt

54 INTERVIEWS

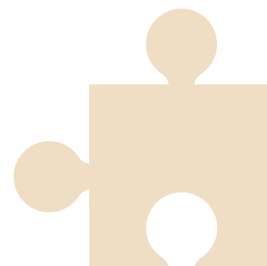
durchgeführt mit Expertinnen und Experten



384 SEITEN
in 5 PUBLIKATIONEN



**2.377
GESPRÄCHS-
MINUTEN**
(39,5 Stunden)



INSTITUTIONENVERTRAUEN UND POLITISCHE INTEGRATION IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Prof. Dr. Volker Kronenberg, Jakob Horneber & Chris Rensing



In einer Umfrage im Rahmen des Projekts stellte Manfred Güllner 2019 eine Entfremdung zwischen den Bürgern und der Politik im Ruhrgebiet fest.¹ Diese macht sich auch elektoral bemerkbar: So verloren beispielsweise die beiden großen Volksparteien SPD und CDU im Ruhrgebiet in den Kommunalwahlen seit 1979 kontinuierlich Wählerinnen und Wähler, die entweder zunehmend die anderen Parteien – vor allem die Grünen, die Linke oder auch Kleinstparteien – wählten oder aber zu großen Teilen in das Lager der Nichtwähler abwanderten. Während sich bei der Kommunalwahl 1979 „nur“ jede/r Dritte nicht an der Wahl beteiligte, war es 1999 bereits jede/r Zweite und zuletzt, bei der Kommunalwahl 2020, betrug der Anteil der Nichtwählenden im Ruhrgebiet ebenfalls rund 53 %. Besonders deutlich wird der Wählerschwund von SPD und CDU am Beispiel der drei größten Städte des Reviers – Dortmund, Essen und Duisburg – in denen sich dieser Trend auch bei der letzten Kommunalwahl fortsetzte, wobei jedoch der Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zumindest in Dortmund und Essen

„DASS DAS KOMPLEXE GEMEINWESEN DENNOCH BESTEHEN KANN, VERDANKT ES EINEM VERTRAUVENSVORSCHUSS DURCH DIE AN IHM BETEILIGTEN. DADURCH, NICHT JEDEN PROZESS NACHVOLLZIEHEN ZU MÜSSEN, WIRD FÜR DEN EINZELNEN IM GEGENZUG DIE KOMPLEXITÄT REDUZIERT.“

zurückging.² Der vorliegende Beitrag soll an die damalige Umfrage anknüpfen und der Frage nachgehen, ob der attestierte Vertrauensschwund in die Institutionen unserer Demokratie sowie die Unzufriedenheit mit der kommunalen Infrastruktur und den politischen Partizipationsmöglichkeiten nach wie vor bei den Bürgerinnen und Bürgern festzustellen ist.

DIE RELEVANZ DER POLITISCHEN UNTERSTÜTZUNG VONSEITEN DER GESELLSCHAFT

Das gesellschaftliche System wie auch das politische Teilsystem sind für das Individuum nur in kleinen Ausschnitten erfassbar. Fast alle Akteure und Prozesse bleiben dem Einzelnen verborgen, dies weckt Unsicherheit bezüglich dem, was erwartet werden darf. Diese Unsicherheit kann erst rückwirkend aufgelöst werden, wenn etwa politische Entscheidungen und ihre Folgen erkennbar werden. Dass das komplexe Gemeinwesen dennoch bestehen kann, verdankt es einem Vertrauensvorschuss durch die an ihm Beteiligten. Dadurch, nicht jeden Prozess nachvollziehen zu müssen, wird für den Einzelnen im Gegenzug die Komplexität reduziert.³ Damit ist Vertrauen die Grundlage für die Integration der Bürger in das gesellschaftlich-politische System und dient gleichzeitig als Fundament der politischen Systemunterstützung zum Selbsterhalt des Gemeinwesens.

Mit David Easton lässt sich politische Unterstützung „als positive Einstellungen der Bürger zum politischen System und seinen einzelnen Elementen“⁴ definieren. Dabei lassen sich zwei Grundformen unterscheiden: die eher längerfristig orientierte diffuse und die kurzfristigere spezifische politische Unterstützung. Während die diffuse Unterstützung die Anerkennung der Demokratie

INFOBOX FORSA-UMFRAGE (2019)

Für die Auftaktpublikation des Projekts untersuchte Prof. Manfred Güllner vom Forschungsinstitut forsa im Frühjahr 2019, ob die Menschen den politischen Parteien noch Vertrauen schenken und ob man Volksparteien noch so nennen sollte. Die ernüchternden Ergebnisse unter den 1.001 Befragten konstatierten, dass das Vertrauen in die großen Parteien seit der Kanzlerschaft Gerhard Schröders erheblich abgenommen hat; gerade auf Ebene der Kommunalwahlen im Ruhrgebiet konnten CDU und SPD gerade einmal ein Drittel der Stimmen (31,9 % zusammen in der Kommunalwahl 2014) gewinnen. Die SPD, für die das Ruhrgebiet lange Zeit die Herzkammer der Sozialdemokratie war, ging dabei als größter Verlierer dieser Entwicklung hervor. Die Gründe für diesen erheblichen Vertrauensverlust verortete Prof. Güllner in der Entfremdung zwischen Politik und Bürgern, die Parteien „führen ein Eigenleben“.

Trotz dieses Vertrauensschwundes besonders auf lokaler Ebene gab es auch ermutigende Erkenntnisse in der Studie: Eine Mehrzahl der Befragten hoffte auf eine Renaissance der Volksparteien, die als alternativlos betrachtet wurden – der selbsternannte Alternative für Deutschland traute außer den eigenen Wählern kaum jemand zu, die Probleme des Ruhrgebiets lösen zu können.

Im vorliegenden Beitrag wird basierend auf dieser Studie aus dem Jahr 2019 analysiert, ob eine Änderung dieses Trends stattgefunden hat, oder ob das Vertrauen in Parteien und andere Organisationen weiterhin niedrig bleibt. Schließlich erlebten wir seitdem durch Corona eine in der Bundesrepublik noch nie dagewesene Pandemie-Situation und auch die jüngste Bundestagswahl hat die politische Landschaft ordentlich durchgeschüttelt.



und demokratischer Institutionen generell beschreibt, richtet sich die spezifische Unterstützung auf die Einstellung bezüglich konkreter Politiken, Politiker und Parteien.⁵ Die spezifische Unterstützung etwa einer bestimmten inhaltlichen Position entsteht für Easton unmittelbar aus den „Outputs“ des politischen Systems. Diffuse Unterstützung lässt sich hingegen eher als – von kurzfristigen Entscheidungen nur indirekt abhängige – Loyalität dem politischen System gegenüber verstehen. Sie ist vor allem für die langfristige Stabilisierung des politischen Systems – gerade auch in turbulenten und unsicheren Zeiten – unabdingbar.⁶ Diese speist sich aus dem Vertrauen in politische Autoritäten und das politische Regime sowie aus der Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft.⁷

Auch wenn sich die diffuse und die spezifische Dimension der Unterstützung analytisch unterscheiden lassen, so bleiben sie allerdings eng miteinander verbunden. So bleibt auch die langfristige Dimension politischer Unterstützung darauf angewiesen, dass „kurzfristig“ auftretende politische Enttäuschungen vermieden und der Eindruck einer in ihren Grundsätzen gemeinwohl-

orientierten Politik erhalten bleibt. Umgekehrt führt eine hohe spezifische Unterstützung, beispielsweise auf Grund mehrerer als positiv empfundener politischer Entscheidungen, langfristig zu einer höheren diffusen Unterstützung.⁸ Es wird deutlich, dass sowohl die langfristige Fähigkeit des politischen Systems, Vertrauen zu schaffen als auch die kurzfristige, Erfolge zu generieren, für dessen Bestehen unabdingbar sind.

GENERELLE EMPIRISCHE BEFUNDE ZUM INSTITUTIONENVERTRAUEN

Während in Deutschland einige staatliche Institutionen seit Jahrzehnten ein ungebrochen hohes Vertrauen genießen – beispielsweise die Polizei oder das Bundesverfassungsgericht – werden die unmittelbar politischen Institutionen, wie die Regierung und Parteien, auch in Zeiten genereller Zufriedenheit deutlich kritischer bewertet. Da die Bewertung der Letztgenannten allerdings zum Teil großen Schwankungen unterliegt, müssen die exakten Werte mit Zurückhaltung gelesen werden⁹. Dennoch können sie allgemeine Hinweise darauf geben, wie

es um das Vertrauen in den Staat und die ihn steuernden politischen Akteure bestellt ist.

Aufschlussreich ist dies vor allem bei den politischen Parteien, die bereits seit langer Zeit überwiegend sehr kritisch bewertet werden und in den letzten Jahren noch einmal deutliche Vertrauenseinbußen haben hinnehmen müssen. So kommt eine Erhebung durch Allensbach im Jahr 2018 bezüglich der Parteien auf Vertrauenswerte von lediglich 10 %.¹⁰ In einer Forsa-Untersuchung vom Januar 2020 wurde ein Wert von 16 % gemessen.¹¹ Bundestag und Bundesregierung kommen in denselben Zeiträumen auf deutlich bessere Werte: Einer im Herbst 2018 publizierten Umfrage des Ipsos-Instituts zufolge gaben drei Viertel der Interviewten an, den Parteien nicht zu vertrauen, für die Regierung liegt der entsprechende Wert bei immer noch hohen 66 %.¹² Forsa kam im Januar 2020 auf ein hohes oder sehr hohes Vertrauen bei 41 bzw. 34 % der Befragten für Bundestag bzw. Bundesregierung.¹³ Infratest dimap stellte Entsprechendes im Herbst 2020 für den Bundestag gar bei 57 % und für die Bundesregierung bei 61 % der Befragten fest.¹⁴ Die großen Unterschiede zwischen den von den unterschiedlichen Umfrageinstituten gemessenen Werten sind dabei für die Frage nach dem Institutionenvertrauen charakteristisch, allerdings lassen sich durchaus generelle Trends ablesen: Während die Werte in den Jahren zuvor etwa auf niedrigem Niveau stagnierten, stieg das Vertrauen in politische Institutionen zu Beginn der Corona-Krise sprunghaft an,¹⁵ um dann im Verlauf des Jahres 2020 stetig und zu Beginn des Jahres 2021 deutlich zurückzugehen.¹⁶ Unter den eher unpopulären politischen Institutionen steht die kommunale Ebene häufig relativ gesehen am besten da,¹⁷ wobei die jüngsten Erhebungen von Forsa zu Beginn des Jahres 2021 für Bundes- und Landesregierung sowie (Ober-)Bürgermeister/-innen auf vergleichbar hohe Vertrauenswerte von jeweils um die 60 % kommt und damit eher Anlass zur Zuversicht gibt.¹⁸

VERTRAUEN ALS ASPEKT DER DIFFUSEN UNTERSTÜTZUNG

Angesichts der Bedeutung, die ein intaktes Vertrauen in die politisch-gesellschaftlichen Institutionen für die Integration des Einzelnen in das Gemeinwesen, aber auch für die Stabilität und Funktionsfähigkeit desselben hat, ist eine Untersuchung der Vertrauenswerte auch im Rahmen des BAPP-Forschungsprojekts von Interesse. Dazu sollte, ähnlich zu der Umfrage von 2019,

„STIEG DAS VERTRAUEN IN POLITISCHE INSTITUTIONEN ZU BEGINN DER CORONA-KRISE SPRUNGHAFT AN, UM DANN IM VERLAUF DES JAHRES 2020 STETIG UND ZU BEGINN DES JAHRES 2021 DEUTLICH ZURÜCKZUGEHEN.“



das Vertrauen in verschiedene Institutionen im Rahmen einer Umfrage erhoben und verglichen werden. Die so erhobenen Werte können als elementare Aspekte der diffusen Unterstützung interpretiert werden, da das Vertrauen in eine Institution langfristig geprägt wird und mehr von der lebenslangen gesellschaftlich-politischen Sozialisation als von kurzfristigen politischen Entscheidungen abhängt. Eine besondere Berücksichtigung haben hierbei regionale und lokale Institutionen erfahren, deren Wichtigkeit für das Gelingen einer Integration in das Gemeinwesen anhand der bisherigen Erkenntnisse des Forschungsprojekts erwartet werden durfte. Ziel der Befragung war weniger die Feststellung konkreter Vertrauenswerte als vielmehr ein Vergleich zwischen den unterschiedlichen Institutionen sowie zwischen den genannten Werten der verschiedenen sozialstrukturellen Gruppen. Des Weiteren wurde erfragt, wie zufrieden die Befragten mit verschiedenen gesellschaftlich-politischen Bereichen in ihrer Heimatkommune sind und welche Form der politischen Partizipation sie wählen (würden), um festgestellte Missstände zu beheben. Die Erhebung wurde im Rahmen der repräsentativen Omnibus-Umfrage von YouGov im September 2021 mit 1004 in NRW lebenden Personen durchgeführt.

GROSSES VERTRAUEN GEGENÜBER DEN KOMMUNALEN VEREINEN – MISSTRAUEN GEGENÜBER DER LOKALEN POLITIK BEI AFD-WÄHLER/-INNEN

In der Auswertung der Vertrauenswerte fällt unmittelbar die sehr niedrige Anzahl von Menschen mit sehr großem Vertrauen auf. Nur drei Institutionen kommen hier auf

zweistellige Werte: Am höchsten ist das Vertrauen in Wissenschaft (25 %), Polizei (16 %) und gemeinnützige, kommunale Vereine (11 %). Üblicherweise werden die Werte sehr hohen Vertrauens mit den Werten eher großen Vertrauens zusammengefasst – und andererseits das eher geringe mit dem sehr geringen Vertrauen. Dadurch ergeben sich für die drei genannten Bereiche Werte von 69 (Wissenschaft), 63 (Polizei) sowie 64 % (Vereine). Erwartungsgemäß schwach schneiden die politischen Parteien (16 % eher großes und sehr großes Vertrauen) sowie die Abgeordneten (19 %) ab. Noch niedrigere Werte weisen nur die sozialen Medien (13 %) sowie die Kirche (15 %) auf. Etwas höher fällt das Vertrauen zur Landes- (23 %) und Bundesregierung (31 %) sowie zu Gemeinde-/Stadträten (32 %) und (Ober-)Bürgermeistern/-innen (38 %) aus. Die hier ablesbare Vertrauensdiskrepanz zwischen der kommunalen Ebene auf der einen und Landes- sowie Bundesebene auf der anderen Seite zeigt sich tendenziell auch zwischen Lokalzeitungen (44 %) und der überregionalen Presse (41 %) bzw. dem Fernsehen (34 %) sowie vor allem zwischen den kommunalen Vereinen (64 %) und Nichtregierungsorganisationen generell (41 %).

In nahezu allen Bereichen zeigt sich ein – meist geringer – Altersunterschied: Die älteren Befragten ab 55 Jahre weisen höhere Vertrauenswerte auf als die jüngeren. Ausnahmen sind Abgeordnete, Parteien und Kirche, die in allen Altersgruppen gleich unpopulär sind, sowie die sozialen Medien, die in den jüngeren Altersgruppen ein zum Teil deutlich höheres Vertrauen genießen. Einen ähnlichen – auch hier meist geringfügigen – Zusammenhang zeigt der Vergleich der verschiedenen Bildungsgruppen. Menschen mit Abitur oder Fachhochschulreife weisen in fast allen Fällen ein etwas höheres Vertrauen auf als Menschen mit Real- oder Hauptschulabschluss. Aufschlussreicher ist indes der Vergleich zwischen den lokalen und überregionalen Institutionen, der in der Gruppe der Menschen mit Hauptschulabschluss besonders deutlich ausfällt – sowohl zwischen Lokal- (44 %) und überregionaler Presse (35 %) als auch zwischen

kommunalen Vereinen (63 %) und Nichtregierungsorganisationen (33 %). Der Unterschied zwischen Kommunal- und Landes-/Bundespolitik fällt in dieser Gruppe hingegen weniger deutlich aus.

Auch beim Einkommen zeigen sich Differenzen: Die höheren Einkommensgruppen weisen in fast allen Fällen größere Zufriedenheitswerte auf als die niedrigen. Auffällig ist, dass sich für die Geringverdienenden keine den niedrigen Bildungsniveaus entsprechende Neigung zu lokalen politischen Institutionen feststellen lässt. Das Vertrauen in die verschiedenen Politikebenen fällt hier nahezu identisch aus. Als besonders vertrauenswürdig gelten in dieser Gruppe hingegen kommunale Vereine. Gegenüber diesen fallen die Vertrauenswerte in den niedrigeren Einkommensgruppen in etwa gleich oder sogar höher aus als in den höheren Einkommensgruppen.

Eine Rolle spielt hingegen die politische Verortung der Befragten. Während das Vertrauen gegenüber der Bundes- und Landesregierung bei der Anhängerschaft der jeweils regierenden Parteien stärker ausgeprägt ist, zeigt sich bei der allgemeineren Frage nach Abgeordneten und Parteien ein deutliches Misstrauen bei Anhängern/-innen der Linken, bei Nichtwählern/-innen, vor allem aber bei AfD-Anhänger/-innen, die nur zu 4 bzw. 5 % ein sehr/eher großes Vertrauen äußern, während über 90 % den Abgeordneten und Parteien eher/sehr geringes Vertrauen entgegenbringen. Ebenfalls fällt in diesen Gruppen die Diskrepanz zur politischen Lokalebene besonders groß aus, die durchweg deutlich positiver bewertet wird: bei der Anhängerschaft von Union, SPD und Grünen werden (Ober-)Bürgermeistern/-innen und Gemeindevertretern/-innen von über 50 % hohes Vertrauen entgegengebracht, bei der Wählerschaft der FDP und Linke fällt dies etwas geringer aus während die AfD-Wähler/-innen zu rund 80 % auch in die lokale Politik ein eher geringes Vertrauen haben. Ebenso fällt bei AfD-Wählern/-innen sowie Nichtwählern/-innen das Vertrauen in die überregionale und lokale Presse deutlich geringer aus (Mittelwert von 2,0) als bei den Anhängern der anderen Parteien (Mittelwert von 2,5). Bei den Organisationen insgesamt zeigt sich hingegen bei allen Befragten ein deutlicher Vertrauensüberschuss zugunsten kommunaler Vereine. Lediglich Linken- und Grünen-Wähler/-innen vertrauen Nichtregierungsorganisationen ähnlich stark. Bei den Befragten, die nicht wählen oder die AfD wählen werden kommunale Vereine zwar weniger geschätzt als bei den übrigen Befragten, insgesamt erhalten sie (zusammen mit Polizei und Wis-

„DIE ÄLTEREN BEFRAGTEN AB 55 JAHRE WEISEN HÖHERE VERTRAUENSWERTE AUF ALS DIE JÜNGEREN.“

senschaft) mit 52 % bzw. 40 % allerdings immer noch die deutlich höchsten Vertrauenswerte aller Institutionen. Nur wenige Unterschiede zeigen sich zwischen den im Ruhrgebiet lebenden Befragten und den Bewohnern anderer Teile Nordrhein-Westfalens: Im Ruhrgebiet steht man der Lokalpolitik tendenziell kritischer gegenüber. Ein höheres Vertrauen genießen hingegen die überregionale Presse sowie – angesichts der in diesem Landesteil besonders einflussreichen Geschichte wenig überraschend – die Gewerkschaften.

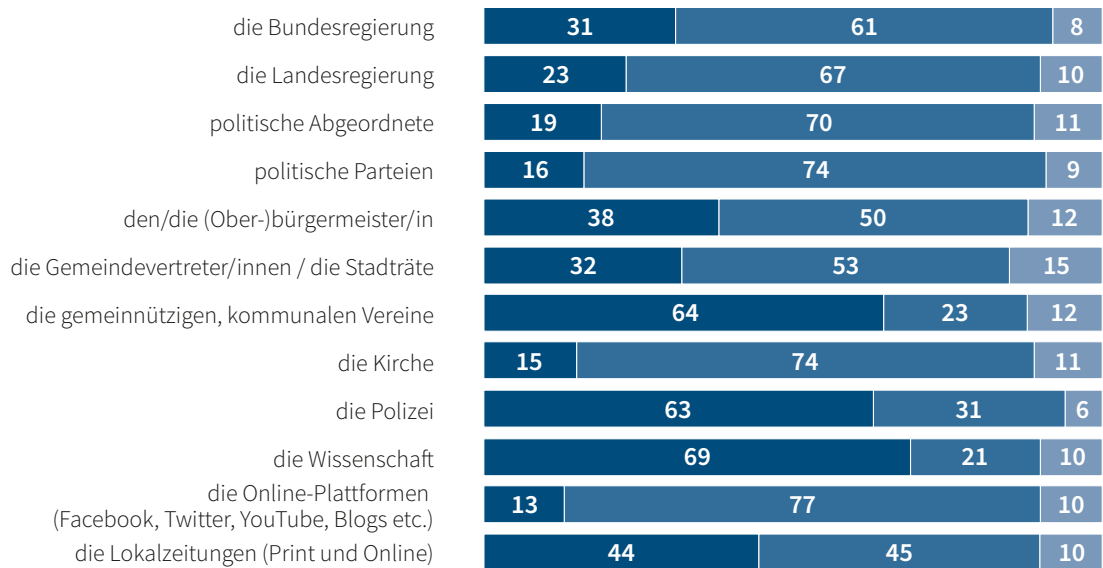
UNZUFRIEDENHEIT BEIM ANGEBOT AN BEZAHLBAREN WOHNRAUM, DIGITALER INFRASTRUKTUR UND DEM KOMMUNALEN UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

Richtet man in einem zweiten Schritt den Blick auf die Zufriedenheit mit verschiedenen Rahmenbedingungen des kommunalen Lebens fällt zunächst auf, dass diese in den meisten Fällen höher liegt als das Institutionenvertrauen. Besonders kritisch werden nur zwei Bereiche

„EINE ROLLE SPIELT HINGEGEN DIE POLITISCHE VERORTUNG DER BEFRAGTEN [...] EIN DEUTLICHES MISSTRAUEN BEI ANHÄNGERN/-INNEN DER LINKEN, BEI NICHTWÄHLERN/-INNEN, VOR ALLEM ABER BEI AFD-ANHÄNGER/-INNEN.“

gesehen: das Angebot an bezahlbarem Wohnraum, welches nur von 32 % als (sehr) zufriedenstellend bewertet wird, während 57 % diesbezüglich kritisch antworten sowie die digitale Infrastruktur, die mit 34 zu 55 % ebenfalls deutlich negativ beurteilt wird. Der lokale Umwelt- und Klimaschutz wird auch eher kritisch gesehen (38 zu 46 %). Überwiegend positiv werden hingegen nicht nur Einkaufsmöglichkeiten (78 % zufriedene oder sehr

Vertrauen in



Angaben in %

■ Sehr / Eher großes Vertrauen ■ Eher / Sehr geringes Vertrauen ■ Weiß nicht / keine Angabe

Quelle: YouGov.

„BEI DEN ORGANISATIONEN INSGESAM ZEIGT SICH HINGEGEN BEI ALLEN BEFRAGTEN EIN DEUTLICHER VERTRAUENSÜBERSCHUSS ZUGUNSTEN KOMMUNALER VEREINE.“



zufriedene Befragte), Gesundheitsversorgung (70 %), Sport- und Kulturangebote (60 %) sowie Arbeitgeber/-innenstruktur (50 zu 31 %) bewertet, sondern auch die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (45 zu 26 %). Bei den politischen Beteiligungsmöglichkeiten halten sich positive und negative Bewertungen mit 37 zu 37 % exakt die Waage. Allerdings fällt, wie auch in einigen anderen Bereichen, die Nichtbeantwortungsquote mit deutlich über 20 % recht hoch aus – möglicherweise ein Zeichen dafür, dass die politischen Beteiligungsmöglichkeiten nicht ausreichend bekannt sind. Uneinig sind sich die Befragten auch in der Bewertung des ÖPNV (46 zu 44 %), des Bildungssystems sowie der Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche (jeweils 37 zu 37 %). Bei diesen Angeboten haben die Befragten anscheinend sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht.

Auffällig ist, dass sich in der Zufriedenheit keine eindeutigen Alterseffekte zeigen. Während die höheren Altersgruppen zu einer leicht größeren Zufriedenheit neigen, gibt es bei Arbeit, ÖPNV, Umwelt- und Klimaschutz und Bildungssystem keine Unterschiede. Jugendeinrichtungen und – überraschenderweise – auch Wohnungsangebot werden von den jüngeren Befragten hingegen eher etwas positiver gesehen. Nennenswerte Bildungsunterschiede gibt es nur beim Kulturangebot, das mehr Menschen mit höheren Abschlüssen zufrieden stimmt und bei der digitalen Infrastruktur, bei der es sich umgekehrt verhält. In einigen Bereichen zeigt sich eine Einkommensdiskrepanz: Wie zu erwarten sind Menschen mit höherem Einkommen mit der Gesundheitsversorgung und dem Arbeits- und Wohnungsangebot zufriedener als diejenigen mit geringem Einkommen. Dies gilt auch bei den politischen Beteiligungsmöglichkeiten, mit denen nur etwa 30 % der Menschen mit einem Einkommen unter 2000 Euro netto zufrieden sind, während es

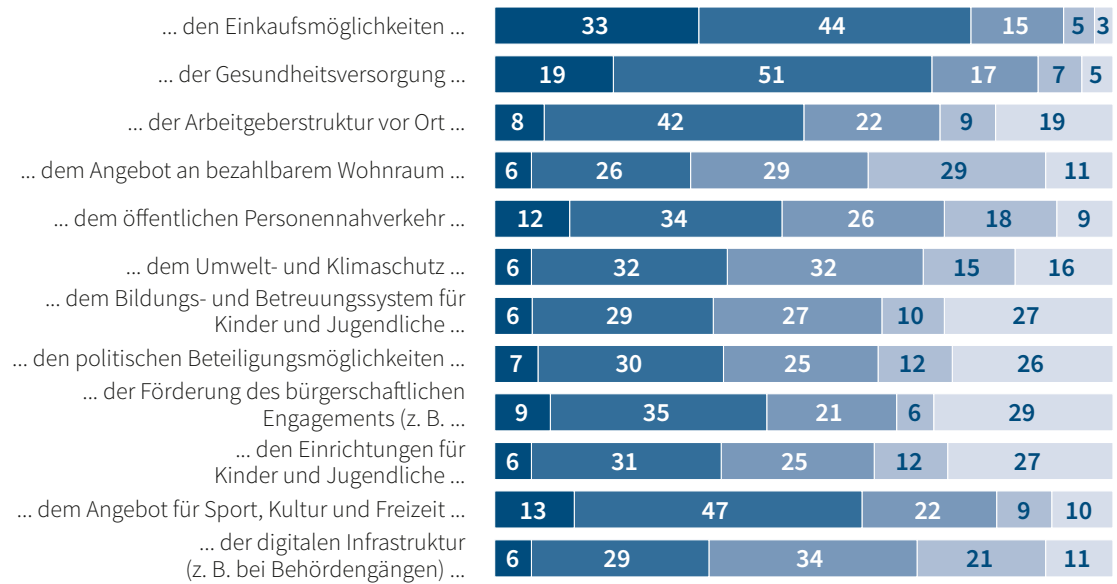
ab 3.500 Euro Einkommen 40 % und mehr sind. Beim ehrenamtlichen Engagement scheint es einen entsprechenden Zusammenhang hingegen nicht zu geben. Dies bestätigt die durch die Institutionenanalyse geweckte Erwartung, dass kommunalen Vereinen gerade auch im Vergleich zu formal-politischen Strukturen ein besonderes, umfassendes, politisch-gesellschaftliches Integrationspotenzial zugeschrieben werden kann, welches möglicherweise bisher noch nicht voll ausgeschöpft wird.

In der Zufriedenheit mit den verschiedenen kommunalen Bereichen zeigt sich die politische Verortung als weniger einflussreich als beim Institutionenvertrauen. Auch wenn die AfD-Unterstützer/-innen beim Wohnungsangebot weniger zufrieden sind als die übrigen Befragten, gibt es in den meisten Aktionsfeldern kommunaler Politik nur geringfügige und zudem unsystematische Unterschiede. Lediglich die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung sowie die Förderung des ehrenamtlichen Engagements werden von den AfD-Wählern/-innen deutlich kritischer bewertet als von allen anderen – inklusive der Nichtwähler/-innen. Die Zufriedenheitswerte liegen hier mit 20 bzw. 23 % allerdings deutlich über denen des Institutionenvertrauens.

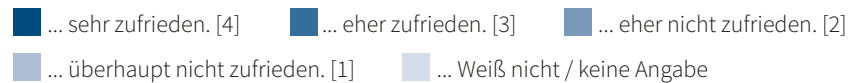
LOKALE INSTITUTIONEN ALS ERSTE ANLAUFSTELLE DER POLITISCHEN PARTIZIPATION

Nur ein Teil der Bevölkerung ist bereit, seine politischen Anliegen aktiv zu verfolgen. Am ehesten sind die Befragten noch bereit, sich an lokale politische Vertreter/-innen zu wenden (37 %). Online-Aktionen, die Kontaktaufnahme zu Lokalmedien oder die Beteiligung an einer Bürgerinitiative werden immerhin noch von jeweils etwa einem Viertel bis Fünftel der Bevölkerung als Partizipationsmöglichkeit in Erwägung gezogen. Nur jede/-r zehnte Befragte würde an einer Demonstration teilnehmen und in etwa ebenso viele könnten sich vorstellen, sich in einer Partei zu engagieren. Das klingt zwar nach einer geringen Bereitschaft, liegt allerdings um ein Vielfaches über dem tatsächlichen Organisationsgrad der Parteien in Deutschland. Interessanterweise zeigt sich in den Formen politischer Beteiligung nur ein mäßiger Alterseffekt. Jüngere Befragte sind dabei erwartungsgemäß affiner zu online-basierten Partizipationsformen und der Teilnahme an Demonstrationen, während Ältere sich eher an politische Vertreter/-innen wenden würden. Generell weisen aber alle Altersgruppen eine ähnliche

Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Punkten in Ihrer Stadt und Ihrem Stadtteil? Ich bin mit...

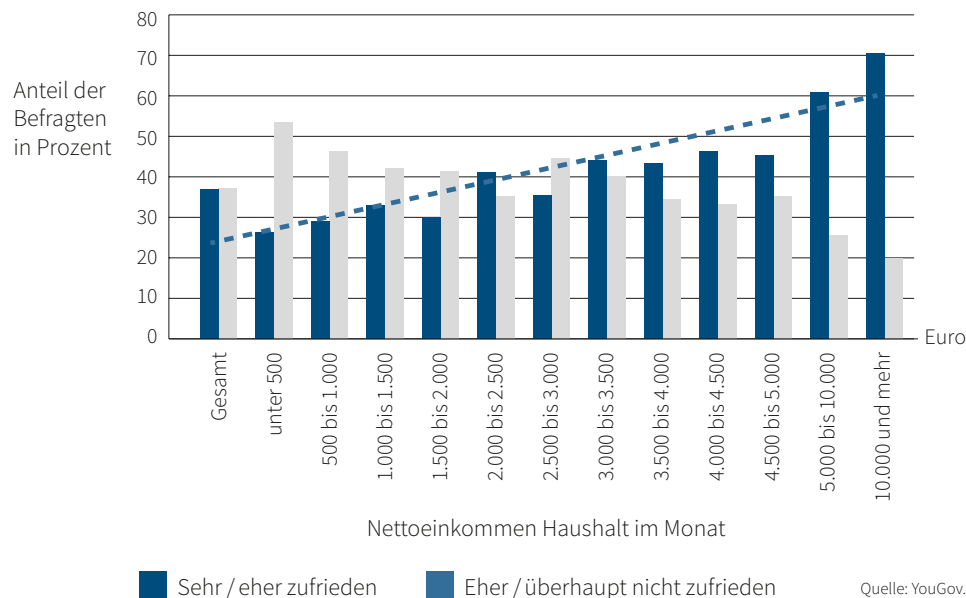


Angaben in %



Quelle: YouGov.

Zufriedenheit mit den politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach Einkommen



Quelle: YouGov.

„WIE ZU ERWARTEN SIND MENSCHEN MIT HÖHEREM EINKOMMEN MIT DER GESUNDHEITSVERSORGUNG UND DEM ARBEITS- UND WOHNUNGSANGEBOT ZUFRIEDENER ALS DIEJENIGEN MIT GERINGEM EINKOMMEN. DIES GILT AUCH BEI DEN POLITISCHEN BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN, MIT DENEN NUR ETWA 30 % DER MENSCHEN MIT EINEM EINKOMMEN UNTER 2000 EURO NETTO ZUFRIEDEN SIND, WÄHREND ES AB 3.500 EURO EINKOMMEN 40 % UND MEHR SIND.“

Beteiligungsbereitschaft auf. Auch die Parteimitarbeit können sich in der jüngsten Altersgruppe immerhin 10 % und damit überdurchschnittlich viele vorstellen.

Ganz ähnlich verhält es sich bei Menschen mit Migrationshintergrund, die zwar seltener politische Vertreter/-innen kontaktieren würden, zu Online-Aktionen aber sogar eher bereit sind und in allen anderen Aktionsmöglichkeiten auf vergleichbare Werte zu den Menschen ohne Migrationshintergrund kommen. Demgegenüber gibt es einen Bildungsbias: Gebildete Menschen sind eher bereit, die politischen Kanäle zu nutzen und sich an politische Vertreter/-innen zu wenden oder in einer Bürger/-inneninitiative bzw. in einer Partei zu engagieren. Einen gewissen Unterschied macht auch die politische Verortung: Die Bereitschaft, politische Ver-



„GENERELL WEISEN ABER ALLE ALTERSGRUPPEN EINE ÄHNLICHE BETEILIGUNGSBEREITSCHAFT AUF. AUCH DIE PARTEIMITARBEIT KÖNNEN SICH IN DER JÜNGSTEN ALTERSGRUPPE IMMERHIN 10 % UND DAMIT ÜBERDURCHSCHNITTlich VIELE VORSTELLEN.“

treter/-innen anzusprechen, ist bei den Wähler/-innen der FDP besonders groß (60 %), bei den Nichtwähler/-innen – wenig überraschend – besonders niedrig (20 %). Generell zeigen sich vor allem die Nichtwähler/-innen als politisch weniger aktiv und unschlüssig bei der Frage, wie sie ihre Anliegen artikulieren würden.

FAZIT: DIE LOKALE EBENE NICHT AUS DEM BLICK VERLIEREN

Mit Blick auf das Vertrauen zeigt sich, dass diffuses Vertrauen in politische Institutionen niedriger ist als das spezifische Vertrauen vor Ort. Wird nach dem Vertrauen zu eher allgemeinen politischen Akteur/-innen wie den Abgeordneten oder Parteien gefragt, wird diesen ein eher geringes oder niedriges Vertrauen entgegengebracht, bei der Landes- oder Bundesregierung ist dieses schon etwas höher, aber das größte Vertrauen erhalten die (Ober-)Bürgermeister/-innen und Stadträte/-innen. Dieser Umstand kann sowohl positiv als auch negativ interpretiert werden: zum einen zeigt er, dass die Basis für spezifische Unterstützung in vielen Bereichen intakt ist und diese kann langfristig auch das Gesamtsystem stabilisieren. Zum anderen sind jedoch die diffusen Vertrauenswerte in manchen Teilen der Bevölkerung sehr gering – insbesondere bei AfD- und Nichtwähler/-innen, aber auch generell bei jüngeren, weniger gebildeten, gering verdienenden Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Dies kann gerade in Krisensituationen die Systemunterstützung beeinträchtigen, denn teilweise besteht keine besonders stabile Basis. Im Ansatz ist dies möglicherweise aktuell in der Corona-Krise zu beobachten: Das Krisenmanagement und die damit verbundenen Maßnahmen der Politik werden von einem Teil der Gesellschaft nicht nur sehr kritisch gesehen, darüber hinaus vermischt sich der Protest da-

gegen mit Verschwörungserzählungen und Hass gegen „die Politik“ und es kann angenommen werden, dass es zwischen dieser Personengruppe und den Menschen, die ohnehin wenig bis gar kein Vertrauen in die Politik haben, einige Überschneidungen gibt.¹⁹

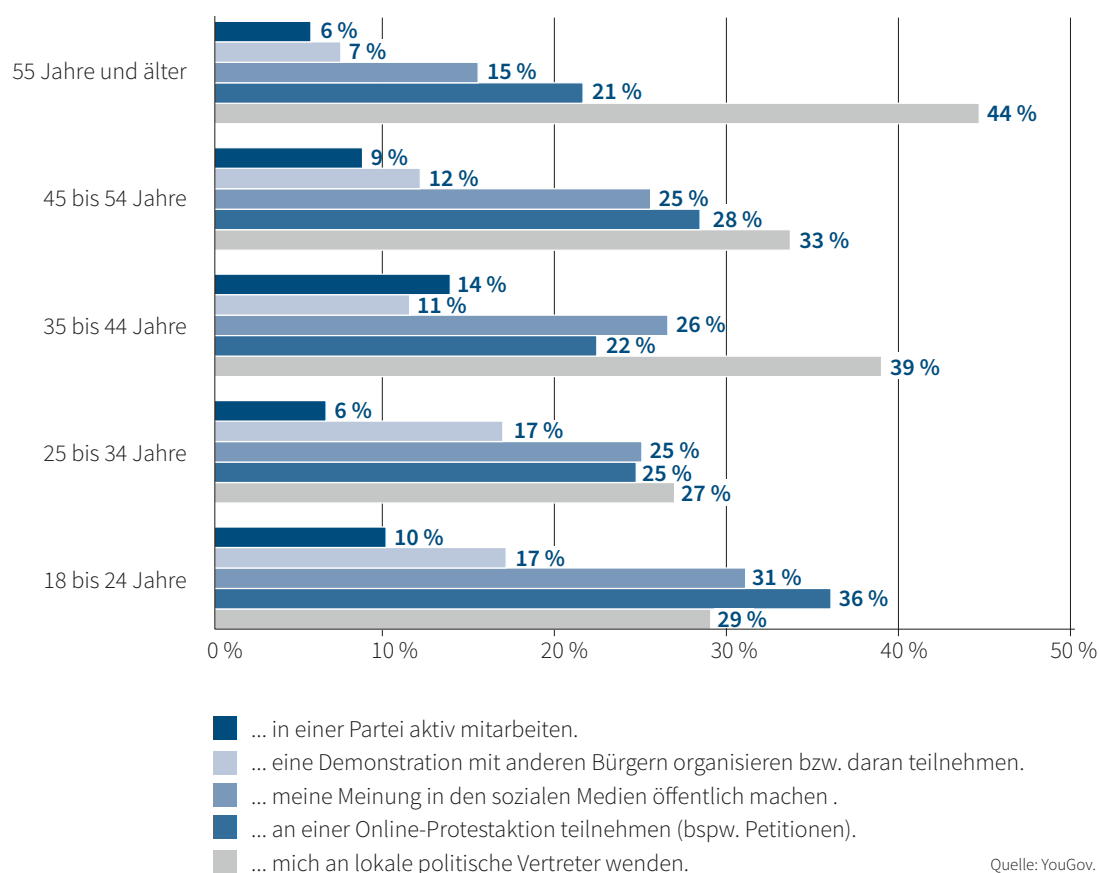
Die gute Nachricht dieser Analyse ist, dass Parteien – entgegen häufigen Zuschreibungen – durchaus noch Potenzial haben, das sie ausschöpfen können. Hier muss der Frage nachgegangen werden, wie es Parteien schaffen können, wieder als Partizipationsraum

entdeckt und attraktiver für die Menschen zu werden. Ebenso sind gemeinnützige, kommunale Vereine, wie Sportvereine oder auch die Tafeln, große Vertrauens-träger über alle Bildungs- und Einkommensniveaus hinweg. Daraus resultierend wird deutlich: Vertrauen und damit politische Unterstützung werden – zwar nicht ausschließlich, aber im beachtlichen Maße – durch lokale Institutionen geschaffen. Denn auch wenn das Vertrauen in diese Akteure vergleichsweise hoch ist und die meisten der Befragten sich bei Problemen vor Ort an die lokalen politischen Vertreter/-innen wenden würden,

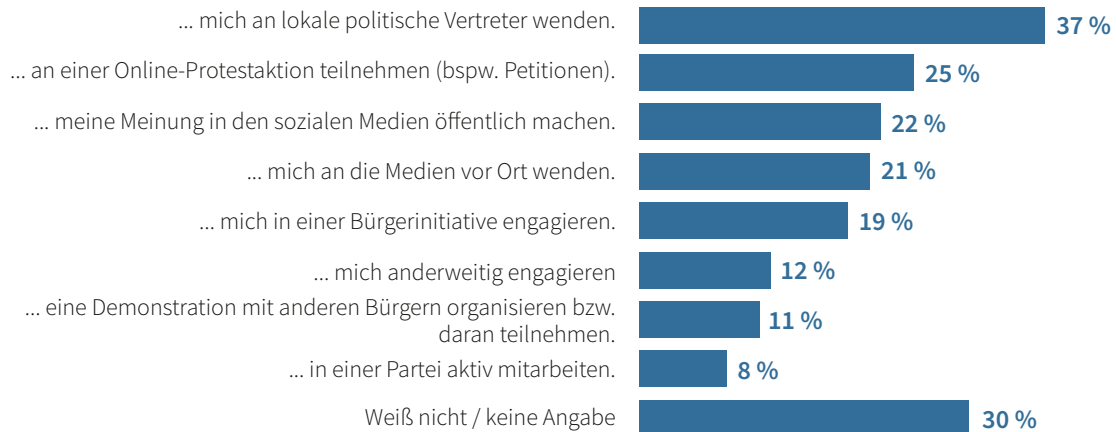
Fragestellung:

Falls Sie ein Problem in Ihrer Stadt ansprechen wollen oder irgendein anderes Anliegen haben: An wen würden Sie sich dann wenden bzw. was würden Sie dann unternehmen? Ich würde...

Ausgewählte Partizipationsformen nach Alter



Falls Sie ein Problem in Ihrer Stadt ansprechen wollen oder irgendein anderes Anliegen haben: An wen würden Sie sich dann wenden bzw. was würden Sie dann unternehmen? (Mehrfachauswahl möglich.) Ich würde...



Quelle: YouGov.

gibt es immer noch rund ein Drittel, die nicht einmal wissen, an wen sie sich mit ihren Anliegen wenden würden. Die Zugänglichkeit dieser Akteure/-innen ist somit essenziell – hier werden sozialstrukturelle Unterschiede egalisiert und hier ruht auch das Potenzial, das Institutionenvertrauen generell wieder zu stärken. ■



„DAS GRÖSSTE VERTRAUEN ERHALTEN DIE (OBER-) BÜRGERMEISTER/-INNEN UND STADTRÄTE/-INNEN. DIESER UMSTAND KANN SOWOHL POSITIV ALS AUCH NEGATIV INTERPRETIERT WERDEN: ZUM EINEN ZEIGT ER, DASS DIE BASIS FÜR SPEZIFISCHE UNTERSTÜTZUNG IN VIELEN BEREICHEN INTAKT IST UND DIESE KANN LANGFRISTIG AUCH DAS GESAMTSYSTEM STABILISIEREN.“

Prof. Dr. Volker Kronenberg

Projektleiter und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

Dipl.-Math. Jakob Horneber, M.A.

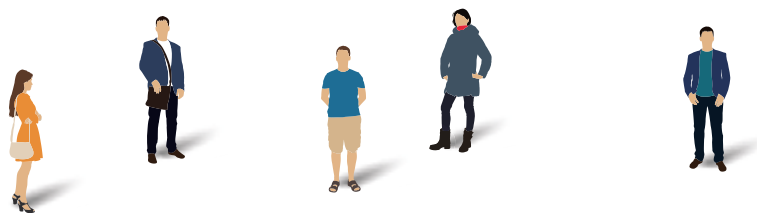
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

Chris Rensing, M.A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Güllner, Manfred (2019): Die Volksparteien haben das Volk vergessen. Entfremdung zwischen Bürgern und Politik im Ruhegebiet, in: BAPP (Hrsg.): Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft. Bildungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhegebiet, Bonn, S. 42-53.
- ² Vgl. Information und Technik NRW, Statistisches Landesamt (2021): Kommunalwahl 2020. Heft 3. Endgültige Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- ³ Luhmann, Niklas (1968): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart.
- ⁴ Völkl, Kerstin (2006): Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern, in: Falter, Jürgen W. /Gabriel, Oscar W. /Rattinger, Hans/Schoen, Harald(Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München, S. 57-81, S. 59.
- ⁵ Vgl. Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science, 5 (4), S. 435-457, S. 436f.
- ⁶ Vgl. Miller, Eugene (1971): David Easton's Political Theory, S. 201.
- ⁷ Vgl. Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschlands, Wiesbaden, S. 18.
- ⁸ Vgl. Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science, 5 (4), S. 435-457, S. 445.
- ⁹ Siehe auch: Merkel, Wolfgang/ Krause, Werner (2015): Krise der Demokratie?, in: Wolfgang Merkel (Hrsg.): Demokratie und Krise, Wiesbaden, S. 45-65.
- ¹⁰ Vgl. Bertelsmann-Stiftung (2019): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Gesellschaftlicher_Zusammenhalt/ST-LW_Studie_Schwindendes_Vertrauen_in_Politik_und_Parteien_2019.pdf (abgerufen am 10. Dezember 2021).
- ¹¹ Vgl. RTL (2020): Umfrage: Vertrauen in politische Institutionen und Parteien schwindet weiter, unter: <https://www.rtl.de/cms/umfrage-vertrauen-in-politische-institutionen-und-parteien-schwindet-weiter-4468006.html> (abgerufen am 10. Dezember 2021).
- ¹² Vgl. Ipsos (2018): Das Misstrauen ist groß. Studie zu Vertrauen, Populismus und Politikverdrossenheit, unter: <https://www.ipsos.com/de-de/das-misstrauen-ist-gross-studie-zu-vertrauen-populismus-und-politikverdrossenheit> (abgerufen am 10. Dezember 2021).
- ¹³ Vgl. RTL: Umfrage.
- ¹⁴ Vgl. Statista (2020): Umfrage zum Vertrauen in die Institutionen in Deutschland, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/814334/umfrage/vertrauen-in-die-institutionen-in-deutschland/> (abgerufen am 10. Dezember 2021).
- ¹⁵ Vgl. Neu, Viola (2020): Vertrauen in Institutionen wieder angestiegen, Krisenbarometer der KAS, unter: <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Vertrauen+in+Institutionen+wieder+angestiegen.pdf/c7aa1d13-4f67-a983-d528-e94afb0bbbaa?t=1589555588760> (abgerufen am 10. Dezember 2021).
- ¹⁶ Vgl. Statista (2021): Wieviel Vertrauen haben Sie in die Bundesregierung angesichts der Corona-Pandemie?, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1221212/umfrage/entwicklung-des-vertrauens-in-die-bundesregierung-waehrend-der-corona-krise/>; sowie: COSMO Covid-19 Snapshot Monitor (2021): Vertrauen in Institutionen, unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-ablehnung-demos/10-vertrauen> (abgerufen am 10. Dezember 2021).
- ¹⁷ Vgl. Kommunal.de (2019): Hohes Vertrauen zur Kommunalpolitik, unter: <https://kommunal.de/forsa-kommunalwahlen> (abgerufen am 10. Dezember 2021). Die Vertrauenswerte in Verwaltung und Bürgermeister/in sind dabei in kleineren Orten größer als in großen Städten.
- ¹⁸ Vgl. Kommunal.de (2021): Jugend vertraut Kommunalpolitik so stark wie lange nicht, unter: <https://kommunal.de/vertrauen-kommunalpolitik> (abgerufen am 10. Dezember 2021).
- ¹⁹ So haben Personen, die die Corona-Maßnahmen ablehnen, durchgängig seit Mai 2020 weniger Vertrauen in die Regierung. Vgl. COSMO Covid-19 Snapshot Monitor (2021): Vertrauen in Institutionen, unter: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-ablehnung-demos/10-vertrauen/#vertrauen-in-die-bundesregierung-und-ablehnung-der-ma%C3%9Fnahmen> (abgerufen am 10. Dezember 2021).



EIN TEIL VON MEHR – FÜR ERFOLGREICHE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE IM RUHRGEBIET

Sandra Butz, Lucas Scheel



„Egal, ob ich wählen gehe oder nicht – Es wird sich doch sowieso nichts ändern.“ Diese oder ähnliche Aussagen, die man bereits zu Beginn des Projektes vielerorts in Deutschland vernehmen konnte, sind auch vier Jahre später noch aktuell. Hinter den Äußerungen verbirgt sich eine substanzielle Entfremdung von Politik und Gesellschaft, die zugleich eine grundlegende Unzufriedenheit in großen Teilen der Mehrheitsgesellschaft widerspiegelt. Ein großer Teil der Gesellschaft fühlt sich von Politik und Gesellschaft nicht repräsentiert und mit ihren Problemen allein gelassen; die Skepsis gegenüber den etablierten Institutionen steigt, was sich nicht zuletzt in dem Erstarken der politischen Ränder, ansteigender politisch motivierter Gewalt sowie einem messbaren Vertrauensverlust in Wissenschaft, Politik und Medien äußert. Diese Entwicklungen hat nicht zuletzt auch die Corona-Pandemie noch einmal verschärft. Nicht nur für die Demokratie und ihre Institutionen, sondern vor allem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt liegt darin eine große Gefahr, sind es doch eigentlich die institutionellen Strukturen vor Ort, in denen sich das gesellschaftliche Leben ordnet und die den Menschen Anschluss und ein soziales Miteinander bieten. Gesellschaftliche und politische Teilhabe und sozialer Zusammenhalt stehen hier in einem engen Wechselverhältnis.

Gerade im Ruhrgebiet, in dem verschiedenste Problemlagen aufeinandertreffen, zeigen sich die Herausforderungen unmittelbar. Die verschiedenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die das Ruhrgebiet noch immer aufgrund der Langzeitfolgen des Strukturwandels betreffen, verschärfen die Desin-

tegrationsprozesse innerhalb der Bevölkerung unmittelbar. Die Gründe für die Entfremdung eines gewissen Teils der Gesellschaft sind dabei so vielschichtig und komplex wie die Menschen selbst: Während sie bestimmte Charakteristika – wie politische Einstellung, soziale Herkunft oder Bildungsstand – nur in unterschiedlicher Ausprägung teilen, eint sie teilweise die Tatsache oder das Gefühl, von gewissen gesellschaftlichen Prozessen und dem gemeinschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein, nicht mehr dazuzugehören und nicht gehört zu werden. Monokausale Erklärungsansätze für die Abspaltung großer Teile der Mehrheitsgesellschaft, wie etwa die Modelle des Arbeitsmarkts- oder des Globalisierungsverlierers, gelten mittlerweile als zu einseitig, da sich die steigende Unzufriedenheit und die Abspaltung von der Gesellschaft nicht nur über den sozialen Status erklären lassen. Es ist genau diese Vielzahl an unterschiedlichen Gründen, die der Entfremdung und dem

„EIN GROSSER TEIL DER
GESELLSCHAFT FÜHLT SICH VON
POLITIK UND GESELLSCHAFT
NICHT REPRÄSENTIERT UND
MIT IHREN PROBLEMEN ALLEIN
GELASSEN; DIE SKEPSIS
GEGENÜBER DEN ETABLIERTEN
INSTITUTIONEN STEIGT.“

„MONOKAUSALE ERKLÄRUNGSANSÄTZE FÜR DIE ABSPALTUNG GROSSER TEILE DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT, WIE ETWA DIE MODELLE DES ARBEITSMARKTS- ODER DES GLOBALISIERUNGSVERLIERERS, GELTEN MITTLERWEILE ALS ZU EINSEITIG, DA SICH DIE STEIGENDE UNZUFRIEDENHEIT UND DIE ABSPALTUNG VON DER GESELLSCHAFT NICHT NUR ÜBER DEN SOZIALEN STATUS ERKLÄREN LASSEN.“

Gefühl des „Abgehängt-Seins“ zu Grunde liegen, die eine gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik so schwierig machen. Es reicht nicht aus, den Blick lediglich auf einen einzelnen Aspekt wie beispielsweise eine Re-Integration in den Arbeitsmarkt zu werfen oder nur ein Stadtteilerneuerungsprogramm zu fördern, wenn die Problemlagen so vielfältig sind, aufeinander aufbauen und sich gegebenenfalls sogar gegenseitig verstärken.

Lange Zeit wurden die Entfremdungstendenzen durch Politiker und Entscheidungsträger ignoriert oder zumindest verdrängt; die Stärkung der Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurde oftmals durch finanzielle Förderungen unterstützt, ohne jedoch die strukturellen Hintergründe und Problemlagen sowie die Wirksamkeit ausreichend zu überprüfen, damit die finanzielle Unterstützung auch tatsächlich nachhaltig wirken kann.

DAS PROJEKT „INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT“

Genau an diesem Punkt hat das Projekt „Integrationspolitik für die Mehrheitsgesellschaft – Bildung- und Beteiligungsmöglichkeiten für junge und alte Menschen im Ruhrgebiet“ angesetzt, das die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik im Auftrag der Brost-Stiftung seit Februar 2018 durchgeführt hat. Mit dem Ziel, ein breiteres Verständnis für die vielfältigen Ursachen der Entfremdung wachsender Teile der sogenannten Mehrheitsgesellschaft von Politik und Gesellschaft zu schaffen, wurde ergänzend zu bereits

existierenden wissenschaftlichen Analysen der Blick besonders auf die Lebensrealitäten der Menschen im Ruhrgebiet und die alltägliche Praxis der Akteure vor Ort geworfen. Aufbauend auf einer fundierten Untersuchung, qualitativen Datenerhebungen und der Begleitung und Evaluation ausgewählter Bildungs- und Teilhabeangebote, die das bereits bestehende Angebot im Ruhrgebiet in seinen Facetten darstellen sollte, wurden über vier Jahre Ansätze und Handlungsempfehlungen entwickelt, die eine gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik weiter voranbringen.

Der konkrete Praxisbezug stand dabei im Fokus und unterscheidet das Projekt von anderen wissenschaftlichen Forschungsprojekten und Ansätzen. Hierbei ist es wichtig gewesen, nicht nur auf ein theoretisches Verständnis von Integrations- und Teilhabeprozessen zurückzugreifen, sondern mit den Menschen und Akteuren vor Ort Probleme und Lösungen zu analysieren und zu erarbeiten, von ihren Erfahrungen zu lernen und zu prüfen, woran es in der Praxis scheitert. Im Mittelpunkt der Beobachtungen standen vor allem jene Institutionen, die das Leben der Menschen im Ruhrgebiet unmittelbar vor Ort prägen: Vereine, Kirchen, Schulen, Lokalpolitikerinnen und -politiker, Parteien, politische Bildner aber auch städtische oder kommunale Behörden und Akteure. Sie alle tragen zu einer gesamtgesellschaftlichen Teilhabe bei und schlagen die Brücke zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Gesellschaft sowie der Politik als Ganzes.

„MATERIELLE RESSOURCEN UND RECHTSANSPRÜCHE SIND UNVERZICHTBARE VORAUSSETZUNGEN FÜR TEILHABE, ERÖFFNEN ABER LEDIGLICH DIE MÖGLICHKEITEN VON TEILHABE. ES VERLANGT DARÜBER HINAUS INDIVIDUELLE FÄHIGKEITEN SOWIE BESTIMMTE GESELLSCHAFTLICHE BEDINGUNGEN, WIE EINE ENTSPRECHENDE INFRASTRUKTUR UND EIN ENTSPRECHENDES ANGEBOT.“

INTEGRATION UND TEILHABE

Anhand der Zielsetzung des Projekts wird bereits deutlich, dass die Arbeitsdefinition des Integrationsbegriffs gesamtgesellschaftlich verstanden wird und nicht nur einzelne Gruppen – wie beispielsweise Migrantinnen und Migranten oder Menschen mit Behinderung – in den Fokus stellt. Er bezieht sich auf alle Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen von zivilgesellschaftlichen und politischen Prozessen ausgeschlossen sind oder sich nicht mehr zugehörig fühlen. Das definierte Ziel der „Re-Integration“ ist dabei als Wiedereingliederung in die politischen und gesellschaftlichen Teilhabeprozesse zu verstehen.

Angelehnt an die Definition von Peter Bartelheimer bezeichnet Teilhabe dabei die Möglichkeit, Fähigkeit und Verantwortung des Einzelnen, die Gesellschaft, in der man lebt, mitzugestalten. Werden Menschen von der Gesellschaft an den Rand gedrängt oder gar ausgeschlossen und isoliert, können sie ihre Bedürfnisse nicht erfüllen und die Möglichkeiten, die ihnen zustehen würden, nicht nutzen. Materielle Ressourcen und Rechtsansprüche sind unverzichtbare Voraussetzungen für Teilhabe, eröffnen aber lediglich die Möglichkeiten von Teilhabe. Es verlangt darüber hinaus individuelle Fähigkeiten sowie bestimmte gesellschaftliche Bedingungen, wie eine entsprechende Infrastruktur und ein entsprechendes Angebot.¹ Das Ziel sozialstaatlicher Intervention ist es, gleiche Teilhabemöglichkeiten zu ermöglichen und Ungleichheit bereits bei den Verwirklichungschancen zu reduzieren.

Dabei ist die Stärkung von Teilhabe eine Querschnittsaufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft. Teilhabe ist mehrdimensional und kann auf unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Das dem Projekt zugrunde liegende Teilhabeverständnis bezieht sich auf

Teilhabe am politischen sowie sozialen und kulturellen Leben sowie an allen Formen von Arbeit und dem Zugang zu Bildung als grundsätzliche Voraussetzung. Alle genannten Bereiche beeinflussen sich gegenseitig und die Abhängigkeiten sind komplex. Gerade deswegen ist es für eine erfolgreiche gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik so wichtig, nicht nur einzelne Bereiche zu analysieren oder auch zu fördern, sondern den Menschen und die Problematik in seiner Ganzheit anzuschauen.

TEILHABE IM RUHRGEBIET: EINE ANALYSE

Um sich dem Forschungsgegenstand zu nähern, wurden die ausgewählten Partner vor Ort über die Projektlaufzeit von vier Jahren regelmäßig besucht und in ihrer Arbeit begleitet. Ziel dabei war es, ein realistisches Bild von der Arbeit der einzelnen Initiativen und Akteure sowie ein tiefergehendes Verständnis für die individuellen Herausforderungen und Problemlagen zu gewinnen. Was sind die größten Probleme in der alltäglichen Arbeit? Welche Lösungsansätze gab und gibt es, wieso und woran sind sie gegebenenfalls gescheitert? Wie hat sich die Arbeit im Laufe der Zeit entwickelt? Gibt es Unterstützung von anderen Akteuren oder Institutionen?

Bei der Analyse und Auswertung dieser qualitativen Beobachtungen lag der Fokus vor allem auf der Effektivität der Umsetzung der einzelnen Angebote und Projekte. Die Frage nach der Effektivität lässt sich anhand der Kriterien der Reichweite, des Professionalisierungsgrads sowie der Nachhaltigkeit messen. Eine Analyse entlang dieser Kriterien ermöglicht dabei die Identifikation konkreter Erfolgsfaktoren und Best-Practice-Beispielen, die anschließend in entsprechenden Handlungsempfehlungen münden und beispielgebend für andere Projekte

sein können. Mit der Diakonie Dortmund: Passgenau, dem Rotthausener Netzwerk e.V. in Gelsenkirchen sowie dem Stadtteilzentrum Bonni aus Gelsenkirchen-Hassel und dem Stadtteilzentrum kreuz + quer in Essen dienen vier der begleiteten Initiativen und Akteure hier als beispielgebende Leuchtturmprojekte.

REICHWEITE

Im Hinblick auf die *Reichweite* liegt der Fokus der Analyse auf der Zahl der erreichten Zielpersonen im Rahmen einer Maßnahme. Dabei ist sowohl die quantitative als auch die qualitative Dimension zu betrachten: Zum einen geht es darum, möglichst viele Menschen einzubeziehen, zum anderen gilt es jedoch auch, die relevanten – und zum Teil schwer zugänglichen – Zielgruppen zu erreichen. Gerade im Hinblick auf die Wiedereingliederung von den Menschen, die schon länger nicht mehr an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilnehmen und besonders schwer zu erreichen sind, können qualitative Erfolge gewichtiger sein als rein quantitative Steigerungen der Teilnehmerzahl.

In der Projektarbeit hat sich gezeigt, dass noch immer Angebote und Programme – auch von etablierten Trägern im Ruhrgebiet oder strukturell stark aufgestellten staatlichen Institutionen – nicht in der Lage sind, die relevante Zielgruppe gezielt anzusprechen und zu erreichen. Oftmals scheitert es bereits bei der Wahl adäquater, zielgruppenspezifischer Ansprache-Instrumente, die eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Gegenüber vielen der etablierten Behörden und Institutionen, wie beispielsweise dem Arbeitsamt und dem Jobcenter, herrscht bei den betroffenen Menschen großes Misstrauen und Skepsis; die Hemmschwelle, sich mit den entsprechenden Anliegen bei den „offiziellen“ Institutionen zu melden, ist oftmals zu hoch. Von der Lokalpolitik fühlen sich benachteiligte Gruppen ebenfalls kaum noch angesprochen und zweifeln an der Kraft der Veränderung. Während also einerseits Vorbehalte gegenüber den etablierten Beteiligungsangeboten bestehen, sind andererseits informelle Partizipationsformate teilweise kaum bekannt. Auch großangelegte Kampagnen, die im Hinblick auf Kommunikation und Ansprache darauf zielen, die Distanz zwischen Zielgruppe und Akteuren zu verringern, sind oftmals nur mäßig erfolgreich. In



DIAKONIE DORTMUND – NORDMARKT-KIOSK/PASSGENAU

Passgenau ist ein Zweckbetrieb des Diakonischen Werkes Dortmund und Lünen gGmbH für die berufliche Integration von Langzeitarbeitslosen sowie Menschen mit Behinderungen. Unter bedarfsspezifischer fachlicher Anleitung erhalten sie eine feste Tagesstruktur durch Arbeitsangebote im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit oder einer vom Jobcenter Dortmund geförderten Beschäftigung und erlernen bei ihren Tätigkeiten in Haus und Garten elementare Arbeitstugenden.

Als zentrale Anlaufstelle der Straßensozialarbeit betreibt Passgenau zudem das Nordmarkt-Kiosk, ein einzigartiger Treffpunkt: Da weder Zigaretten noch Alkohol verkauft werden, dient das Kiosk einzig als

Ort der Kontaktaufnahme und Kommunikation. Neben der Pflege sozialer Kontakte besteht durch die Niederlassung von Straßensozialarbeitern zudem die Möglichkeit, unbürokratische Beratungsgespräche zu führen oder die Vermittlung in andere Hilffssysteme zu organisieren. Auch die Suchtberatung und der mobile medizinische Dienst des Gesundheitsamtes Dortmund bieten wöchentliche Sprechzeiten im Kiosk an.

So schafft das Nordmarkt-Kiosk nicht nur einen Ort der sozialen Interaktion für die Stadtteilbewohner zur Stärkung der Nachbarschaftsentwicklung und gesellschaftlichen Partizipation, sondern bietet zugleich niedrigschwellige Beratungsangebote für private, berufliche und medizinische Anliegen.

puncto Zielgruppenerreichung sind in der Praxis vor allem lokale und möglichst niedrigschwellige Angebote am effizientesten. Je direkter und „inoffizieller“ der Kontakt zu der Zielgruppe gesucht wurde, desto erfolgreicher war er. In der Beobachtung hat sich an vielen Beispielen gezeigt, dass es Menschen braucht, die möglichst nah an der Lebensrealität der abgehängten Bevölkerung sind, die beispielsweise das Viertel und die Probleme vor Ort kennen, die gleiche „Sprache“ sprechen und die Menschen „zu Hause“ abholen. Es ist zum einen diese „Nähe“, die mit Blick auf die Erhöhung der Reichweite wichtig ist, aber auch der Abbau von Zugangshürden durch Verkürzung der Wege, Ausweitung der Öffnungszeiten oder aber der Verzicht auf „Zwänge“, wie verpflichtende Mitgliedschaften oder regelmäßige Teilnahme, haben sich als wichtige Erfolgsfaktoren in der Praxis erwiesen.

„WÄHREND ALSO EINERSEITS
VORBEHALTE GEGENÜBER
DEN ETABLIERTEN
BETEILIGUNGSANGEBOTEN
BESTEHEN, SIND
ANDERERSEITS INFORMELLE
PARTIZIPATIONSFORMATE
TEILWEISE KAUM BEKANNT.“



ROTTHAUSER NETZWERK/QUARTIERSBÜRO ROTTHAUSEN

Das Rotthausener Netzwerk ist seit Juni 2015 als gemeinnütziger, eingetragener Verein tätig. Zweck des Vereins ist die Gewinnung und Vernetzung Rotthausener Akteure mit dem Ziel einer gemeinsamen Stadtteilentwicklung zur Sicherung und Verbesserung des Standortes und der Lebensqualität in Rotthausen. Durch den interdisziplinären Austausch und Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Vereinen und Verbänden sollen alle konstruktiven Ortskräfte zum Nutzen des Stadtteils gebündelt und Synergieeffekte geschaffen werden.

Hierzu dienen als niedrigschwellige Angebote insbesondere die monatlich stattfindenden Bürgerversammlungen, die einen geeigneten Rahmen für einen Informationsaustausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Exekutive schaffen. Im Rahmen einer „Bürgerkonferenz“, auch „Ideenschmiede“ genannt, wird zudem regelmäßig über aktuelle Projekte

und Entwicklungen berichtet. Die monatlich erscheinende „Rotthausener Post“ fungierte diesbezüglich lange Zeit als Publikationsorgan, ehe sie eingestellt werden musste.

Das Engagement des Vereins mündete u. a. in der Umnutzung des Kolpinghaus Rotthausen und der Eröffnung eines Quartiersbüros als zentrale Anlaufstelle für die Menschen im Quartier. Unter seinem Dach sind viele verschiedene Service-Angebote und -einrichtungen für die Menschen im Stadtteil gebündelt: zum einen das neue Quartiersbüro des Integrationscenters für Arbeit Gelsenkirchen (IAG) und der Agentur für Arbeit und zum anderen das Stadtteilbüro der Stadt Gelsenkirchen. Für die Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil bieten diese beiden Einrichtungen einen unkomplizierten Zugang zu Beratung und Hilfestellungen rund um die Themen Arbeit, Bildung und Stadterneuerung.

PROFESSIONALISIERUNG

Der Faktor der *Professionalisierung* zielt bei der Analyse auf die interne Organisation und Aufstellung der einzelnen Akteure und Initiativen ab. Hier stehen sowohl hauptamtliche Strukturen sowie die fachliche Qualifizierung des Personals im Mittelpunkt der Betrachtungen. Die Existenz stabiler Netzwerke – mit anderen Akteuren und Institutionen als Kooperationspartner – deuten ebenso auf einen höheren Professionalisierungsgrad hin, wie Investitionen in die eigene Organisationsentwicklung, die zudem für einen vorhandenen stetigen Reflexionsprozess und ein Streben nach Optimierung sprechen.

Viele Projekte und Initiativen werden – gerade in der Anfangsphase aber auch darüber hinaus – wesentlich von dem Engagement, dem Wissen und den Kontakten Einzelner getragen. Schaffen sie es nicht, langfristig professionelle Strukturen aufzubauen, die die Verantwortung aufteilen und das Angebot nachhaltig vor Ort verankern, ließ sich ein Scheitern der Initiative nicht verhindern. Weder zeitlich noch fachlich können die Erfordernisse eines erfolgreichen Angebots oder Projektes dauerhaft von Ehrenamtlichen getragen werden. Auch gegenüber den Teilnehmenden der einzelnen Angebote sorgt ein hauptamtliches Personal für eine gewisse Kontinuität, die eine Grundvoraussetzung für den Aufbau von Vertrauen ist. Bei den Beobachtungen hat sich zudem wiederholt gezeigt, dass die Initiativen und Akteure am erfolgreichsten waren, die durch eine sukzessive organisatorische Weiterentwicklung die inhaltlichen von den administrativen Aufgaben, wie beispielsweise Antrags- und Bewilligungsprozesse, trennen konnten.



„WEDER ZEITLICH NOCH FACHLICH
KÖNNEN DIE ERFORDERNISSE
EINES ERFOLGREICHEN ANGEBOTS
ODER PROJEKTES DAUERHAFT
VON EHRENAMTLICHEN
GETRAGEN WERDEN.“

Deutlich wurde aber auch, dass gerade im Bereich der Professionalisierung viel ungenutztes Potential bei der Vernetzung mit anderen Akteuren und staatlichen Institutionen liegen bleibt. Anstatt Kompetenzen, Ressourcen, Wissen und Kontakte zu teilen, herrscht vielerorts fast schon eine Skepsis anderen Akteuren gegenüber, sodass die Durchschlagskraft hinter den Möglichkeiten zurückbleibt. Hier muss in Zukunft verstärkt auf die Nutzung von Synergieeffekten geachtet werden. Letzten Endes arbeiten die Initiativen alle an demselben Ziel, die gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und die Menschen wieder zu re-integrieren. Die Verstärkung des Gedankens, als ein zusammenhängendes System oder Plattform gemeinsam an einem Ziel zu arbeiten, kann in dieser Hinsicht nur dienlich sein, da einzelne Organisationen oder Initiativen in einem solchen Fall zunächst als Ansprechpartner für verschiedene Zielgruppen fungieren, und diese in einem nächsten Schritt in Partnerangebote weitervermitteln können. Auch die Kommunalpolitik und die Verwaltung profitieren von einem solchen Kompetenz- und Wissensaustausch.

STADTTEILZENTRUM BONNI

Seit 2015 bereichert das Stadtteilzentrum Bonni die Kulturlandschaft in Gelsenkirchen-Hassel. Die ursprünglich kirchliche Einrichtung wurde angesichts immer vielfältiger Herausforderungen bürgerschaftlich organisiert. Als Projekt der Bürgerstiftung „Leben in Hassel“ wurde das ehemalige evangelische Gemeindezentrum in Zusammenarbeit mit dem ansässigen Familienzentrum und der Kirche zu einem Begegnungs-, Kultur- und Veranstaltungszentrum umfunktioniert.

Das Bonni ist als zentrale Anlaufstelle konzipiert, dessen Programm so vielfältig ist wie seine Zielgruppe. Regelmäßig stattfindende Kultur-, Musik- und Theaterveranstaltungen sowie kontinuierliche Jugendarbeit, soziale Beratung und Gastronomie sind nur eine kleine Auswahl aus einem bunten Potpourri an Projekten und Formaten für alle Altersklassen und Konfessionen. Als sozialer Integrationsbetrieb, der insbesondere vom bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagement lebt, schafft das Bonni einen erheblichen Mehrwert für die Stadtteilbewohner und die Stadtentwicklung in Gelsenkirchen-Hassel.

„ZWAR WURDE SEITENS DER POLITIK IN DEN LETZTEN JAHREN VIEL GELD FÜR DIE FÖRDERUNG VON TEILHABE- UND BILDUNGSPROGRAMMEN ZUR VERFÜGUNG GESTELLT, DOCH VERHINDERT DIE PROJEKTBASIERTE UND ZYKLISCHE FÖRDERSTRUKTUR EINE TATSÄCHLICH LANGFRISTIGE UND NACHHALTIGE STÄRKUNG DER TEILHABE.“



NACHHALTIGKEIT

Ein weiteres Analyse Kriterium im Hinblick auf die Effektivität einzelner Angebote ist das der *Nachhaltigkeit*. Der größte Faktor bei der Nachhaltigkeit von Angeboten ist die finanzielle Basis, die eine langfristige inhaltliche und personelle Planung ermöglicht und eine gewisse Kontinuität gewährleistet. Auch langfristig angelegte Kooperationen oder vertragliche Verpflichtungen deuten auf einen hohen Nachhaltigkeitsgrad hin.

In der Praxis hat sich im Rahmen des Projektes klar bestätigt, dass das größte Hindernis im Hinblick auf nachhaltige Teilhabeangebote nach wie vor eine stabile Finanzierungslage ist. Zwar wurde seitens der Politik in den letzten Jahren viel Geld für die Förderung von Teilhabe- und Bildungsprogrammen zur Verfügung gestellt, doch verhindert die projektbasierte und zyklische Förderstruktur eine tatsächlich langfristige und nachhaltige Stärkung der Teilhabe. Die aufwendige Antragsstellung, ein hoher Personalaufwand bei der Abrechnung, die starren Verwendungsregelungen sowie die kurzen Förderperioden sorgen in der Praxis oft dafür, dass ein Großteil der Kapazitäten nicht in die eigentliche

Arbeit fließen kann. Kaum ist ein Projekt gestartet und die ersten Gelder abgerufen, muss sich bereits um eine Anschlussförderung gekümmert werden, ohne die ein Fortbestand des Angebots nicht möglich ist. Die Corona-Krise hat auch hier gezeigt, wie unflexibel und starr die etablierte Förderstruktur ist: Obwohl aufgrund der Pandemie und den entsprechenden Infektionsschutzmaßnahmen geplante Aktionen und Maßnahmen nicht stattfinden konnten, war eine Verlängerung des Förderzeitraums oftmals nicht möglich. Gerade an dieser Stelle kann sich eine Flexibilisierung der Förderstrukturen förderlich auf die Heterogenität und Nachhaltigkeit geförderter Projekte auswirken.

Für einige der Projektpartner hat sich ein Finanzierungsmix als effektivste Absicherung erwiesen, da so die Abhängigkeit von einzelnen Förderentscheidungen verringert werden kann. Hier sind beispielsweise verschiedene Formen des Fundraisings oder gezielte Auftragsarbeiten für andere Institutionen zu nennen.

KREUZ + QUER ESSEN

Das im Oktober 2019 eröffnete Stadtteilzentrum „kreuz + quer“ ist ein Projekt der Pfarrei St. Antonius in Essen-Altendorf. Es bietet einen zentralen Treffpunkt für alle Menschen dieses Stadtteils, die soziale Kontakte, ehrenamtliches Engagement oder karitative Angebote suchen.

Über Kultur- und Religionsgrenzen hinweg dienen gemeinsame Bildungsveranstaltungen, Gesprächskreise und Kochkurse dem vorurteilsfreien und respektvollen Kennenlernen. Sprach- und Integrationskurse sowie Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sollen die Integration insbesondere geflüchteter Frauen ermöglichen und erleichtern. Seelsorgerische Angebote und Beratungen komplettieren die umfassende sozial-karitative und ehrenamtliche Arbeit von „kreuz + quer“.

Das Begegnungszentrum der Pfarrei St. Antonius steht allen Menschen offen, die ihrerseits allen Menschen gegenüber aufgeschlossen sind. Vielfalt, Toleranz und Respekt sollen ein friedliches Miteinander ermöglichen und eine Strahlkraft über das Projekt hinaus bis weit in das Quartier hinein entwickeln.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN UND FAZIT: FÜR ERFOLGREICHE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE IM RUHRGEBIET

Vier Jahre Projektarbeit im Ruhrgebiet haben vielfältige Schlaglichter auf ein breites Angebot unterschiedlicher Projekte und Initiativen im Bereich der Integrations- und Teilhabeförderung geworfen. Zahlreiche institutionelle, gesellschaftliche und individuelle Akteure setzen sich im Ruhrgebiet dafür ein, all jene Menschen, die gesellschaftlich und politisch abgehängt sind, wieder in die Prozesse und die Gesellschaft zurückzuführen – und das vor dem Hintergrund, dass das Ruhrgebiet und seine Bewohnerinnen und Bewohner noch immer aufgrund der Folgen des Strukturwandels mit erschwerten Bedingungen zu kämpfen haben.

Keine Problemlage gleicht der anderen. Es gibt demnach keine Musterlösung, die sich auf alle Akteure im Bereich der Förderung von Integration und Teilhabe gleich anwenden lässt. Eine erfolgreiche Re-Integration der Menschen, die sich gesellschaftlich und politisch abgehängt fühlen, sowie eine Stärkung der Teilhabe ist nur möglich, wenn die einzelnen Akteure mit ihren spezifischen Stärken und Schwächen sowie die konkreten Problemlagen individuell betrachtet und daran angepasste Entwicklungs- und Lösungskonzepte entwickelt werden.

Nichtsdestotrotz haben sich im Laufe der Projektarbeit immer wiederkehrende Faktoren herauskristallisiert, die für eine erfolgreiche gesamtgesellschaftliche Integration und Teilhabe elementar sind. Die folgenden Punkte können daher als Grundlage und Lösungsansatz für eine individuelle Problemlösung verwendet werden und dienen als Handlungsempfehlungen für alle Akteure in Politik und Gesellschaft, die sich einer gesamtgesellschaftlichen Integrationsarbeit verschrieben haben.

„ZAHLREICHE INSTITUTIONELLE,
GESELLSCHAFTLICHE UND
INDIVIDUELLE AKTEURE SETZEN
SICH IM RUHRGEBIET DAFÜR
EIN, ALL JENE MENSCHEN,
DIE GESELLSCHAFTLICH UND
POLITISCH ABGEHÄNGT SIND,
WIEDER IN DIE PROZESSE
UND DIE GESELLSCHAFT
ZURÜCKZUFÜHREN.“

1. NIEDRIGSCHWELIGE, „NEUTRALE“ ANGEBOTE VOR ORT SCHAFFEN.

Das größte Potential, die Menschen wieder in gesellschaftliche und politische Prozesse zu integrieren, liegt in der Etablierung möglichst niedrigschwelliger, neutraler und kostengünstiger Angebote, die lokal verankert sind und die Menschen „vor der Haustür“ abholen. Diese Angebote fungieren dabei als Vermittlungsinstanz zwischen den betroffenen Menschen und den entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Vertretern und Institutionen – wie beispielsweise dem Arbeitsamt, der Stadtverwaltung oder auch den Lokalpolitikern. Bei den Projektbesuchen vor Ort und in Gesprächen mit Betroffenen zeigte sich immer wieder, dass die Hemmschwelle, mit offiziellen Vertretern und Behörden zu kommunizieren, wesentlich größer ist, als sich an lokale Initiativen, Quartiersbüros und Sozialarbeiter vor Ort



zu wenden. Je direkter und unkomplizierter Teilhabe gestaltet werden kann, desto effektiver wird sie genutzt, da sie gleichzeitig auch stärker von der jeweiligen Ressource einer Person entkoppelt ist. Arbeiten die lokalen Akteure und Angebote vor Ort darüber hinaus mit den offiziellen Institutionen und Vertretern zusammen, ist eine erfolgreiche und nachhaltige Re-Integration und Teilhabe am wahrscheinlichsten.

2. EINZELNE AKTEURE VERNETZEN.

Unabdingbar für eine erfolgreiche Re-Integration der Mehrheitsgesellschaft und die Stärkung der Teilhabe ist eine bessere Vernetzung der einzelnen bereits existierenden Akteure. Oftmals ist es nicht der Mangel an unterschiedlichen Initiativen und Akteuren vor Ort, der eine nachhaltige Verbesserung zivilgesellschaftlicher Teilhabeprozesse und die Mitnahme der Gesamtbevölkerung verhindert, sondern die ungenutzten Synergieeffekte zwischen vorhandenen Akteuren und Angeboten. Durch eine bessere Vernetzung der Projekte und gezielte Adressierung der Bedarfe an den Schnittstellen lassen sich auch mit begrenzten Mitteln bereits messbare Effekte erzielen. Immer wieder zeigte sich bei den Projektbesuchen und der Betrachtung der Gesamtsituation eines der sogenannten „Problemvierteln“, dass trotz gleicher oder ähnlicher Zielsetzungen und Problemlagen in der Regel wenig bis gar keine Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren stattfindet. Hier besteht dringender Nachholbedarf. Nur durch Vernetzung und nachhaltigen Austausch können Kompetenzen und Ressourcen gebündelt und das bestmögliche Ergebnis für die Gesellschaft erzielt werden.

3. SELBSTTRAGENDE STRUKTUREN SCHAFFEN: PROFESSIONALISIERUNG UNTERSTÜTZEN.

Vor allem zu Beginn ist der Erfolg von teilhabefördernden Angeboten oftmals von dem Engagement einer oder mehrerer Personen abhängig, die über eine ausgeprägte Eigeninitiative verfügen sowie vor Ort gut vernetzt sind. Fällt diese Person oder die Personengruppe weg, besteht die Gefahr, dass Initiativen und Projekte nicht weitergeführt werden können. Um eine langfristige Verbesserung der Teilhabestrukturen zu ermöglichen, müssen Schritt für Schritt selbsttragende Strukturen geschaffen werden, die die Verantwortung

von einer oder wenigen Personen auf ein stabiles Netz aus mehreren Personen und Partnern verteilen.

4. SELBSTTRAGENDE STRUKTUREN SCHAFFEN: BETROFFENE ZU AKTEUREN MACHEN.

Langfristig verankerte und beständige Teilhabe und Integration lässt sich am besten gewährleisten, wenn die Betroffenen zu Akteuren gemacht werden und aktiv in gesellschaftliche und politische Prozesse mit eingebunden werden. Großes Potential ruht dabei vor allem in Teilhabeangeboten „von unten“, die aus den Quartieren und der Lebenswelt der Menschen heraus entstehen. Lokale Angebote wie Bürger- und Sportvereine, Jugend- oder Seniorentreffs oder der politische Stammtisch sind nicht nur Orte des sozialen Miteinanders und der Interessensartikulation, sondern bieten die Möglichkeit, den Menschen direkte und einfache Teilhabemöglichkeiten an die Hand zu geben und für ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen einzutreten. Je stärker das Eigeninteresse, desto nachhaltiger ist in der Regel das Engagement.

5. SELBSTTRAGENDE STRUKTUREN SCHAFFEN: LANGFRISTIG FÖRDERN.

Trotz vorhandener Fördermittel verhindert die starre projektbasierte und zyklische Förderstruktur eine wirklich nachhaltige Etablierung erfolgreicher Maßnahmen. Zwei Jahre allein reichen nicht aus, um den Akteuren und Initiativen die Möglichkeit zu geben, selbsttragende Strukturen durch alternative Finanzierungsmodelle, Vernetzung und Kooperationen aufzubauen. Eine Flexibilisierung der Förderstruktur sowie langfristige Fördermodelle, die eine nachhaltige Etablierung und Professionalisierung der Akteure und Initiativen ermöglichen, würden sich positiv auf die Effektivität und Nachhaltigkeit teilhabefördernder Maßnahmen auswirken.

6. ERFOLGE SICHTBAR MACHEN.

Wichtig für den Erfolg einzelner teilhabefördernder Initiativen und einer grundsätzlichen Stärkung von Integration und Teilhabe im Ruhrgebiet und der gesamten Bundesrepublik ist zudem, Erfolge und Resultate des Engagements sichtbar zu machen und nach außen zu tragen. Dies gilt sowohl für einzelne Erfolge beispielsweise

eines Bürgervereins vor Ort als auch für ein komplettes „Leuchtturmprojekt“ oder Best-Practice-Beispiel (z. B. im Bereich eines Stadtteilerneuerungsprogramms), die durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit als Vorbild oder Anhaltspunkt für andere Akteure oder ähnlich geartete Problemlagen dienen können. Positive Veränderungen entfalten erst dann ihre volle Wirksamkeit, wenn sie öffentlich wahrgenommen werden und dadurch genutzt und weiter unterstützt werden.

Sandra Butz, M.A.

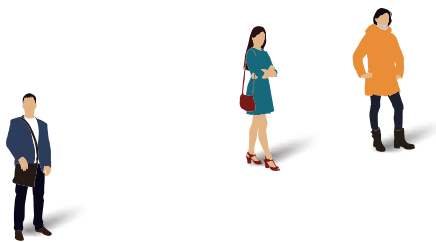
*Projektkoordinatorin bei der Bonner Akademie
für Forschung und Lehre praktischer Politik*

Lucas Scheel, M.A.

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bonner Akademie
für Forschung und Lehre praktischer Politik*

7. POLITISCHE BILDUNG FÖRDERN.

Grundvoraussetzung für Teilhabe ist zuallererst das Wissen um die unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten. Nach wie vor scheitert es oftmals an der Tatsache, dass vielen Menschen nicht bewusst ist, auf welche Art und Weise sie ihre Interessen artikulieren und sich selbstständig einbringen können. Sowohl in der Schule als auch im Erwachsenenalter helfen Bildungsangebote, Wissen und Fähigkeiten in Bezug auf Strukturen, Prozesse und Möglichkeiten der Teilhabe aufzubauen und dadurch Beteiligungsunterschiede zu verringern. Angeboten der politischen Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. ■



ANMERKUNGEN

¹ Vgl. Bartelheimer, Peter (2007): *Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.



IV. VERANSTALTUNGS- IMPRESSIONEN

VIER JAHRE DISKUSSIONEN, AUSTAUSCH UND VIEL WISSENSWERTES

Seitdem das Projekt im Februar 2018 angelaufen ist, ist viel passiert: Seit mittlerweile fast zwei Jahren befinden wir uns in einer globalen Pandemie, die alles auf den Kopf gestellt hat. Trotzdem konnte das Projekt mit vielen hochkarätigen und spannenden Veranstaltungsformaten aufwarten. In dieser Abschlusspublikation wollen wir noch einmal zusammen einen Blick auf die Highlights der vergangenen drei Jahre werfen.

Von Anfang an spielten die Veranstaltungen eine wichtige Rolle, um die Projektarbeit nach draußen zu tragen und einem möglichst breiten Publikum die Möglichkeit zu bieten, sich mit den Projektschwerpunkten und -themen zu befassen. Alle Podiums-Veranstaltungen waren offen für Interessierte und kostenfrei, kleinere und direktere Formate im Ruhrgebiet richteten sich vor allem an die Expertinnen und Experten aus der Region und weitere Projektpartnerinnen und -partner.

Das Jahr 2018 kennzeichnete den Projektbeginn und stand dementsprechend auch ganz im Zeichen der Bestandsaufnahme. So deckten die Veranstaltungen ein thematisch breites Spektrum ab, von Populismus über politische Jugendorganisationen bis hin zum Begriff der Heimat. Diese Veranstaltungen flossen in die konkrete Projektarbeit ein und bildeten immer wieder einen Referenzpunkt für die spätere Themenfindung. Im darauffolgenden Jahr war die Projektarbeit bereits voll angelaufen und erste Schwerpunkte wurden festgelegt. 2019 wurde auch der Startschuss für die erprobten Lokalforen gelegt, die einen engen Austausch mit den

Projektpartnerinnen und -partnern ermöglichen. Außerdem lud das Jahr zum Experimentieren mit neuen Veranstaltungsformaten ein, woraus u. a. die Idee der Museums-Workshops entstanden ist, die sich auch für zukünftige Veranstaltungen empfehlen. Auf der Ebene der klassischen Podiumsdiskussionen sind gerade im Jahr 2019 einige Schwergewichte zu verzeichnen.

Die Jahre 2020 und 2021 waren – wohl wenig überraschend – durch die Corona-Pandemie gezeichnet. Bis März 2020 konnten zwar noch reguläre Veranstaltungen stattfinden, danach hieß es allerdings, sich an die neuen Begebenheiten anzupassen. Doch aus der Not wurde Tugend, und so entstanden neue Formate wie der Digitale Dialog, die BAPP-Morgenrunden und ein Podcast. Klassische Diskussionsveranstaltungen fanden in diesem Zeitraum zumeist digital statt, was auch Vorteile hatte – so ließen sich z. B. Umfragen nahtlos in die Veranstaltungen integrieren. Aufgrund der erschwerten Situation und im Hinblick auf den Projektabschluss konzentrierte sich die Ausrichtung verstärkt auf die konkrete Projektarbeit vor Ort. Gerade im Jahr 2021 stand dieser Aspekt im Fokus, wobei das mittlerweile immer weiter gewachsene Netzwerk aus Experten, Partnern und Multiplikatoren aus dem Ruhrgebiet angezapft werden konnte, um neue und alte Veranstaltungsformate durchzuführen. Insofern hatten sogar die widrigen Umstände durch Corona etwas Positives: die engere Bindung an die Projekt-Zielgruppe im Ruhrgebiet auch auf der Veranstaltungsebene.



„WAS DIE MENSCHEN ,WIRKLICH‘ DENKEN – DEMOKRATIE IN ZEITEN DES POPULISMUS“

am 27. März 2018



Den Projektauftritt markierten **Jörg Schönenborn**, **Angelika Hellemann**, Prof. Dr. **Karl-Rudolf Korte** und **Frank Stauss** unter der Moderation der Podiumsdiskussion von **Stefan Weigel**. Gemeinsam diskutierten sie über Politikverdrossenheit, Medien(wirklichkeit) und für die Menschen wichtige Themen in Zeiten von erstarktem Populismus. Dabei plädierten sie dafür, dass Sachthemen nicht von oben herab sondern auf Augenhöhe mit den Menschen diskutiert werden müssten – eine Einsicht, die in der Projektarbeit immer wieder bestätigt wurde.



TOWNHALL MIT OBERBÜRGERMEISTER THOMAS KUFEN

am 19. November 2018 in Essen

Das Essener Unperfekthaus wurde im November 2018 Zeuge einer ganz besonderen Veranstaltung: Essens Oberbürgermeister **Thomas Kufen** musste den Fragen seiner Bürgerinnen und Bürger Rede und Antwort stehen. Für dieses Townhall-Format übernahm Dr. **Alexander Marinos** die Moderation des Abends. Dabei ging es in einem kurzweiligen Hin und Her zwischen



dem Bürgermeister und den Fragestellenden um kommunalpolitische Themen: das damalige Dieselfahrverbot auf Teilen der A40, Sicherheit in der Stadt und die Integration von Geflüchteten in Essen. Insgesamt zeigte sich, dass die konkrete Förderung von politischer Partizipation zu einem fruchtbaren Austausch führen kann.

PODIUMSDISKUSSION

„JUGEND. MACHT. POLITIK. ZUM VERHÄLTNIS VON INTERESSEN, EINFLUSS UND POSITIONEN DER JUGENDORGANISATIONEN“

am 1. Oktober 2018

Welch besseren Zeitpunkt als den Semesterbeginn könnte man wählen, um junge Menschen anzusprechen? Wenn man dann noch ein prominent besetztes Podium mit den Nachwuchspolitikern **Kevin Kühnert**, **Ricarda Lang**, **Bastian Schneider** und **Ria Schröder** der vier großen Jugendvereinigungen sowie Prof. Dr. Dr. **Heinrich Oberreuter** und den Phoenix-Moderator **Stefan Kulle** bieten kann, dann gibt es nur eine logische Konsequenz: volles Haus. Über 350 Studierende und Interessierte folgten im Hörsaal I der Universität Bonn der Diskussion über die Einflussmöglichkeiten junger Menschen auf die Politik.



PODIUMSDISKUSSION

„WAS IST HEIMAT? ZUR POLITISCHEN WIRKUNGSMACHT EINER FAST VERGESSENEN KATEGORIE“

am 29. November 2018 in Berlin

Eine andere Richtung schlug die klassische Podiumsdiskussion zum Thema „Was ist Heimat?“ in Berlin ein: Diese versuchte mit **Alexander Schweitzer** und den beiden Autoren **Alexander Schimmelbusch** („Hochdeutschland“) und **Lucas Vogelsang** („Heimaterde. Eine Weltreise durch Deutschland“) den überaus aktuellen und kontroversen Begriff der Heimat näher zu beleuchten. Der Journalist **Louis Klamroth** führte durch den Abend. Abschließend einigten sich die Diskutanten, sich nicht zu einigen: Heimat sei zwar eine identitätsstiftende Notwendigkeit, die aber niemals genau definiert werden könne und die möglichst offengehalten werden müsse.



WORKSHOP VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG

„INTEGRATIONSPOLITIK FÜR DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT – AKZEPTANZ, PARTIZIPATION UND BILDUNG“

am 7. Dezember 2018

Der Projektleiter Prof. Dr. **Volker Kronenberg** und Prof. Dr. **Jörg Blasius** vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn luden am 7. Dezember 2018 zu einem Workshop im Rahmen des Projektes ein. Unter den rund 30 Gästen fanden sich viele Expertinnen und Experten aus dem Ruhrgebiet wie Prof. Dr. **Hans-Georg Söffner** vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen oder **Bedia Torun**, AWO Gelsenkirchen. Gemeinsam diskutierten sie projektrelevante Themenfelder wie das Quartier als gemeinsame Lebenswelt soziokulturelle Milieus oder Arbeit als Wirkungsmittel gegen soziale Desintegration.



„ZWISCHEN STRUKTURWANDEL UND GESELLSCHAFTLICHER TRANSFORMATION – BESTANDSAUFNAHME IM RUHRGEBIET“

am 29. März 2019

Am 29. März 2019 fand das erste Lokalforum Ruhrgebiet als Fortsetzung der bereits im Vorgängerprojekt bewährten „Essener Foren“ statt. Mit der Umbenennung in „Lokalforum Ruhrgebiet“ soll signalisiert werden, dass es sich um ein Forum für Expertinnen und Experten und Multiplikatoren aus dem *gesamten* Ruhrgebiet handelt, in dem über Integrationshürden für die Mehrheitsgesellschaft, Lösungsansätze und Best-Practices diskutiert werden kann. Nach einleitenden Worten und Referaten von Prof. Dr. **Volker Kronenberg**, Prof. Dr. **Jörg Bogumil**, **Jan Dinter** und **David Stroop** widmete sich das erste Forum vor allem der Bestandsaufnahme, was eine Vielzahl von besprochenen Themen vom Strukturwandel bis hin zur sozialen Segregation des Ruhrgebiets bedeutete.



WORKSHOP

„ANGST – EINE DEUTSCHE GEFÜHLSLAGE?“

in Kooperation mit dem Haus der Geschichte Bonn am 9. Mai 2019



Die Sonderausstellung „Angst – eine deutsche Gefühls-lage“ im Haus der Geschichte in Bonn bot den Hintergrund für diesen besonderen Workshop: Nach einer Führung durch die Ausstellung, die sich mit den größten kollektiven Angstvorstellungen der letzten 60 Jahre beschäftigt, führten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Leitung der Bildungsreferentin Dr. **Simone Mergen** eine Diskussion über ihre eigenen, ganz aktuellen

Ängste. Durch die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmenden aus allen Altersklassen ergab sich ein umfassendes Bild über die Themen, die uns Deutschen Sorgen bereiten (werden): vor allem die Angst vor dem Klimawandel und vor politischem Extremismus wurden altersübergreifend immer wieder thematisiert, aber auch die Rolle der Medien im ‚Spiel‘ mit der Angst fand einen Platz in der Reflektion.





PODIUMSDISKUSSION

„SOZIALER KITT UNSERER GESELLSCHAFT? DIE ROLLE DES FUSSBALLS IN DEUTSCHLAND“

am 16. Mai 2019



Auf den ersten Blick mag die Konstellation des Podiums überraschen: Neben den Fußball-Granden **Uli Hoeneß** und **Clemens Tönnies** nahmen der Ruhr-Bischof Dr. **Franz-Josef Overbeck** und **Michael Bröcker** als Moderator Platz auf dem Podium. Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass der Fußball in Deutschland analog zur Kirche für viele Menschen in Deutschland Heimat und Identifikation bedeutet. So ist es wenig verwunderlich, dass sich das Gotteshaus und das Stadion gewissermaßen ein Maß an Spiritualität teilen. Die Akteure hoben ganz konkret die besondere Bedeutung des Fußballs für die Identität des Ruhrgebiets hervor, wo Vereinen wie Borussia Dortmund, dem FC Schalke oder dem VfL Bochum gerade im Zuge des Strukturwandels eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung zukomme.

WORKSHOP

„IDENTITÄT UND SOZIALER ZUSAMMENHALT – ZUR GESELLSCHAFTLICHEN BEDEUTUNG DES FUSSBALLS IM RUHRGEBIET“

im Deutschen Fußballmuseum Dortmund am 4. Juli 2019



Anschließend an die große Diskussionsveranstaltung war eine Fortsetzung des Fußball-Themas mit Menschen aus dem Ruhrgebiet die einzig schlüssige Folge. So entstand das Konzept des Workshops, das erneut in Kooperation mit einem Museum, diesmal dem DFB-Museum, stattfand. Der auf Dialog ausgerichtete Workshop begann erneut mit einer Führung durch das Museum, das 140 Jahre deutsche Fußballgeschichte zeigt. Der Projektleiter **Lars Philipp** führte anschließend durch die Diskussion, in der die bunt gemischte Gruppe an Teilnehmenden aus dem Ruhrgebiet über die Wichtigkeit vom Amateurfußball und die zunehmende Kommerzialisierung des professionellen Sports, die u. a. zur Entfremdung von den Fans und die moralisch umstrittene Vergabe der WM an Katar mündete, debattierten.



PODIUMSDISKUSSION

„JUGEND IN BEWEGUNG. ZUM VERHÄLTNISS VON JUGENDLICHEM PROTEST UND ETABLIERTER POLITIK IN ZEITEN DES WANDELS“

am 9. Oktober 2019

Im Jahr 2019 startete die Jugendbewegung *Fridays for Future* richtig durch und erntete viel Lob – aber auch Kritik. Aus u. a. diesem Anlass lud Prof. Dr. **Volker Kroenberg** im Rahmen der Ersti-Woche wieder in die Universität Bonn ein: **Daniela Milutin**, **Luca Samlidis**, **Susanne dos Santos Hermann**, MdL, **Ali Can Daniel Dejman** und Prof. Dr. **Clemens Albrecht** bildeten das gut besetzte Podium. Wie im Vorjahr war auch diesmal der Andrang groß, gut 200 junge Menschen hörten gebannt den Gedanken der Diskutanten zum steigenden politischen Bewusstsein der jungen Generation, dem Thema Umwelt und Klima und zur Wichtigkeit von konsens-demokratischen Abwägungs- und Aushandlungsprozessen.



2. LOKALFORUM RUHRGEBIET

„DIE BEDEUTUNG DER QUARTIERSARBEIT FÜR DIE INTEGRATION DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT“

am 11. Oktober 2019

In der Bestandsaufnahme des Integrationsprojekts hat sich immer wieder gezeigt, wie unumgänglich das Quartier für das gesellschaftliche Wohlbefinden und die Partizipation ist. Dementsprechend widmete sich das zweite Lokalforum Ruhrgebiet diesem wichtigen Baustein der Projektarbeit. Nach zwei Impulsreferaten von Paul Hendricksen (ISAAB der Universität Duisburg-Essen) und Andreas Beilein (Stadtentwicklung der Stadt Datteln) kamen die Expertinnen und Experten, die ‚Kümmerer‘ in den Stadtteilen, zum Einsatz. Sie warfen einen Blick auf die Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen, der Quartiersarbeit hinsichtlich



der zunehmenden Heterogenisierung der Bevölkerung durch Zuzug und Zuwanderung sowie auf die Rolle vom Ehrenamt, das den Stadtteil am Leben erhält.

„WIR SCHAFFEN DAS! WOHL DOCH NICHT? – INTEGRATION IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN WILLKOMMENSKULTUR UND CLAN-KRIMINALITÄT“

am 20. Januar 2020



Das neue Jahr begann direkt mit einer hochkarätigen Veranstaltung, in der **Serap Güler**, Prof. **Jörg Bogumil**, **Ulrich Reitz**, **Frank Richter** und **Sonja Fuhrmann** (Moderation) ihre Einschätzungen zum Besten gaben. Das prominente Podium und der kontrovers in die Diskussion einleitende Titel zeigten Wirkung und so erfreute sich die Veranstaltung großen Andrangs. Das Ruhrgebiet ist sicherlich wie kaum eine andere durch Zuwanderung und Integration geprägt und so ist es wenig verwunderlich, dass sich die Diskussion um verschiedenste Perspektiven der Integration drehte: Clan-Kriminalität und Parallelgesellschaften wurden ebenso thematisiert wie positive Beispiele aus der Ehrenamtsbereitschaft.

Alle Teilnehmenden waren sich jedoch einig, dass Panikmache und eine negative Berichterstattung nicht förderlich für das gesellschaftliche Zusammenleben seien.



PODIUMSDISKUSSION

„WERTE, BILDUNG, TEILHABE – PERSPEKTIVEN FÜR DIE INTEGRATION DER ‚MEHRHEITSGESELLSCHAFT‘“

am 29. Januar 2020



Kirche, Gewerkschaften und Parteien – dies waren lange Zeit Garanten der gesellschaftlichen Teilhabe. In unserer pluralisierten und individualisierten Gesellschaft finden diese jedoch immer weniger Zuspruch. Über die Folgen dieser Entwicklung diskutierten im studentischen Rahmen **Regina Karsch** (IG BCE), **Felix Banaszak** (die Grünen NRW) und der Bonner Stadtdechant Dr. **Wolf-**

gang Picken unter der Moderation von **Nora Abu-Oun** (WDR). Auf dem Podium fand man Übereinstimmung darin, dass die altbewährten Institutionen neue Formen der Vergesellschaftung gestalten könnten und damit ein Gegenangebot zu rechtsextremen Gruppen, die oftmals Jugendliche mit Gemeinschaft, Freundschaft und Halt anlocken und binden, anbieten.

DIGITALER DIALOG

„KOMMUNEN UND DIE KRISE – KOMMUNEN IN DER KRISE? WIEVIEL SPIELRAUM BLEIBT, WELCHE WEGE GIBT ES?“

am 23. Juni 2020

Die Kommunen sind oftmals die Leidtragenden von großen Krisen, aber auch der Ankerpunkt, der bei der Bewältigung eben dieser unabdingbar ist. NRW-Ministerin für Heimat und Kommunales, **Ina Scharrenbach**, **Katja Wilken** (ehemals Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge) und **Gerd Landsberg** (Deutscher Städte- und Gemeindebund) diskutierten über die Auswirkungen



gen der aktuellen Corona-Krise auf Kommunen. Dabei zogen sie auch zahlreiche Parallelen zur sogenannten Flüchtlingskrise 2015, in der die Kommunen bereits bei der Unterbringung und Integration der Geflüchteten im Mittelpunkt standen und viel ‚Krisenerfahrung‘ sammeln konnten. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Digitalen Dialogs der BAPP statt, der aus mehreren Folgen, die sich jeweils mit einem Aspekt der Auswirkungen von Corona-Pandemie auf unser Leben und unsere Gesellschaft beschäftigten, bestand.

ONLINE-PODIUMSDIALOG

„ALLES ÜBERTRIEBEN? VON IMPFGEGNERN, ALUHÜTEN UND BESORGTEN BÜRGERN. CORONA UND DIE VERSCHWÖRUNGSMYTHEN“

am 29. Oktober 2020

Corona hat vieles verändert: Veranstaltungen mussten auf einmal digital durchgeführt werden und gesellschaftlich scheint der Siegeszug der Verschwörungsmythen noch einmal an Fahrt aufgenommen zu haben. Dieser bis heute brandaktuellen Problematik nahm sich der Digitale Dialog mit Verschwörungserzählungen-Expertin **Katharina Nocun**, **Johannes Vogel**, MdB und



Philosophin Dr. **Romy Jaster** an. Schwierig war dabei die Unterscheidung zwischen legitimer Kritik, die in einer Demokratie immer aussprechbar sein müsse, und Verschwörungsideologien, die aufgrund falscher Fakten

gewisse Narrative verbreiten möchten. Die spannendste Frage des Abends war sicherlich, was wir gesellschaftlich tun können, um eine kollektive Resilienz gegenüber diesen disruptiven Erzählungen aufzubauen.



1. BAPP-MORGENRUNDE

„POLITISCHE BILDUNG – EINE BESTANDSAUFNAHME“

am 3. Dezember 2020



Ein weiterer Projektmeilenstein war die Beschäftigung mit der politischen Bildung, die den Menschen die notwendigen Mittel an die Hand gibt, sich in den politischen Diskurs einzubringen. Als Teil eines neuen Formats, der BAPP-Morgenrunde, lud das Projektteam deshalb eine kleine, aber schlagfertige Runde aus Expertinnen und Experten auf dem Gebiet der politischen Bildung ein, um einen besseren Eindruck von diesem Thema zu

gewinnen. In der offenen Diskussion, die das absolute Herzstück des Formats darstellt, wurde sich u. a. über den Umgang mit Corona-Leugnern und Querdenkern, die Wichtigkeit der schulischen politischen Bildung, die sich häufig gegenüber den naturwissenschaftlichen Fächern durchsetzen muss, und die erfolgsversprechenden Projekte und Initiativen im Ruhrgebiet ausgetauscht.

„POLITISCHE BILDUNG UND DIE ÖKONOMIE – EIN BELASTETES VERHÄLTNIS?“

am 2. März 2021

Aufbauend auf die erste Morgenrunde konkretisierte die zweite Ausgabe einen Dauerbrenner, denen sich politische Bildner gegenübersehen: Dem Verhältnis zwischen der politischen Bildung und der Ökonomie. Hierbei wurden zunächst finanzielle Probleme, etwa bei der Projektfinanzierung, und die ‚Projektitis‘ kritisch besprochen, bevor die Runde über auf die Ökonomisierung der Gesellschaft diskutierte, nach der betriebswirtschaftliches Marktdenken immer mehr Überhang gegenüber der Wertevermittlung gewinnt, was gravierende Folgen für die fortschreitende Desintegration großer Teile der Gesellschaft nach sich ziehen kann.



DIGITALES LOKALFORUM RUHRGEBIET

„POLITISCHE BILDUNG ALS FEUERWEHR? ÜBER DIE BEDEUTUNG DER POLITISCHEN JUGEND UND ERWACHSENENBILDUNG“

am 29. April 2021

Neben der Morgenrunde wurde das Thema der politischen Bildung, die gesellschaftlich wie politisch wieder eine stärkere Beachtung findet, auch im Forums-Format aufgegriffen, um einen Austausch mit einer größeren Zahl an Expertinnen und Experten zu ermöglichen. Nach dem Impulsvortrag von **Niklaas Hofmann** vom DGB-Bildungswerk Bund ging es auch direkt in eine äußerst kurzweilige Diskussion, u. a. über die Rolle und die Möglichkeiten der politischen Bildung, langfristig demokratiekritische und extremistische Ansichten zu verhindern, den virtuellen Raum als neue Herausforderung sowie die Schwierigkeiten, wichtige Zielgruppen – etwa Menschen aus prekären Verhältnissen oder ethni-



sche Minderheiten – zu erreichen. Diese Problematiken spiegelten sich auch immer wieder in der konkreten Projektarbeit vor Ort mit politischen Bildnern wider.

ONLINE-PODIUMSDISKUSSION

„VOLKSPARTEIEN – AUCH IN ZUKUNFT NOCH GESTALTER DES GEMEINWOHLS?“

am 28. Mai 2021

Ein in der Projektarbeit immer wiederkehrendes Motiv der Desintegration ist der Vertrauensverlust in etablierte Institutionen – darunter leiden auch die (Volks-)Parteien. **Norbert Walter-Borjans**, **Dianna Kinnert**, Prof. Dr. **Ursula Münch** und **Michael Hirz** (Moderation) nahmen sich diesem auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2021 spannenden Themenkomplex an. Hinsichtlich des kontinuierlichen Verlusts der CDU und SPD und des Aufblühens neuer Parteien bzw. des Zugewinns der ‚kleinen‘ Parteien stellt sich die Frage, ob es die Volkspartei überhaupt noch gibt. Unter den Zuschauerinnen und Zuschauern war die Antwort eindeutig: In einer in die Veranstaltung eingebauten Umfrage stimmten 83 Prozent dafür, dass die Volkspartei auch heute noch von Relevanz ist. Ebenso stimmte das Publikum mit überwältigender Mehrheit dafür, dass es auch in Zukunft



Institutionen brauche, die möglichst viele Meinungen auffangen und abbilden – vielleicht gerade trotz der starken Individualisierung in unserer Gesellschaft?

3. BAPP-MORGENRUNDE

„MEDIEN UND TEILHABE – WAS KÖNNEN UND MÜSSEN NEUE UND ALTE MEDIEN LEISTEN?“

am 18. August 2021

Wenn es um die Integration der Mehrheitsgesellschaft geht, lässt sich das Thema Medien kaum wegdenken. Medien sind gewisserweise der Schlüssel zur weiten Welt, viele Themen nehmen wir lediglich durch die mediale Linse wahr. Über das Verhältnis zwischen alten und neuen Medien, der Frage nach deren Verantwortung und wo wir gesellschaftlich momentan stehen, wurde in der 3. Morgenrunde diskutiert – wie gewohnt in einer kleinen Expertengruppe.



DIGITALES LOKALFORUM RUHRGEBIET

„NOTWENDIGE VERNETZUNG AUCH IN DER POLITISCHEN BILDUNG“

am 28. Oktober 2021



Die Vernetzung von Akteuren ist oftmals entscheidend für den langfristigen Erfolg von Initiativen und Projekten, dies gilt auch für die politische Bildung. Daher stand das 5. Lokalforum Ruhrgebiet ganz unter dem Stern der Fragestellung, wie es um die politische Vernetzung von politischen Bildungsakteuren bestellt ist – vor allem zwischen schulischen und außerschulischen politischen Bildungsangeboten. Die einleitenden Referate hielten Jun.-Prof. Dr. **Dorothee Gronostay** (TU Dortmund) und Jun.-Prof. Dr. **Kathrin Hahn-Laudenberg** (Universität Leipzig). Im Mittelpunkt dieses Forums standen dabei die Möglichkeiten, die die Digitalisierung gerade zur Vernetzung bietet, sowie der Umstand, dass Vernetzung immer noch stark von dem Eigenengagement des politischen Bildners abhängt.

PODCAST

„RHEINHÖREN! – DER PODCAST AUS DER BUNDESSTADT“

seit 2021

Für die einschneidenden Veränderungen, zu denen uns die Corona-Krise gezwungen hat, gilt vor allem ein Motto: Not macht erfinderisch. Eine ‚Erfindung‘, die aus dem Corona-Jahr 2021 entstanden ist, ist der Podcast aus der Bundesstadt. *Rheinhören* hat es sich zum Ziel gesetzt, aktuelle Themen mit renommierten Namen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zu behandeln. Dafür hat der Moderator **Michael Hirz** bereits mit über 20 hochkarätigen Gästen wie Sigmar Gabriel, Hendrick Streeck, Tom Buhrow, Alice Schwarzer oder Svenja Flaßpöhler gesprochen – viele weitere werden folgen! Also schalten Sie ein, denn es gilt: Rheinhören lohnt sich!





Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Malu Dreyer, Christian Wulff sowie Gerhard Schröder und Jean-Claude Juncker begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



